

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. September 1920, Nr. 281.

Zuwendungen an die städtischen Angestellten. Der Stadtsenat hat für den Monat August den unter der Dienstordnung stehenden Angestellten einschließlich der Lehrpersonen eine außerordentliche Zuwendung zuerkannt, die sowie beim Staate je nach der Bezugsklasse 400 bis 7000 K ausmacht. In dieser Regelung sind die durch die Gewerkschaft der städtischen Angestellten der Unternehmungen vertretenen Bediensteten über ihren Wunsch vorläufig nicht einbezogen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. September 1920, Nr. 282.

Ernennungen von Religionslehrern. Der Stadtsenat hat über Antrag des Personalreferenten StR. Speiser zu katholischen Religionslehrern ernannt: An der Mädchenbürgerschule III., Hörneschgasse 12: Kerlin Rudolf, an der Mädchenbürgerschule IV., Starhembergasse 8 Fischer Leopold, an der Mädchenbürgerschule V., Embelgasse 48 Kauffmann Engelbert, an der Knabenbürgerschule IX., Glassergasse 8 Müllner Franz, an der Mädchenbürgerschule X., Erlachgasse 91 Futterknecht August, an der Mädchenbürgerschule X., Quellenstraße 31 Molecz Michael, an der Mädchenbürgerschule XI., Enkplatz 4 Leiser Sebastian, an der Knabenbürgerschule XI., Enkplatz 4 Bospisil Ignatz, an der Knabenbürgerschule XII., Herthergasse 28 Formann Eduard, an der Knabenbürgerschule XII., Neuwallgasse 26 Spendling-Volks- und wimmer Karl, an der Knabenbürgerschule XIV., Diefenbachgasse 15/19 Leibrecht Franz und an der Knabenbürgerschule XVIII., Cottagegasse 17 Ledl Ignatz.

Verbotswidrige Milchabgabe an Erwachsene ohne Karten. In letzter Zeit kamen sich die Fälle, daß trotz des derzeitigen Milchmangels der es nicht einmal mehr möglich macht, alle Kinder im ersten Lebensjahre mit dem ihnen gebührenden Pflichtmilchquantum zu betei-

len, einzelne Milchabgabestellen Frischmilch an Erwachsene ohne Milchkarten abgegeben. Die Milchversorgungsstelle hat aus diesem Anlass einen Erlaß an sämtliche Milchhändler und Molkereien hinausgegeben, in dem diese auf das Unstatthafte dieses Vorganges aufmerksam gemacht und angewiesen werden, etwa vorhandene Milchüberschüsse der Milchversorgungsstelle bekanntzugeben, damit seitens der letzteren die weiteren Verfügungen darüber getroffen werden können. Das städtische Marktamt wurde unter einem angewiesenen, sämtliche Betriebe in diesem Belange einer gründlichen Revision zu unterziehen und etwaige Übertretungen dem Kriegswucherrate zur Amtshandlung anzuzeigen.

Die Zahl der Wahlberechtigten. Die Zählung der Wahlberechtigten auf Grund der im vorigen Monat durchgeführten Wähleraufnahme hat für Wien eine Gesamtzahl von 1.100.869 Wahlberechtigten ergeben. Bei der vorjährigen Wahl in die konstituierende Nationalversammlung wurden 1.125.627 Wahlberechtigte gezählt. Das Sinken der Wählerziffer ist zunächst darauf zurückzuführen, daß heuer die reichsdeutschen Staatsbürger nicht wahlberechtigt sind und daher in die Wählerverzeichnisse nicht aufgenommen wurden. Ein Teil des Abganges entfällt auf ausgewanderte Wahlberechtigte, ferner auch auf solche Personen, die bei der allgemeinen Wähleraufnahme nicht anwesend waren und deren Wahlberechtigung mangels einer vorliegenden Wohnungliste auch durch amtliche Behelfe nicht festgestellt werden konnte.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate August wurden bei der ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 12.480 Parteien 31.557.466 K eingelegt an 10.590 Parteien 23.689.060 K rückgezahlt und es belief sich der Gesamt Einlagenstand am 31. August auf 800.454.606 K. Hypothekendarlehen wurden K 2.005.302 zugezählt, dagegen K 2.786.115 K rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. August auf K 300.944.890 stellte. Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende August auf K 17.886.254; 60jährige Pfandbriefe waren K 18.031.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 28.865.094 eskontiert, dagegen K 39.892.764 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 31. August K 221.036.131.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, 1. September 1920. - Abendausgabe.

Ankunft eines Kinderzuges. Donnerstag, den 2. September 2 Uhr
Nachmittags trifft in Wien'Westbahnhof der 16. Züricher Kin-
derrücktransport, der am 30. Juni von Wien abgegangen ist,
ein. Die Eltern werden gebeten die Kinder vom Bahnhofs ab-
zuholen.

Die Verzehung der Nussernte im 19. Bezirk findet am Samstag, den 4. September statt und beginnt um 8 Uhr früh vom Hause 19., Nussberggasse Nr. 2.

Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit durch Option.

Nach dem Friedensvertrage von Dt. Germain-en-Laye wird die Angehörigkeit zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen österr. ung. Monarchie durch das Heimatrecht begründet. In gewissen Fällen steht es aber den Beteiligten frei, sich für die Zugehörigkeit zu einem anderen Nachfolgestaate zu entscheiden, das ist zu optieren. Die Option auf Grund des früheren Heimatsrechtes ist schriftlich oder mündlich bei der politischen Bezirksbehörde der früheren Heimatgemeinde des Optierenden, die Option auf Grund der Rasse und Sprache, wenn der Optierende seinen Wohnsitz in Oesterreich hat, bei der politischen Bezirksbehörde seines Wohnsitzes, sonst aber schriftlich beim Staatsamte für Inneres und Unterricht anzumelden. Hat der Optierende seinen Wohnsitz im Auslande, so kann die Option in jedem Falle auch bei der nach seinem Wohnsitze zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde angemeldet werden. Die in Betracht kommende politische Behörde ist für das Gemeindegebiet Wien ausschliesslich der Magistrat (Konkriptionsamt) Wien, I., Neues Rathaus, Stiege 8, Parterre.

Herausgeber und verantw. Chefredakteur Franz Mischen.

26. Jahrgang Wien, Freitag, den 3. September 1920, Nr. 284.

Rückkehr Wiener Kinder aus Magdeburg. Sonntag, den 5. September, 9 Uhr vormittags kommt der Magdeburger Kinderrücktransport in Wien - Nordwestbahnhof an. Mit diesem Zuge kehren alle durch das Jugendausschuss in Deutschland untergebrachten Kinder nach Wien zurück, sofern sich nicht die Pflegeeltern verpflichtet haben die Kinder selbst zu einem späteren Zeitpunkt nach Wien zu bringen. Dem Transport ist auch eine Gruppe von Kindern des Deutschen Hilfsausschusses angeschlossen. Die Eltern werden gebeten die Kinder rechtzeitig vom Bahnhofe abzuholen.

Änderungen in Kraftstellwagenverkehr. Gemäß Gemeinderatsbeschlusses wird die Linienführung der städtischen Kraftstellwagenunternehmung am Sonntag, den 5. d. M. wie folgt geändert: Neu eröffnet wird die Linie Stefansplatz - Westbahn, deren Wagen durch die Kärntnerstrasse über den Ring und die Mariahilferstrasse verkehren. Die Linie Volksoper - Rochuskirche wird nur mehr in Nachtverkehr und zwar ab 9 Uhr 30 Min. bis Betriebsschluss befahren. Im Tagesverkehr wird an Stelle dieser Linie die Linie Schottentor - Praterstern betrieben, deren Wagen über die Freyung - Stefansplatz - Wollzeile - Stubenring - Praterstrasse verkehren. Die Linie Nordbahn - Südbahn wird wie bisher betrieben. Beginn und Schluss des Fahrtbetriebes bleiben unverändert.

Wiener Kommunalparlasse Döbling. Einlagenbewegung im Monate August 1920. Eingesahlt wurden an 1005 Parteien K 3.164.430, rückgezahlt an 763 Parteien K 1.494.256. Gesamteinlagenstand am Ende des Monats K 25.867.092 auf 14.672 Konten. Stand der Einlagen im Scheckverkehr K 2.572.951, Stand der anschaftenden Hypothekendarlehen K 12.393.336, Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 47.301, Stand der Wertpapiere (Nominale) K 9.013.050.

Die holländische Fußballmannschaft im Rathause. Bgm. Reumann empfing heute mittags in Anwesenheit der antretenden Stadträte die in Wien weilende holländische Fußballmannschaft im Rathause. Hierzu waren sich auch der holländische Gesandte de Weede und der holländische Generalkonsul Laper eingefunden. Bgm. Reumann begrüßte die Herren mit folgenden Worten: Vorerst begrüße ich Sie namens der Gemeinde auf das herzlichste und gebe meiner Freude darüber Ausdruck, dass Sie, trotzdem Wien eine notleidende Stadt geworden ist, nach Wien gekommen sind und damit dazu beitragen, dass der Ruf unserer Stadt neuerlich in der Fremde in der Weise verbreitet wird,

wie es Wien verdient. In früheren Zeiten haben wir die Pflichten der Gastfreundschaft in ganz anderer Weise pflegen können, als es gegenwärtig der Fall ist, denn jetzt sind wir zu äußerster Sparsamkeit gezwungen, um den Haushalt der Stadt einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Nichtsdestoweniger bewillkommen wir Sie auf das herzlichste und wir glauben auch, dass für Wien wieder eine Zeit kommen wird, in welcher es seine gewohnte Gastfreundschaft so wie früher wieder betätigen können. Aber auch dem Gefühle der herzlichsten Dankbarkeit muss ich Ausdruck geben, welches uns Holland gegenüber alle beseelt. Sie haben in ganz hervorragender Weise mitgewirkt, die Notlage unserer Stadt einigermaßen zu mildern, Sie haben sich unserer heranwachsenden Jugend in einer geradezu verblüfflichen Weise angenommen und damit andere Staaten angeregt, so wie Sie auf karitativen Gebiete tätig zu sein. Die Bevölkerung Wiens wird dies nie vergessen und die Herzen der Wiener schlagen der holländischen Bevölkerung dankbar entgegen. Auch ich selbst bin zu höchstem Danke verpflichtet, denn durch die Liebe, die Sie uns erwiesen, ist das bundesbrüderliche Zusammenwirken zwischen Holland und Wien enger geknüpft worden und ich hoffe, dass in der Zukunft aus diesen Bande der Freundschaft für Wien und Holland reiche Früchte erapflücken mögen. So danke ich Ihnen denn nochmals für den Besuch und wünsche, dass Ihr Aufenthalt, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, ein angenehmer sein möge. Namens der holländischen Mannschaft dankte Herr Hans Breuning, dem Bürgermeister für die Begrüßung und sagte: Wir Holländer empfinden für Oesterreich Sympathie und die Stadt, welche uns am meisten am Herzen liegt, ist die schöne Stadt an der Donau-Erschloß mit einem Hoch auf Oesterreich, auf Wien und seinen Bürgermeister.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 3. September 1920. - 2. Abendausgabe.

Strassenbahnverkehr. Da das Ende der ungünstigen Kohlenlage nicht abzusehen ist, hat der Gemeinderatsausschuss für die städt. Unternehmungen beschlossen, bei den Behörden den Antrag zu stellen, die Dichte des Strassenbahnverkehrs in den Abendstunden einzuschränken, dafür aber auf einigen der wichtigsten Linien den Betriebsschluss auf 11 Uhr abends zu verschieben. Dadurch würde eine teilweise Verbesserung des Verkehrs ohne Mehrbedarf an Kohle möglich.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Chefredakteur Franz Mischen.

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 4. September 1920, Nr. 285.

Pflanzenfettabgabe. Vom 5. bis 11. September werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 kg Pflanzenfett zum Preise von K 12.- gegen Abtrennung des zweiten Abschnittes Nr. 206 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12-kg Margarine zum Preise von K 11.40.

Lebensmittelkartenausgabe. Am Samstag, den 11. September findet bei den Brotkommissionen die allgemeine Lebensmittelkartenausgabe in der bisher üblichen Weise statt.

Zewerbas. Vom 5. bis 11. September: Margarine, Kunerol und Mohn (das kg K 80.-) Textilwaren. Albertplatz 7, 2-6 Uhr und Bartensteingasse 13 und 1/2 8 bis 12 und 2-5 Uhr, Samstag 1/2 8 - 1 Uhr ab Dienstag Herrenanzüge besserer Qualität, Beamtenausrüstung für Herrenanzüge und Damenkostüme (neue Lieferung), Wäschestoffe, Decken und die Restbestände der Vorwochen. Wichtige Mitteilungen über die Brennstoffabgabe im städt. Angestellten vom 1. September 1. J.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 4. September 1920, Nr. 286.

Ein englisches Erholungsheim für Oesterreichische Kinder. Am Donnerstag hat sich im Salzburger Landhaus ein bedeutendes Ereignis vollzogen. Es wurde zwischen dem Hilfskomitee der englischen Grafschaft Berkshire und der Salzburger Landesregierung ein Vertrag wegen Pachtung des Schlosses und der Gutsherrschaft Klessheim abgeschlossen, durch den der herrliche Besitz einen Jugendfürsorgezweck großen Stiles gesichert wird. An diesem Vertrage hat auch die Stadt Wien hervorragenden Anteil. Das Hilfskomitee von Berkshire hatte im Frühjahr den Pfarrer Harrison nach Wien geschickt, damit dieser ermittle, wie der Wiener Not am besten abzuwehren wäre. Stadtrat Winter lenkte damals die Aufmerksamkeit der englischen Gäste auf das Schloss Klessheim bei Salzburg, das seit dem Tode des Erherzogs Ludwig Viktor leer steht und das von den Erben, die Kunstschatze ausgenommen, dem Lande Salzburg überlassen wurde. Mit Hilfe dieses Besitzes könnte eine Dauersache für das notleidende Oesterreich-

ische Kind geschaffen werden und zugleich der Völkerverständigung gedient werden. Es gilt Brücken von Volk zu Volk zu schlagen und gleichsam ein Grundpfeiler einer solchen Brücke könnte ein solches Heim sein. Voll Begeisterung widmete sich Harrison der ersten Verwirklichung dieses Gedankens, der das Ergebnis der langen Beratungen war. Kaum nach England heimgekehrt, meldete er, daß das Hilfskomitee der Grafschaft Berkshire mit dem Sitze in Reading den Betrag von 4 Millionen Kronen ^{Emergency} stehergestellt habe. In Wien arbeitete indes der „Relief Fund“ den Sir Thomas Cunningham ins Leben gerufen hatte und die Seele des Fonds Mr. Dougan an der Verwirklichung des Planes, zu dem auch gehörte, daß Klessheim in ein internationales Kinderheim gewandelt werden sollte, sobald es seine erste Aufgabe erfüllt hat, die außerordentliche Not der Oesterreichischen Kinder zu bannen. Dann soll das kostbare Heim das ergaben die weiteren Beratungen der engl. Herren - allen Kindern Europas der der Erde offen stehen. Auch hierin schlummert wieder eine Zukunftshoffnung, die, dass die Angelegenheiten der Volksgesundheit künftig eine internationale Sache sein werden, und dass man, dem englischen Beispiele folgend, überall solche internationale Gesundheitsstätten auch für die Kinder des Proletariats errichten wird, nicht nur für die Kinder der besitzenden Klassen, denen ohnehin schon jetzt alle Gesundheitsplätze der Erde offen stehen. Nun wurde der Vorvertrag unterzeichnet. Er beinhaltet im Wesentlichen, dass das englische Komitee den etwa 200 Joch grossen Besitz auf die Dauer von 10 Jahren gegen einen jährlichen Pachtzins von 250.000 K pachtet und dabei jederzeit das Recht hat, Grund und Gebäude um den Betrag von 5 Millionen Kronen zum Zwecke der Führung eines englischen Kinderheims zu erwerben. Ein Fünftel der Kinder sollen dem Lande Salzburg entnommen werden, vier Fünftel vorwiegend Wien. Kein Kind soll/aufgenommen werden für das die Eltern nicht wenigstens einen Anerkennungsbeitrag bezahlen. Die eine Hälfte der Kosten will das Berkshire Komitee tragen, die andere Hälfte ^{sollen} das Gut, der Staat, das Land oder die Gemeinde als zweite Macht und die Eltern als dritte Macht tragen. Dies darum, damit die Kinder das Gefühl haben, dass sie Alles, was sie empfangen, nur ihren Eltern zu danken haben. Der Beratung in Landhaus war eine neuerliche Besichtigung ^{und} des ausgedehnten Gut/Parkes vorangegangen, an der für das Land Salzburg die beiden Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ott und Preugler, namens der Gutverwaltung Hofrat Gutsch teilnahmen. Das Gut ist sehr ausgedehnt. Es umfasst das Winterpalais, den Sommerpalast, das Wurbrandhaus, das Hoyoshaus und der Verwaltungsbau als Hauptbauten, die alle für die Unterbringung von Kindern geeignet sind. Die großen Gebäude sind dazu wie geschaffen. Bei vollem Betrieb wird es möglich sein 250 ganzjährige und 250

halbjährige (Sommer) Plätze zu schaffen. Da für jedes Kind ein vierteljähriger Aufenthalt gedacht ist, wird es möglich sein, mit Hilfe von Klessheim in jedem Jahre 1500 Kindern die Gesundheit zu retten. Gedacht ist jedem Kinde einen halben Liter Frischmilch täglich zu sichern. Gegenwärtig sind ⁱⁿ ~~im~~ Staak 19 Kühe, es ist beabsichtigt, den Viehstand auf 40 Kühe zu erhöhen. Zur Oekonomie gehören auch große Gemüse- und Obstgärten, die imstande sein werden, viel für den Tisch zu liefern. Reading ist der Sitz der englischen Hochschule für Bodenkultur. Die Lehrer dieser Anstalt sowohl wie einige Großgrundbesitzer und der Inhaber der größten Samenhandlung Englands, die auch in Reading ihren Sitz hat, setzen ihren Stolz darin, aus Klessheim ein Mustergut zu machen. Am Schlusse der Beratungen, die Landeshauptmann Preugler leitete, dankten Landeshauptmann Ott für Salzburg und StR. Winter für ^{die Stadt} ~~die Stadt~~ Wien Herrn Harrison, Mr. Dougan und dem künftigen Direktor des Heimes Mr. Mac Callum für die vornehme Art, in der sie dieses für die Volksgesundheit so wichtiges Unternehmen ins Werk setzen. Es ist Hoffnung vorhanden, dass die ersten 100 Kinder noch in Herbste nach Klessheim kommen.

Rückkehr der Kinder der Schweizer Lehreraktion. Die Kinder der Lehreraktion, die am 7. Juli nach der Schweiz abgereist sind, treffen am Donnerstag, den 9. September um 2 Uhr nachmittags am Wiener Westbahnhof ein. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen und die für ^{den} ~~in~~ Einlaß in die Vorhalle des Westbahnhofes erforderliche Bescheinigung für 1 Person in der Kasse des Lehrervereines (an Wochentagen von 8-2 Uhr) zu begeben.

Bei den Schrebergärtnern in Rosental. Bürgermeister Reumann und StR. Grünwald besuchten gestern Vormittag die Schrebergärten in Rosental in Hütteldorf. Die Schrebergärtner hatten eine Ausstellung ihrer Erzeugnisse geplant aber der unaufhörlicher niederströmende Regen trat dieser Absicht entgegen. Ein gedecktes Lokal für ~~eine solche~~ Ausstellung haben die Schrebergärtner noch nicht und daher sollte diese unter freiem Himmel veranstaltet werden. Das Unwetter ließ aber die Freude der Siedler, die mit berechtigtem Stolz die Ergebnisse ihres Fleißes zeigen wollten, buchstäblich zu Wasser werden. Bgm. Reumann und StR. Grünwald wurden bei ihrem Erscheinen von den Schrebergärtnern herzlich begrüßt. Die wackere Sängerschar der Schrebergärtner hatte seinen Gruß an den Bürgermeister im Liedes vertont zu Gehör gebracht und übergab ihm die Partitur des Grusses, dessen Worte von E. Keller stammen, während Hans Bürgl für die Vertonung gesorgt hatte. Auf die Begrüßung des Obmannes der Schrebergärtner erwiderte Bgm. Reumann das Wort und dankte zunächst für den warmherzigen Empfang. Die Rosentaler Schrebergärtner haben er, da er solange in Hütteldorf wohnte, in ihrer Entwicklung verfolgen können. Mit unermüdbar Mühe wurde das abschüssige Terrain dem Zwecke dienstbar gemacht. Unverdrossen arbeiteten die Frauen und die Männer, erstere, nachdem sie in ihrer Hauswirtschaft tätig waren, letztere, nachdem sie ihrer Arbeit in den Werkstätten geleistet hatten, an der Nutzbarmachung ihres Fleckchens Erde. Mit jedem Jahr besserten sich die Erträge dieser Arbeit und die Liebe zum Boden wuchs. Die Gemeinde Wien gedanke dankbar der Leistungen der Schrebergärtner und was sie tun kann, um sie ihrem Ziele näher zu bringen, unterläßt sie nicht. Wenn die Gemeinde manche Wünsche nicht zu erfüllen vermag, so sei diese ablehnende Haltung nicht auf bösen Willen zurückzuführen. Der Bürgermeister hob in seiner Rede den Nutzen der Arbeit der Schrebergärtner im Allgemeinen hervor und betonte auch wie sie nur körperliches Erstarbung führt. Wien bedürfe der physischen Kraft seiner Bevölkerung, da nur eine starke arbeitsfähige und arbeitsfreudige Gesellschaft arbeitender Menschen die furchtbaren Lasten zu tragen vermag, die eine Folge des unglücklichen Friedens sind. Er - Redner - habe gesehen wie die hiesigen Schrebergärten jetzt ungleich vollkommener Erzeugnisse hervorbringen als zur Zeit des Beginnes der Siedlung. In diesem Ringen nach immer höherer Leistung liege der Erfolg. Mit einem Hoch auf die Schrebergärtner endete der Bürgermeister seine beifällig aufgenommene Ansprache. Da eine kurze Zeit der Regen aufhörte brachten eine Reihe von Schrebergärtner

rasch Erzeugnisse ihres Fleißes, die zur Ausstellung bestimmt waren, herbei. Man mußte bewundernd vor diesen Obstgattungen stehen, die eine Ausstellung edelster Sorte bildeten. Gemüse wird im Rosental immer weniger gebaut, immer mehr wenden sie die Siedler der Zucht von Edelobst zu. Aber auch das Gemüse, welches gebaut wird und gezeigt wurde, gibt Zeugnis von ~~der~~ der Pflanzen, die dem Boden abgerungen sind. Bgm. Reumann und StR. Grünwald, welche einige Gärten und auch Wohnräume in Augenschein nahmen, waren hoch erfreut über all das Gesehene und drückten wiederholt ihre Bewunderung über die Resultate, die eiserner Fleiß und Liebe zur Sache erzielt hat, aus. Mit herzlichen Abschiedsworten schieden sie von den Schrebergärtnern, die aus einem Abhang mit steinigem sandigen Grunde Flächen schufen, die mit reichliche Früchte tragende Obstbäumchen bedeckt sind. Die allgemeine Ausstellung der Schrebergärtner im Rathaus, die am 11. und 12. ds. stattfindet, wird zeigen, daß die Rosentaler mit ihren Erzeugnissen durchaus nicht eine Einzelercheinung bilden. Alle Schrebergärtner wollen das Beste leisten und in diesem edlen Weltkampf verfeinert sich die Qualität der Früchte, die dem oft wiederhaarigen Boden abgerunden werden. Es wird sich lohnen die Ausstellung im Rathaus zu besuchen.

Option und Wahlrecht. In Ansehung der Wahlrechtes können von Dienstag, den 7. September angefangen Optionserklärungen in allen amtlichen Wahlreklamationsstellen während der Dauer der dortigen Amtsstunden (von 8-7 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 8-12 Uhr) bis einschließlich 14. September mündlich zu Protokoll abgegeben werden. Alle anderen Interessenten können von Donnerstag, den 9. September an die Option nur mehr bei der Konzeptionsabteilung des magistratischen Bezirksamtes ihres Wohnortes an allen Werktagen in der Zeit von 8-1 Uhr erklären.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 7. September 1920, Nr. 298.

Tarif ... Am Mittwoch, den 6. d. M. (Maria Geburt) gilt nach den Fahrpreisbestimmungen der Werktagstarif. Es sind daher die Früh- sowie die Hin- und Rückfahrtscheine ...

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 7. September 1920, Nr. 298.

Staatsbürgerschaft und Heimatrecht. Seit dem Zusammenbruch der Monarchie ist die Staatsangehörigkeit sehr vieler Bewohner dieses Gebietes höchst zweifelhaft geworden. Durch den Friedensvertrag, der am 16. Juli 1920 in Kraft getreten ist, sind diese Zweifel durchaus nicht gelöst. Die Gebietszugehörigkeit der Bewohner des alten Oesterreich war zweifach bestimmt, durch die einheitliche Staatsbürgerschaft, die als vereinzeltes gemeinsames Band in dem so locker gewordenen Gefüge verblieben war, und durch das Heimatrecht, d. h. die rechtliche Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinde. Ohne die Staatsbürgerschaft konnte das Heimatrecht in einer österreichischen Gemeinde nicht erworben werden. Mit dem Zerfall Oesterreichs wurde nun die Frage nach der Staatsangehörigkeit nicht bloß ein innerstaatliches, nationales, sondern ganz besonders auch ein zwischenstaatliches, internationales Problem. Die Schwierigkeiten von Anfang an und in der Folge bis zur heutigen Tage stammen daher, daß das Problem nach beiden Seiten hin nicht überall gleichzeitig und parallel geregelt werden konnte. Deutschösterreich, in die hilflose Rolle des Besiegten gedrängt, mußte sein Haus zur Not bestellen, bevor noch die Sieger über unser endgültiges Schicksal entschieden hatten. Unser Gesetz vom 5. Dezember 1918 hat noch der seither, abgesehen von Burgenlande, trügerisch gewordenen Hoffnung auf die staatliche Einheit des geschlossenen deutschen Sprachgebietes Rechnung getragen und überdies in dem begrifflichen Bestreben, möglichst die gesamte erwachsene Wohnerschaft zu den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung zuzulassen, den Erwerb der Staatsbürgerschaft möglichst erleichtert. So galten denn z. B. alle in Deutschösterreich wohnhaften Sudetendeutschen von Gesetzeswegen als deutschösterreichische Staatsbürger. Die Ausländer alten und neuen Stilles konnten unter gewissen Voraussetzungen durch bloße Erklärung die inländische Staatsbürgerschaft erwerben. Für das öffentliche Leben des verbliebenen kleinen Bereiches unseres Staates

war damit für den Moment ausreichend vorgesorgt. Mit dem Gesetz vom 17. Oktober 1919 mußte aber die Möglichkeit des Staatsbürgerschaftserwerbes auf Grund bloßer Erklärung aufgehoben werden, weil inzwischen der Friedensvertrag unterschrieben worden war, der unser Staatsgebiet schwerlichst verringert und die Frage der Staatsangehörigkeit im Verhältnis der Nachbarstaaten untereinander/ganz von anderen Gesichtspunkten aus geregelt hat. Mit gewissen Vorbehalten zugunsten Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gilt jetzt der Grundsatz, daß die Heimatrechtigung die Voraussetzung der staatlichen Zugehörigkeit bildet. Die Beziehung auf die Zuständigkeit zu einer einzelnen Gemeinde war wohl ein naheliegender Bestimmungsgrund für die staatliche Zugehörigkeit nach dem Zerfall des früheren Einheitsstaates. Wo ein Heimatrecht nicht nachgewiesen werden kann, entscheidet der Ort der Geburt. Auf einen bestimmten Tag der Auflösung des alten Staates bezogen, wäre damit volle Klarheit erzielt worden. Von der Geburtstunde der Nationalstaaten haben wir uns aber seither weit entfernt und das Eigenleben der neuen Gebilde nahm ununterbrochen seinen Fortgang. Im Verkehr der Nachbarstaaten untereinander kann also mit einiger Sicherheit - wir wissen noch nicht, inwieweit kommende Staatsverträge auf die Zeit seit dem Umsturz zurückwirken werden - als deutschösterreichischer Staatsangehöriger nur derjenige betrachtet werden, der am 16. Juli 1920 das Heimatrecht in einer Gemeinde des verbliebenen Oesterreichs besessen hat. Oesterreich hat im Art. 230 des Friedensvertrages auch noch die Verpflichtung übernommen lassen, die neue Staatsbürgerschaft, die von seinen Angehörigen gemäß den Gesetzen der anderen Mächte oder gemäß den Entschcheidungen der Behörden dieser anderen Mächte, so/ies auf dem Wege der Einbürgerung, sei es auf Grund einer Vertragbestimmung etwa erworben ist, oder erworben wird, anzuerkennen. Vor den ausländischen Behörden wird also eine Berufung auf das in Inland etwa erworbene Staatsbürgerrecht wirkungslos sein. Solange nicht feststeht, in welchem Umfange Italien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien von ihren Vorrechten Gebrauch machen werden, solange wir nicht mit den beteiligten anderen Nachbarstaaten Staatsverträge zur Ausführung der grundsätzlichen Bestimmungen des Friedensvertrages über die Staatsangehörigkeit geschlossen haben, kommt allen innerstaatlichen Vorschriften über das Staatsbürgerrecht nur ein vorläufiger Charakter zu, weil das Problem, wie schon oben bemerkt worden ist, ein internationalbedingtes ist. Daher führt die Forderung, die Nationalversammlung möge raschestens ein neues Gesetz über Erwerb und Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft erlassen, ebensowenig zum Ziele wie die Kritik an der Praxis der inländischen Behörden, die sich vorderhand mit widerspruchsvollen Bestimmungen abgucken müssen. Wenn so mancher Bewohner unseres Staatsgebietes besorgt aus,

beim Betreten eines der Nachbarstaaten zur Erfüllung der Wehrpflicht herangezogen zu werden, wenn anderen davor bangt, daß sie aus unseren Staatsgebieten ausgewiesen werden oder daß sie um die Anwartschaft aus einem Kriegsangehörigen können könnten, so ist das Drängen derart Besorgter über die österreichische Staatsbürgerschaft durchaus begründlich. Die Öffentlichkeit möge aber nicht verkennen, daß die schließliche Entscheidung über die Staatsangehörigkeit immer einer Urwahl von Menschen für die Allgemeinheit von größter Bedeutung ist.hängt doch davon die schließliche Belastung unseres verelendeten Staates aus den Titel der Kriegsschulden, der Militärversorgung, der Versorgung öffentlich Angestellter und endlich der Armenversorgung wesentlich ab.

Das Innenstaatliche öffentliche Leben kann nicht stillstehen bis alle Staatsangehörigkeitsfragen durch Staatsverträge und zahllose Einzelentscheidungen erledigt sind. Wegen der nahen Wahlen in die Nationalversammlung war wieder einmal eine vorläufige Stellungnahme nötig. Sie ist begrifflicherweise wiederum von dem Bestreben geleitet, möglichst alle erwachsenen Einwohner zu den Wahlen zuzulassen. Gemäß § 27 der Vollzugsanweisung zum Wahlgesetz sind daher nicht nur die in einer deutschösterreichischen Gemeinde Heimatrechtigen, sondern auch jene Personen wahlberechtigt, die in einer Gemeinde des seinerzeitigen sogenannten Gebietsgesetzes zuständig sind, sowie alle jene, die bloß die Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben haben. Die n. B. Landesregierung hat aber in ihrem Erlasse vom 10. August 1920, Z. Wahl 39, mit Recht hervorgehoben, daß diese Sonderregelung nur für die Frage der Wahlberechtigung gilt, daß aber in allen anderen Fragen auf die Bestimmungen des Friedensvertrages, der Gesetzeskraft erlaßt hat, Rücksicht zu nehmen ist. Beispiele Der in Wien wohnhafte ~~XXXXXX~~ ist nach Brünn zuständig. Er war nach unserem Gesetze vom 5. Dezember 1918, da sein Heimatsort zu dem von uns in Anspruch genommenen Staatsgebiete gehörte, ohneweiters als Deutschösterreich zu behandeln. Der B, gleichfalls in Wien, beispielsweise seit 1903 wohnhaft, ist nach Pilsen zuständig. Er könnte bis zum Sperrgesetz vom 17. Oktober 1919 durch bloße Erklärung die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erwerben. Angenommen, er hätte seinerzeit diese Erklärung abgegeben, A und B sind am 17. Oktober 1919 ohneweiters wahlberechtigt. A und B könnten auch vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, d. h. vor dem 16. Juli 1920, in Wege der Erleichterung oder durch freiwillige Aufnahme in den Wiener Heimatsverband aufgenommen worden. Dieser Heimatsrechtserwerb ist seit dem 16. Juli 1920 unmöglich, denn beide sind nach dem Friedensvertrage Ausländer. Für sie käme seither zunächst nur die Zuzugnahme unter der Bedingung in Betracht, daß sie späterhin die österreichische Staatsangehörigkeit erwerben. Dazu eröffnet ihnen

der Friedensvertrag unter bestimmten Voraussetzungen den Weg. Dort ist ja schließlich und endlich doch auch den Willen des Einzelnen in gewissen Fällen die Selbstbestimmung der staatlichen Zugehörigkeit anheingegen. Der Einzelne kann unter Umständen für einen anderen Staat optieren, d. h. sich durch mündliche oder schriftliche Erklärung für die Zugehörigkeit zu einem anderen Staate an jenem entschließen, den er verläßt, des Heimatrechtes automatisch zugehört. Wenn A und B nach Race und Sprache dem deutschen Volke zugehören, können sie unter Berufung auf Herkunft und Bildungsgang oder auf das Bekannte der deutschen Umgangssprache gelegentlich der Volkszählung im Jahre 1910 für Oesterreich optieren. Option wäre auch möglich, wenn A und B vor ihrer Zuständigkeit nach Brünn, bzw. Pilsen in einer Gemeinde Deutschösterreichs heimatberechtigt gewesen sind. Mit ~~30~~ Tagen der Anfertigung des behördlichen Bescheides, in dem ausgesprochen wird, daß die Option zu Recht besteht, erlangen A und B die österreichische Staatsbürgerschaft. Sie könnten dann gegebenenfalls die Erleichterung des Wiener Heimatrechtes geltend machen. Sie könnten dann auch um freiwillige Aufnahme in den Wiener Heimatsverband ansuchen, wenn sie aus Kriegsursachen, z. B. wegen Kriegsgefangenschaft, verhindert waren, vor dem Sperrgesetz, d. h. vor dem 19. Oktober 1919 diesen Ansuchen um freiwillige Aufnahme einzubringen.

Löbl. Redaktion! Der vorstehende Artikel wurde von Magistratarat Dr. Hornack zur Verfügung gestellt und dürfte mit Rücksicht auf die Frage des Wahlrechtes auch von allgemeinem Interesse sein.

Hundezeichen in der Grinzingerallee. Am 19. September findet eine öffentlich zugängliche Beobachtung von Airedale-Terrier, Deutsche Schäfer-Hunde, Dobermann-Plancher, Polarhunde u. s. w. Wien, XIX., Grinzingerallee 36 (Straßenbahnlinie 26, Haltestelle der Vorortelinie Ober-Döbling) durch vom österreichischen Kynologenverband bestellte Richter statt. Bei der Wichtigkeit, die die Aufnahme von d. artigen Hunden, zum Schutze von Person und Eigentum für die Allgemeinheit hat, dürfte diese Veranstaltung größtes Interesse begegnen.

Länderbank. Die 39. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre d. Oesterreichischen Länderbank findet Donnerstag, den 30. September d. J., 6 Uhr abends in Anstaltsgebäude (I., Hochstaufengasse Nr. 3 statt. Gegenstände der Verhandlung sind: 1.) Bericht des Gouverneurs über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2.) Bericht der Zedatoren über die Geschäftsführung. 3.) Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes. 4.) Wahlen in den Verwaltungsrat. 5.) Wahl der Zeasoren und deren Ersatzmänner.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Chefredakteur Franz Michau.

Wien, Dienstag, den 7. September 1920, Abendausgabe.

Strassenbahnverkehr. Ab Donnerstag, den 9. d. M. wird der Strassenbahnverkehr auf einigen der wichtigsten Linien bis 1 1/2 Uhr nachts (ab Ring) ausgedehnt bei gleichzeitiger Herabsetzung der Verkehrsichte ab 8 Uhr abends. Auf nachfolgenden Linien bleibt der Verkehrsschluss wie bisher am 1/2 10 Uhr abends (ab Ring): 0, 0, H2, J2, 4, 10, 15, 16, 17, 24, 32, 34, 39, 40, 47, 50, 51, 60, 65, 72, 73, 80, 117, 158, 167. Gleichzeitig tritt ab Donnerstag im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 23. Juni 1920 auf allen Linien und an allen Tagen der erhöhte Abendtarif (K 4.- statt K 3.- oder K 3.50) ab 1/2 10 Uhr abends in Kraft. Ermäßigte Vorverkaufsscheine werden für diesen Tarif nicht ausgegeben. Dieser Abendtarif findet Anwendung im Tarifgebiet I und auf den Ausnahmestrecke: Fährplatz - Spitz - Stammersdorf, Aspern - Esslingen, Lainzerstrasse - Verbindungsbahn - Mauer, gilt aber nicht auf den Sondertarifstrecke Flötzersteig, Rothensiedl und Freudenu.

Hochwasser in der Donau. Infolge des nach anhaltenden Regens und der Schneeschmelze führt die Donau Hochwasser, welches nach den Mittagsmeldungen morgen (Mittwoch) an Pegel der Reichsbrücke in Wien einen Stand von rund 420 cm erwarten lässt. Demzufolge ist das Zentralkomitee unter dem Vorsitz des Hofrates Ing. Maresch zu einer Sitzung zusammengetreten, bei welcher nach eingehenden Besprechungen der Wasserstandsverhältnisse und der Witterungslage beschlossen wurde, von einer Permanenzklärung vorläufig abzusehen und die allfällig notwendigen Massnahmen bei einer morgen Mittwoch vormittags abzuhaltenden 2. Sitzung zu treffen. Zu einer Beruhigung geben die gegenwärtigen Verhältnisse keinen Anlass.

Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monat Juli. Die andauernd günstige Witterung mit viel Sonnenschein und nicht allzu hohen Temperaturen hat eine weitere ~~wesentliche~~ Verminderung des Krankenstandes mit sich gebracht. Insbesondere der Stand der Erkrankungen der ^{war} Atemungsorgane ein ungewöhnlich niedriger, während die Erkrankungen der Verdauungsorgane eine nur mäßige Ausbreitung im Vergleich zum Vorjahre erfahren haben. Im Monate Juli entfielen auf Lungentuberkulose und Skrofulose 674 Fälle. Der Stand der Infektionskrankheiten war im allgemeinen ein niedriger, nur die Ruhr hat eine beträchtliche Ausbreitung erfahren, nicht nur gegenüber dem Vormonate, sondern auch im Vergleich zum Juli 1919. Es entfielen auf 689 Anzeigen auf Scharlach 103, Diphtherie 101, Typhus 223 49, Ruhr 263 und auf Varizellen 39 Fälle. Die Sterblichkeit war verhältnismäßig niedrig und die niedrigste, welche im Monate Juli seit dem Jahre 1916 festgestellt werden war. Relativ gering war die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose, sowie an Erkrankungen der Atemungsorgane, relativ hoch jene an Erkrankungen der Verdauungsorgane. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrofulose mit 224 542 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 47.21 %, das weibliche mit 52.79 % beteiligt.

II. Kleingartenausstellung. Am Samstag, den 11. und Sonntag, den 12. d.M. findet im Rathaus die II. Kleingartenordnung statt. Die gesamten Rathaushöfe sind anlässlich dieser Ausstellung abgesperrt und nur zum Besuche der Ausstellung zugänglich. Die Ausstellung wird rund 3000 Objekte umfassen. Sie zeigt Produkte aus den Kleingärten, die Gemüse, Obst, u.s.w., sowie zahlreiche Kleintiere (rund 600 Stück). Weiters hat eine große Anzahl von Firmen einschlägige Produkte ausgestellt. In der Volkshalle sind eine große Anzahl von Bildern, Plänen, statistische Daten, graphisch dargestellt, zu sehen. Sowohl Samstag als auch Sonntag konzertiert Vor- und Nachmittag Militärmusik. Außerden werden Gesangsvorträge des ^{gesangs-} Schrebergartenvereines geboten. Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt am Samstag um 10 Uhr vormittags durch den Herrn Bürgermeister. Die Ausstellung selbst wird ab 11 Uhr dem allgemeinen Besuche freigegeben. Da das gesamte Personal der Kleingartenstelle in der Ausstellung verwendet werden muß, sind die Antarräume I., Parkring

Nr. 8 am Samstag und Sonntag gesperrt. Ebenso ist die Materialabgabestelle, XIV., Zollernberggasse 3, Samstag geschlossen.

Abgabe von Buchenholz. Am Wolfersberg in Hütteldorf, Zugang durch die Wolfersberggasse finden dormalen Sprengungen der Wurzelstücke statt und ist dortselbst schönes Buchenholz zum Preise von K 1.- per kg erhältlich und zwar wird dasselbe an Kleingärtner, an Firmen und Organisationen loco Wolfersberg sowie an Private in der Zeit von 1/2 10 - 3 täglich an Werktagen abgegeben.

Vom städtischen Museum. Wegen der am 11. und 12. September in der Volkshalle und den Höfen des Rathauses stattfindenden II. K. Kleingartenausstellung bleibt das historische Museum der Stadt Wien am Sonntag, den 12. September geschlossen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 9. September 1920. - Abendausgabe.

Das Hochwasser. Die Flutwelle der Donau hat am 9. September um 4 Uhr Früh das Pegelprofil in Aschach mit einem Wasserstande von + 589 passiert. Von dieser Station abwärts ist die Donau noch im Steigen. Die Nebenflüsse der Donau sind fallend. Die Hochflut des Jan wird am Pegel der Reichsbrücke in Wien einen Wasserstand von ca. + 410 erzeugen, welcher voraussichtlich ungefähr durch zwei Tage in dieser Höhe anhalten dürfte. Das Zentralkomitee für Ueberschwemmungsangelegenheiten hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den gestern eingeführten Dienst in den Exposituren noch weiterhin aufrechtzuerhalten. Die nächste Sitzung dieses Komitees findet morgen Vormittag im Rathause statt.

.....

Hochwasser am Handelskai. Auch die auf dem Handelskai gelegenen großen Approvisionierungsanlagen sind vom Hochwasser betroffen worden. Während noch vor zwei Tagen infolge des langsamen Anstieges des Donaustromes Aussicht bestand, dass die Gefahr einer Ueberschwemmung hintangehalten werden kann, hat sich das Bild am Donnerstag abends und in der Nacht auf Freitag vollständig geändert und es trat ein rapides Ansteigen des Donaustromes und eine Ueberflutung des rechtsseitigen Ufers mit seinen zahlreichen großen Approvisionierungsobjekten und der Geleissanlagen ein, so dass diese vom Verkehre vollständig abgeschnitten wurden. Es wurden auch rechtsseitig die zweckmäßigen Sicherungsmaßnahmen getroffen. Allerdings musste aber der Bahn- und Schiffsverkehr vollständig eingestellt werden.

Der Betrieb der Walzmühle musste infolge des in den Maschinenraum eindringenden Hochwassers stille gelegt werden, die Ausfolgung des Mahlproduktes geht aber unter erheblichen Schwierigkeiten glatt vor sich. Von Handelskai ist ein Steg bis zu den Aufladerampen errichtet und die Fuhrwerke nehmen ihren Weg durch das stellenweise bis zu einem halben Meter angestiegene Hochwasser. Ebenso wird der Verkehr im Speicher der Stadt Wien in Zwischenbrücken aufrecht erhalten. Die Lagerhäuser der Stadt Wien am Handelskai sind ebenfalls zum Teile von Wasser umgeben, es kann aber auch in diesen Betrieben gegenwärtig noch die Ausfolgung von Waren aufrecht erhalten werden. Der Hauptbetrieb der Lagerhäuser in Prater und das Kühlagerhaus sowie die Lagerhäuser im Winterhafen sind vom Hochwasser nicht bedroht. Eine Gefährdung der Warenvorräte ist in allen Betrieben nicht eingetreten.

Die Lagerhäuser der Schiffahrtsgesellschaften haben gleichfalls entsprechende Vorkehrungen getroffen, so dass trotz teilweiser Ueberschwemmung der Zufahrtsstrassen der Betrieb zum Teile aufrecht erhalten wird und Schäden oder Stockungen in der Approvisionierung nicht zu befürchten sind.

Bgm. Reumann hat heute vormittags eine eingehende Besichtigung des gefährdeten Gebietes am Handelskai vorgenommen und überzeugete sich von den getroffenen Vorkehrungen.

Der Hochwasserstand der Donau. Der Scheitel der Hochwasserwelle hat heute (Freitag) früh Molk mit einem Wasserstande von + 512 erreicht. Am Pegel der Reichsbrücke in Wien wurde zu dieser Zeit der Wasserstand von + 431 beobachtet. Die Flut wird voraussichtlich in der Nacht vom 10. zum 11. September in Wien ihren Höchststand mit + 450 erreichen. Der Hochwasserdienst bleibt unverändert aufrecht. Morgen vormittags findet wieder eine Sitzung des Zentralkomitees statt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, am 10. September 1920. Abendausgabe.

Norwegische Liebesgaben Verteilung.

Beim letzten Norweger Kinderzug, der am 29. August 1920. in Wien ankam ist ein Waggon Liebesgaben heiz gelaufen und daher zurückgeblieben. Die Ausgaben dieser Liebesgaben erfolgen ausnahmslos Sonntag, den 12. September 1920. in der Schule XX. Greiseneckergasse 29 (Turasaal) in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags. Als Legitimation ist der Einkaufschein und Meldezettel mitzubringen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. September 1920, Nr. 292.

Rückkehr von Kindern aus Luxemburg. Die Karitaskinder aus Luxemburg kommen am Samstag um 3/4 10 Uhr nachts an. Die Mütter werden ersucht die Kinder abzuholen.

Margarinabgabe. Vom 12. bis 18. September werden bei den städtischen Margarinabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.00 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 209 der neuen Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.00. - Mit 22. September 1920 tritt die neue Fettkarte in Kraft. Die Verbraucher haben sich demnach bei ihrer Verschleißstelle neu rayonieren zu lassen.

Zewerba. Vom 12. bis 18. September 1. J. Ia Margarine K 95.-, Pflanzenfett K 104.-, Kondensmilch K 42.-, Kathreiner Malskaffee 1/2 kg K 29.-, Kakao per kg K 18.-, Zwirn per Spule K 7.-. Rayonierungsammlungen für Lebensmittel: 9. - 19. September 1. J. Textilwaren: I., Par- tungsringass: 15 1/2 8 - 12 und 2 - 5 Uhr, Samstag 1/2 8 - 1 Uhr) und VIII., Albertplatz 7 (2-6 Uhr). Neu ab Dienstag: Herrenauszüge sehr guter Qua- lität, Herren- und Damenfilzhüte, Kinderkappen, Hofestoffe, Beantentuche, Jäckel (blau), Wäschestoffe, diverse Zugehör- und Kleinigkeiten. Holz- ausgabe von nun ab nur von 1/2 8 - 8 Uhr, Samstag bis 2 Uhr). Zur Neu- rayonierung Burggasse 16 die vollständige Kohlekarte (Besugkarte mit Best.-ll- und Kontrollabschnitt) abgeben.

Der Unfall eines Wiener Kinderzuges. Das Wiener städtische Jugendamt erhielt aus Wörgel folgendes Telegramm: Wegen Dammrutschung erfolgte in Seefeld - Hochfilzen eine Teilung des 22. St. Galler Kinder- zuges. Beim ersten Teil, der die Gruppen 1 bis 18 umfasste, erfolgte gerade an der gefährdeten Stelle ein Zusammenstoß und eine Entglei- sung des ersten, zweiten und letzten Wagen. Die drei Wagen wurden dann in Hochfilzen als beschädigt ausgewiesen. Die Wageninsassen haben nur Hautabschürfungen erlitten. Es ist alles gesund. Schler. - Es han- delte sich hier um den Kinderzug, der am 8. September Wien verlassen hat. Die Leiterin des Zuges war eine bewährte Fürsorgerin Frä. Wilma Schler und auch ein Arzt war im Zuge. Die Eltern können also ganz außer Sorge sein. Die Vorsicht des Jugendamtes mit solchen Zügen nur gelehrte Fürsorgerinnen, Ärzte oder städtische Lehrerin- nen zu schicken hat sich diesmal außerordentlich bewährt. Es ist auch zu keiner Panik gekommen, wie solche häufig bei dergleichen Unfällen eintreten und die Kinder konnten die Fahrt unbeschädigt

fortsetzen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. September 1920, Nr. 293.

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat tritt nach den Ferien am Freitag, um 4 Uhr nachmittags wieder zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung befinden sich bis jetzt 60 Geschäftsstücke, darun- ter ein großer Teil, welcher nachträgliche Genehmigungen zum In- halt hat. - Der Stadtsenat hält am Dienstag vormittags eine Sitzung ab.

Eröffnung der II. Kleingartenausstellung. Heute vormittags erfolgte durch Bgm. Reumann die Eröffnung der in Arkadenhofe des Rathauses und den unliegenden Räumen veranstalteter Ausstellung. Hierzu hat Staatssekretär Pesta, ten sich eingefunden/Landeshauptmann Sever, Zentralausschussrat Lang von der österr. Landwirtschaftsgesellschaft, Oberst Nitsche in Vertretung der 2. Brigade, Oberstleutnant Horacek in Vertretung der Heeresverwaltung, Generalsekretär Schneider von der Gar- Fachreferent Helner von Eisenbahnant, tenbaugesellschaft Professor Diensbauer, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte etc. Gemeinderat Hofbauer begrüßte die Erschienenen mit folgender Ansprache: Die Schrebergartenbewegung ist bekanntlich kurz vor dem Kriege aus Deutschland nach Wien übertragen worden. Sie hat ganz an der westlichen Grenze auf steinigem Boden einge- setzt und mußte sich das Land unter schwerer Mühe und Plaze erst nutzbar machen. Die durch den Krieg bedingte Lebensmittelnot hat das Bedürfnis, sich einigermassen Zubussen zu schaffen, die Be- wegung mächtig gefördert und ihr tausende und tausende zugeführt, welche ein Stück Grund haben möchten. Aber der Kampf um diesen Grund war nicht leicht und es ist schwer zu sagen, welcher Kampf schwerer war, den Grund zu bekommen oder der, ihn zu bebauen. Es wurde nicht nur steiniger Boden, sondern auch nasse Wiesen, Baugründe, Schutthalden u.dgl. den Schrebergärtnern zugewiesen, aber überall haben sie sich mit Erfolg angesiedelt. Es ist viel- leicht heute schon widerlegt, wenn gesagt wird, dass die Bevöl- kerung von Wien nur hungert, und nicht arbeiten will, denn heute noch gibt es Tausende, die uns täglich um ein Stück Grund bitten, und die ihn schon haben, kämpfen vergebens um einen etwas grösser- ren Grund. Die grössere Zahl der Kleingärten hat nur ein Ausmaß von 200 Quadratmeter und d.h. bekanntlich nicht sehr viel. In Vor- jahre waren in Wien und Umgebung ungefähr 40.000 Familien als Kleingärtner tätig, heuer können wir berichten, daß es schon mehr als 60.000 Familien sind. Wenn man bedenkt, daß manche von diesen Kleingärtnern, was ja kein Geheimnis ist, von ihren Produkten an Verwandte oder Bekannte abgeben, kann man sagen, dass heuer zirka 100.000 Familien ihren Bedarf Gemüse und Bodenprodukten

erlangen könnten, also ungefähr ein Viertel der Wiener Bevölkerung. Wenn heuer die Gemüseversorgung Wiens nicht versagt hat, war es mit ein Verdienst der Kleingarten- bewegung. Diese umfassen derzeit 18.000 ha, das wären 18 Grosgrund- besitzungen mit je 1000 ha. Diese würden den Grund mit Dampfplug zumindestens mit Pferdeplug eegen, Sämaschinen etc. bewirtschaften, unsere Kleingärtner aber leisten das alles mit ihrer eigenen Händearbeit. Die Ernte, die wir zu einbringen hoffen, schät- zen wir mindestens auf 4000 Waggons Gemüse und Kartoffeln ohne Obat. Den Wert der verschiedenen Gemüsesorten berechnen wir auf mindestens 100 Millionen Kronen, ein Betrag, der den Volkvermä- gen zugute gekommen ist. Außerdem haben wir noch die Kleintier- zucht, die ebenfalls einen gewaltigen Aufschwung nimmt, denn heuer zählen wir zirka 200.000 Kaninchen, 190.000 Hühner, und 5000 Zie- gen bei den Kleingärtnern. Die Kleingärtner haben aber auch eine große Summe von Kapital investiert an Einfriedungen, Wasserlei- tungsanlagen, Gartenzäunen etc. Für all das, was geleistet wurde, sind wir sehr dankbar, wenn wir auch noch viele Wünsche und Hoffnungen haben. Die Wohnungsnot, die nicht minder groß, wie die Lebensmittelnot ist, könnte z.B. ebenfalls durch die Kleingärtner wesentlich gemildert werden, wenn die Bauordnung entsprechend geändert würde. Die Kahlschläge im Wienerwald, die sonst in Regenperioden, wie wir sie gerade überstanden haben, zu einer Gefahr für Wien werden können, könnten durch Schrebergärtner durch Obstpflanzungen wieder aufgeforstet werden. Es würde dadurch nicht nur eine Gefahr für Wien beseitigt, sondern auch noch großer volkswirtschaftlicher Nutzen geschaffen. Es ist ja schon viel ge- schehen und wir danken insbesondere der Gemeinde Wien, die großes in diesem Jahr für uns geleistet hat. Die Grundzusage durch die Gemeinde rechnen wir auf mindestens 200 ha an Neuboden, dann unter- stützt uns die Gemeinde durch Ueberweisung von Materialien etc. zum Eigenpreis, weiters hat die Gemeinde die Kleingartenstelle, die dem Landwirtschaftsamt abgegliedert war, zu einem eigenen Amt ausgestaltet und uns einen tüchtigen Fachmann Herrn Inspektor Siller zur Seite gestellt. Schliesslich ist im heurigen Budget für diese Zwecke ein Betrag von 8 Millionen Kronen eingestellt. Unser Dank gebührt aber auch allen Beamten und Arbeitern, die an unserer Be- wegung soviel Anteil nehmen und auch diese schöne Ausstellung durch ihre Mitarbeit ermöglicht haben.

Bgm. Reumann: Auch die heurige Ausstellung erbringt wieder den Beweis, daß unsere Kleingartenbewegung qualitativ und quanti- tativ ganz hervorragendes leistet und ihr Ziel nicht nur zu errei- chen imstande ist, sondern dasselbe noch weit übertrifft. Wenn auch die Bewegung von Leipzig ausgegangen ist, muss man doch sagen, dass unsere Kleingartenbewegung die besondere wienerische Note aufweist, die es mit sich gebracht hat, dass die Schrebergärtner eine festge- gliederte Masse geworden ist, in welcher jene Wiener Gemüchlichkeit,

in Interesse der Entwicklung des Kleingartenwesens gesehen kann, welche unsere Stadt in der ganzen Welt bekannt und beliebt hat, genügt und genügt wird. Was schon in einschneidenden Mo- menten nicht ganz Wien zu einem einzigen Schrebergarten machen können. Es ist nicht besser Wille, wenn der eine oder andere Wunsch nicht erfüllt werden kann, denn die Gemeinde hat auch andere sehr wichti- ge Aufgaben vor sich. Aber was gesehen kann, wird sicher gesehen sein und wir hoffen, dass auch diese zu immer weiteren Fortschritten Anregungen geben möge. - An die Eröffnung schloß sich ein Rundgang durch die ganze Ausstellung. Ein Führer durch die Ausstellung liegt bei.

Ausgabe neuer Zimmerbrandkarten. Zum Kohlenbezüge für Heizzwecke werden neue Zimmerbrandkarten mit der Geltungsdauer vom 10. Oktober 1920 bis 9. April 1921 ausgegeben und zwar: 1.) Bei Vorhandensein eines einzigen heizbaren Wohnraumes ein ganzer Zimmerbrand; wird dieser Wohnraum jedoch gleichzeitig als Küche benützt, tritt an Stelle des Zimmerbrandes ein Küchenbrand. 2.) Für einen neben einer in Verwendung stehenden Küche benützten heizbaren Wohnraum ein halber Zimmerbrand. 3.) Für zwei von einer bis zwei Personen benützte heizbare Wohnräume ein Zimmerbrand. 4.) Für zwei von mehr als zwei Personen benützte heizbare Wohnräume ein und einhalb Zimmerbrände. 5.) Auf drei heizbare Wohnräume haben zu entfallen: a) für eine Person ein Zimmerbrand, b) für zwei bis drei Personen zwei Zimmerbrände, c) für vier und mehr Personen drei Zimmerbrände. 6.) Auf vier oder mehr heizbare Wohnräume haben zu entfallen: a) für eine Person ein Zimmerbrand, b) für zwei bis drei Personen zwei Zimmerbrände, c) für vier bis sechs Personen drei Zimmerbrände, d) für sieben und mehr Personen vier Zimmerbrände. Aerzte, Notare, Anwälte und Inhaber gewisser, im öffentlichen Interesse betriebenen Berufe können, falls für die Ausübung ihrer Tätigkeit neben den Wohnräumen noch besondere Räume verwendet werden müssen, eine der Benützungszeit entsprechende Ergänzung des Zimmerbrandes erhalten, und zwar bei ganztägiger Verwendung der besonderen Berufsräume a) für einen heizbaren Raum einen ganzen Zimmerbrand, b) für für jeden weiteren heizbaren Raum einen halben Zimmerbrand. Für Heimarbeiter, die sich als solche legitimieren, ferner für mit der Wohnung verbundene kleinere Geschäftslokale, deren Beheizung unbedingt nötig ist, wird zu dem auf die Wohnung entfallenden Zimmerbrand noch ein halber Zimmerbrand zugegeben. Bei Krankheit kann die politische Behörde I. Instanz vorübergehend eine Zubusse bis zu einem ganzen Zimmerbrand bewilligen. Diesbezügliche Ansuchen sind schriftlich unter Anschluss eines ärztlichen Zeugnisses beim Kohlenkommissär des Wohnbezirkes zu überreichen. Hinsichtlich des Anspruches auf Ausfolgung von Bezugsscheinen und Kohlen (Koks-)bezugskarten für Berufsräume, welche das Ausmaß gewöhnlicher Wohnungen überschreiten, (mehr als sechs heizbare Räume) finden die Anordnungen der Magistratskundmachung des Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, vom 27. September 1918 sinngemäße Anwendung. Anspruch auf Zimmerbrandkarten haben nur jene Wohnungsinhaber, deren Vorrat 200 kg Steinkohle

(Koks, Briketts) oder 250 kg Braunkohle nicht übersteigt. Die Ausgabe der neuen Zimmerbrandkarten erfolgt durch die zuständigen Brotkommissionen, und zwar für die anspruchsberechtigten Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A - E am 27. September, F - H am 28., I - L am 29., M - Q am 30., R, S, Sog am 1. Oktober, St, T - Z am 2. Oktober während der gewöhnlichen Dienststunden. Die Besitzer der neuen Zimmerbrandkarten haben sich bis längstens 6. Oktober 1920 in die Kundenliste der von ihnen gewählten Abgabestelle eintragen zu lassen.

Die Preise der Kindernährmittel. Das Staatsamt für Volksernährung hat die Firmen Nestle's Kindermehlgesellschaft und Dr. Theinhardt's Nahrungsmittelwerke in Wien in Hinblick auf der äußeren Umhüllung der Dosen, in welchen Nestle's Kindermehl und „Infantina“ zum Verkauf gelangt, das Erzeugungsdatum ersichtlich zu machen. Die Anordnung verfolgt den Zweck bei antlicher Festsetzung höherer Preise zu verhindern, das die noch vorhandenen billigeren Ware gleichfalls zum erhöhten Preis abgesetzt wird.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 13. September 1920. - Abendausgabe.

Der Donauwasserstand. Die Wasserstände der Hochflut des Donaustromes sind in allen Pegelstationen in N.Oe. bereits im Fallen. Der Wasserstand am Pegel der Reichsbrücke in Wien ist am 13.d. um 7 Uhr Früh auf +383 gesunken. Nach den Berichten von den oberen Pegelstationen ist ein weiteres Fallen der Wasserstände zu erwarten. Die Hochwassergefahr für Wien ist vorüber. Die Permanenz des Zentralkomitees und seiner Exposituren wurde heute aufgelassen.

Ein Holländisches Gastspiel für Wiener Kinder. Zufolge einer an den Bürgermeister gerichteten Depesche des Sekretärs des Direktorenverbandes in Amsterdam macht sich Louis Bouwmeester, Holländischer erster Schauspieler und einer der hervorragendsten Shakespeare-Darsteller, in wahrhaft edelmütiger Weise erbötig in einigen Gastspielen als Shylock in Kaufmann von Venedig ohne Honorar zu Gunsten armer Wiener Kinder in Wien aufzutreten. Der Bgm. hat für das so überaus menschenfreundliche Anerbieten herzlichst gedankt und sofort mit dem Unterrichtsamt und der Verwaltung der Staatstheater Fühlung genommen. Seitens der bezeichneten Verwaltung, die das Anerbieten ebenfalls freundlichst begrüßte, wurde dem Bgm. auch eine Zusage in seinem Sinne gemacht. Das Gastspiel Bouwmeesters dürfte jedoch erst im ersten Viertel des nächsten Jahres stattfinden können.

1. Ausgabe

Die Betriebskredit von 300 Millionen Kronen für die städt. Unternehmungen. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung die gestern von Finanzanschnu gefassten Beschlüsse wegen Aufnahme eines Wechselkredites von 300 Millionen Kronen für die städt. Unternehmungen gut geheissen und wird die Vorlage bereits die nächste Sitzung des Gemeinderates beschütigen. Referent StR. Breitner führte zur Begründung der Transaktion folgendes aus: Die einseitigen Betriebskapitalien der drei grossen städtischen Unternehmungen, welche eingeleitet der gekünderten Geldwertverhältnisse als an nähernd mehr zur Betriebsführung aus und spielen eigentlich mit Rücksicht auf ihre Geringsfügigkeit überhaupt keine Rolle mehr. Die Gaswerke sind noch wie vor mit einem Betriebskapital von 2 1/2 Millionen ausgestattet, die Elektrizitätswerke mit einem solchen von 10 1/2 Millionen, die Strassenbahn von 10 Millionen, während der Umsatz, der in diesen drei Unternehmungen erzielt wird, sich auf über 4 Milliarden beläuft. Die augenständigen sechswöchentlichen Rechnungen vom Gaswerk betragen rund 75 Millionen, vom Elektrizitätswerk ungefähr 100 Millionen. Die Strassenbahn, die ja naturgemäss in der besten Lage von diesen drei Unternehmungen ist, weil sie Tag für Tag ihre Einnahmen erhält, vermag aber dennoch nicht mit den 10 Millionen Auslagen zu finden, weil selbst ganz bescheidene Vorräte an Schienen, Schmierölen, Schotter etc. schon weit über diesen Betrag hinausgehen. Unendlich schwieriger ist die Lage vom Gas- und Elektrizitätswerk, die große Vorräte an Brennstoffen, insbesondere vor dem Winter, anheufen müssen. Wenn es nun auch, angesichts der bekannten Schwierigkeiten nicht möglich ist, jene Quantitäten zusammenzuheben, wie dies sonst im Frieden der Fall war, so wird dies weit mehr dadurch aufgewogen, dass die Preise eine ganz ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Während im Jahre 1914 Kohle der besten Qualität mit 240 K für den Waggon bezahlt wurde, stellt sich jetzt Kohle zwischen 25.000 und 35.000 K, je nach der Herkunft. Es sind also zu Haltung von auch nur weit geringeren Vorräten vielfach grössere Summen als seinerzeit notwendig. Dazu kommt, dass die Elektrizitätswerke, um gegen Störungen bei Kohlenanschleichen gesichert zu sein, seit dem Vorjahre einen Rohkohlenvorrat halten, den zu ergänzen die Werke unangesehen bedürft sind, was gleichfalls einige Dutzend Millionen bindet. Schliesslich hat die Gemeinde die Versorgung der Bevölkerung mit Holz in Angriff genommen. Auch dies ist eine Aktion, die zur Zeit der höchsten Vorratsansammlung einen Betrag von

über 200 Millionen Kronen erfordern wird. All dies hat es notwendig den Wechselkredit, welchen der Gemeinderat am 30. April d. J. dem Bankenkonsortium mit 200 Mill. aufgenommen hat, für dieses und für das nächste Jahr also bis ungefähr anfangs Juni 1921 im erhöhten Ausmass zu sichern. Der neuerliche Kredit von 300 Mill. wird zu denselben Bedingungen gegeben, wie dies bei der letzten Kreditoperation der Fall war. Die Abrechnung der dreimonatlichen Wechsel erfolgt zu dem jeweiligen Banksatze, zuzüglich 1/4 Prozent Provision pro Quartal, was derzeit 6 1/2 % für das Jahr entspricht und angesichts der gegenwärtigen Geldklemme als ausserordentlich günstig bezeichnet werden könnte. VR. Hesse erklärte, dass er diese Auffassung teils und gegen die Kreditoperation nicht einzuwenden habe, vielmehr dem Wunsch Ausdruck geben müsse, dass ohne Rücksicht auch auf eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme von Geld alles aufzuboten werde, um soviel Brennstoff als nur irgend möglich für den kommenden Winter zusammenzuheben. Der Referentenentwurf wurde einstimmig genehmigt.

Die Wiener Gemeindesteuern in Kraft. Das n.ö. Landesgesetz- und Verordnungsblatt von 6. September verlautbart die von Wiener Gemeinderat und n.ö. Landtag beschlossenen, von der Staatsregierung ohne Einspruch gebilligten Wiener Steuergesetze. So treten sämtliche Abgaben von diesem Tage an, d. i. von 6. September l. d. J. nunmehr in Kraft. Es handelt sich bekanntlich um die Novellierung der Mietaufwandsabgabe, die das erstmal gelegentlich des Novemberzinseszins zur Entrichtung kommt; die 8%ige Haarergabgabe von allen Löhnen und Gehältern, die in Wiener Gemeindegebieten von Erwerbsunternehmungen gezahlt werden. Diese Abgabe wird ab 6. September zur Einzahlung fällig. Eine Ergänzung bildet die Haarpersonalsabgabe, die für das Jahr 1920 mit einer Quartalsrate für die Monate Oktober, November, Dezember von allen jenen zu begleichen sein wird, die mehr als eine fremde Hilfskraft in ihren Haushalten beschäftigen. Die Konfessionsabgabe zerfällt in eine laufende Abgabe, die je nach den vier Erwerbssteuerebenen 5.000.-, 4.000.-, 2.000.- und 500 Kronen ansieht, für alle den zweiten Hälfte der Personaltuergesetze unterliegenden Unternehmungen mit 6000 K bemessen ist. Die Abgabe ist für das Jahr 1920 mit der Hälfte der vorstehenden Sätze zu entrichten. Dasselbe davon ist im Falle der Uebertragung kommissionierter Unternehmungen - den Erbgang ausgenommen - das Vierfache der vollen Jahresabgabe abzustellen. Alle seit 6. September vorgenannten Uebertragungen sind daher als abgabepflichtig zu betrachten. Die 10%ige Abgabe von der Verabreichung von Speisen und Getränken in Lokalitäten tritt erst 14 Tage nach Zustellung der Entscheidung. Das ein Lokal als abgabepflichtig erkannt worden ist, in Kraft. Die Entscheidung trifft der Wiener Magistrat nach Anhörung der betreffenden Genossenschaften nach freiem Ermessen und sind alle in diesem kommenden

Genossenschaften bereits zur Aussprache angeordnet worden. Nach dem Wortlaut des Gesetzes kann es keinen Zweifel unterliegen, dass alle eigentlichen Nachlokale, wie Bars, Kabaretts der Luxusabgabe unterworfen sind und wird die Verändingung dieser Betriebsstätten schon in der allernächsten Zeit erfolgen. Die Wirksamkeit der erhöhten Zuschläge zur Grundsteuer, allgemeinen Erwerbsteuer, Rentensteuer, zur Erwerbsteuer von Aktiengesellschaften etc. beginnt rückwirkend mit 1. Jänner 1920. Schliesslich ist noch eine formale Abänderung der Erbschaftsteuerabgabe, die der Gemeinderat gelegentlich der Beratung der vorgenannten Steuern zum Zwecke der einheitlicheren Reg. Behaltung beschlossen hat, in Kraft getreten. Der Finanzanschnu hat sich in seiner gestern abgehaltenen Sitzung bereits mit den Vollzugsanweisungen der Fürsorge- und Hauspersonalsabgabe beschäftigt und die vorgelagerten Magistratsentwürfe nach einigen Aenderungen gutgeheissen.

Schulleiterernennungen. Der Stadtrat hat heute zu Schulleiter ernannt: K. B. I., Rennweg 20 Hirschhofer Rudolf, K. B. VII., Neubaugasse 42 Black Leopold, K. B. IX., Glasergasse 8 Herzenthaler Franz, K. B. X., Quellenstrasse 31 Müller Ludwig, K. B. XIII., Neuwalgasse 28 Schaeffer Stefan, K. V. B. XIII., Anhoferstrasse 49 Jorde Julius, K. B. XIII., Lortzinggasse 2 Stadler Hans, K. B. XIII., Reinalgasse 19 Heilingger Rudolf, K. M. B. XIII., Hochsteingasse 22/24 Diesner Josef, K. V. B. XVII., Seblersgasse 31 Veitl Franz, K. B. XIII., Diefelderergasse 96 Lohse Anton, K. B. XVII., Parhamerplatz 19 Holzer Ignaz, K. M. B. XII., Lorenz Kollergasse 15 Peder Josef, K. B. I., Börsegasse 5 ~~Maximilian~~ Heinsel Adelheid, M. V. B. II., Schüttauplatz 18 Hallitzky Ferdinand, M. B. II., Wolfgang Schnälzlgasse 13 Harrer-Ullmann Karl, M. B. VI., Lognauplatz 4 Enlein Josef, M. B. VII., Neustiftgasse 100 Diebold Rudolf, M. B. IX., Glasergasse 8 Toppel Anna, M. B. XIII., Deckergasse 1 Szabau Albertine, M. B. XII., Steinbauergasse 27 Halbritter Katharina, M. V. B. XIII., Feldmühlgasse 26 Weig Leopoldine, M. V. B. XIII., Rietsinger Hauptstrasse 166 Pichelmayer Anna, M. B. XIII., Gurkgasse 32 Randhartinger Johann, M. B. XVI., Habsburgplatz 17 Wolf Karl, M. B. XVI., Feunayergasse 25 Hofbauer Albin, M. B. XVI., Wurlitzergasse 59 Mohr Michael, M. B. XVII., Parhamerplatz 18 Ristler Franz, M. B. XXI., Jubiläumsgasse 21 Aachenbrenner Karl, K. V. I., Johannesgasse 4a Kropik Laurenz, K. M. V. I., Werdertorgasse 6 Zirin Josef, K. V. II., Blumengasse 21 Kukla Salomon, K. V. II., Holzhäusergasse 5 Reschek Franz, K. M. V. II., Aspernallee 5 Böhm Anton, K. V. III., Erdbergstrasse 76 Kratochvila Emanuel, K. V. III., Salzgasse 19

16a August, K. V. III., Strohgasse 16a Leopold, K. M. V. III., Hauburgerstrasse 40 Strobl Friedrich, K. V. IV., Alleeergasse 11 Rötzer Franz, K. V. V., Minnedlergasse 1 Zerdik Wilhelm, K. V. V., Rundturnerplatz 14 Korntauer Ferdinand, K. V. V., Margaretenstrasse 103 Ilgner Rudolf, K. V. 5., Wiednerneubergstrasse 107 Matschinka Albert, K. V. VII., Burggasse 16 Kopecky Anton, K. M. B. VII., Zollerergasse 141 Erchak Leopold, K. V. IX., d'Orsayergasse 6 Ballero Julius, K. V. IX., Diechtensteinstrasse 137 Pfrogner Christian, K. M. V. IX., Gollergasse 12 Bruner Hans, K. V. X., Alxingergasse 32 Westermayer Karl, K. V. X., Laibsböckergasse 17 Führer August, K. V. X., Sonnleithnerergasse 32 Bilal Emil, K. M. V. X., Favoritenstrasse 96 Dora Klacans, K. M. V. X., Triesterstrasse 11a Wondracsek Hans, K. V. XII., Rothenburgstrasse 1 Gabriel Johann, K. V. XII., Buchergasse 54 Menacher Franz, K. V. XII., Sebbäbrunnstrasse 189 Kesseldorfer Alois, K. V. XIV., Spitzergasse 19 Busch Julius, K. V. XV., Hackengasse 11 Rustak Rudolf, K. V. XVI., Siebhardtgasse 21 Rosnal Franz, K. V. XVII., Penzlgasse 20 Jelinek Karl, K. M. V. XIX., In der Eria 6 Perz Alfred, K. M. V. XIX., Managethergasse 1 Denk Karl, K. M. V. XIX., Pantzergasse 25 Peck Richard, K. M. V. XII., Pyrkergasse 14 Schöffler Anton, K. V. IX., Treustrasse 9 Raaker Rudolf, K. M. V. XX., Wintergasse 34 Bauer Otto, K. V. XXI., Leopoldplatz 9 Weig Josef, K. M. V. XXI., Schillergasse 31 Kindler Alois, M. V. II., Leopoldgasse 3 Pollek Berta, M. V. III., Paulusplatz 4 Kojetinsky Otto, M. V. III., Reiserstrasse 48 Götzen Irma, M. V. IV., Phorugasse 10 Vancsa Paula, M. V. IX., Wattergasse 16 Brunner Gabriel, M. V. 5., Diehlgasse 2 Schwehla Eleonore, M. V. VI., Kopernikugasse 15 Kukla Anna, M. V. VII., Zieglergasse 21 Haslinger Juliana, M. V. IX., Grünberggasse 7 Panesch Ernst, M. V. IX., Bahngasse 35 Slezak Henriette, M. V. IX., Viriotgasse 8 Srb Rudolf, M. V. X., Bernhardstalgasse 10 Kraus Friederike, M. V. X., Keplerplatz 7 Weick Julius, M. V. X., Quellenstrasse 54 Wolfram Hermine, M. V. XII., Hetzendorferstrasse 9 Arbeiter Sofia, M. V. XII., Malfattgasse 1 Kaff Marie, M. V. XIII., Heiselstrasse 47 Rathmayer Juliana, M. V. XIV., Stätternayergasse 27 Weig Karoline, M. V. XVI., Herbststrasse 96 Neuhaus Anna, M. V. XVI., Kreitzergasse 32 Tichler Franz, M. V. XVI., Schinnaglergasse 3 Madl Andreas, M. V. XVII., Kindermannergasse 1 Penacher Marie, M. V. XX., Pöchlarnstrasse 12 Peck Adelheid, M. V. XX., Treustrasse 9 Konchabek Marie.

Hervorzuheben ist, dass sich unter den Brauisten diesmal zum erstenmale ein Altkatholik und ein Konfessionsloser befinden, letzterer der bekannte Schulmann Josef Enlein. Die Ernennung dieser beiden Personen konnte allerdings nur deswegen erfolgen, weil dieselben laut § 48 R. V. G. auch die Befähigung zum Unterrichte in jener Religion nachweisen konnten, welcher die Mehrheit der betreffenden Schüler angehört. (röm. kath.) An den Referat knüpfte sich eine sehr eingehende Debatte, an welcher die Stadträte Dr.

Kienböck, Rumelhardt, Vangoia und VB. Hoss teilnahmen, die insbesondere die Ernennung Ensteins bemängelten und dieselbe als mit dem Geiste des Reichsvolksschulgesetzes in Widerspruch stehen, bezeichneten. Der Referent StR. Späasser wies eingehend nach, daß die Ernennungen in jeder Beziehung den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und ein Mann, wie Enstein, dessen Befähigung noch von keiner Seite angezweifelt werden konnte. übrigens auch von StR. Rumelhardt ausdrücklich zugegeben wurde, unter allen Umständen einen außerordentlichen Gewinn für das Wiener Schulwesen bedeute. Die Anträge wurden genehmigt und zur Kenntnis genommen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ .

Wien, 15. September 1920. - Abendausgabe.

Entfallenden Empfang. Morgen Donnerstag findet bei Stadtrat Max Winter kein Empfang statt.

.....

Rückkehr Wiener Kinder aus der Schweiz. Morgen Donnerstag 2 Uhr Nachmittags kommt im Wien'-Westbahnhof der 20. St. Galler Kinderrücktransport, der am 9. Juli von Wien abgegangen ist, an. Die ~~Eltern~~ Eltern werden gebeten ihre Kinder rechtzeitig vom Bahnhofs abzuholen.

.....

WIENER RATH AUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Chefredakteur Franz Michon.

26. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 15. September 1920.

Heute keine Ausgabe!

Die rechtliche Stellung Wiens in der neuen Verfassung. Der Stadtsenat beschäftigte sich heute mit der erwähnten Frage und der Referent StR. Speiser begründet in seinem Referat nachstehende Anträge: Der Bürgermeister wird beauftragt, der Nationalversammlung und der Staatsregierung als Anlass der Beratung der Bundesverfassung nachstehende Wünsche der Gemeinde Wien bekanntzugeben: 1.) Die Möglichkeit der Bildung eines selbständigen Landes Wien durch übereinstimmenden Beschluß des Wiener Gemeinderates und des Landes Niederösterreich soll vorgesehen werden. 2.) Wien beansprucht als Bundeshauptstadt eine selbständige, unmittelbar vom Gemeinderate zu wählende Vertretung im Bundesrate. Das Verhältnis der Anzahl der von den einzelnen Ländern und von Wien zu wählenden Bundesratsmitglieder soll der Bevölkerungszahl entsprechen. 3.) Wien soll schon vor der in Punkte 4.) vorgesehener Teilung des jetzigen Landes Niederösterreich einem Lande gleichgehalten werden, hinsichtlich a) der Anteilnahme an Bundeseinnahmen und der Beiträge und Zuschüsse aus Bundesmitteln; b) der Gesetzgebung hinsichtlich der Gemeinde- und Landesabgaben in Wien; c) der autonomen Beschlussfassung über seine Verfassung (Gemeindestatut); d) der vollziehenden Gewalt in Angelegenheiten der Bundes- und der Landesgesetzgebung, ist zwar, daß der Bürgermeister der Stadt Wien die rechtliche Stellung eines Landeshauptmannes und der Wiener Stadtsenat die rechtliche Stellung einer Landesregierung erhält; e) der Gesetzgebung für Wien in allen Angelegenheiten, die schon bei der provisorischen Auseinandersetzung mit dem Lande als nicht gemeinsam bezeichnet werden. 4.) Die allgemeine staatliche Verwaltung (Art. 97a) in der Bundeshauptstadt Wien soll nach dem in Abschnitt 5 des Verfassungsgesetzes enthaltenen Grundsätzen durch das Wiener Gemeindestatut geregelt werden. 5.) In den Wirkungskreis des Bundes sollen auch

fallen: Die Gesetzgebung und Vollziehung 1.) in Ernährungswesen, 2.) hinsichtlich des Elektrizitätswesens und der industriellen Verwertung der Gewässer. 6.) Der Absatz des Art 3a soll außer dem Verbot von Zwischenzell-Linien auch das aller sonstigen Fahrplansbeschränkungen festsetzen.

Ueber die Anträge wurde eine mehrstündige Debatte abgeführt. Von Seite der christlichsozialen Mitglieder wurde hauptsächlich

dauf verwiesen, daß, wenn die Gesetzgebung hinsichtlich der Gemeinde und Landesabgaben für Wien der Stadt Wien ganz überwiesen werde, es möglich wäre, daß Steuern und Abgaben der Wiener Bevölkerung sowohl von Lande als auch von der Stadt Wien auferlegt würden. Die Christlichsozialen sprachen sich aus gegen die Stellung des Bürgermeisters als Landeshauptmann und des Stadtsenats als Landesregierung aus. Ebenso stellten sie sich auf dem Standpunkt, daß es besser sei, das Ernährungswesen nur bezüglich der Gesetzgebung nicht aber auch bezüglich der Vollziehung dem Bunde zuzuweisen. StR. Vaugoin sprach sich außerdem dafür aus, daß nicht nur das Elektrizitätswesen und die industrielle Verwertung der Gewässer, sondern auch das Bergwesen der Gesetzgebung und Vollziehung des Bundes unterstellt werden soll. Dr. Kienböck wies darauf hin, daß die Abneigung der Länder der Stadt Wien gegenüber, die manche Schwierigkeiten mit sich bringe, damit zusammenhänge, daß dem Länder die derzeitige Gemeindevverwaltung in Wien nicht passe.

Referent StR. Speiser wies in seinem Schlusssatz darauf hin, daß die letzten Beschlüsse des Unterausschusses des Verfassungsausschusses, die Wien betreffen, vielfach den Wünschen der Gemeinde Wien entsprechen, daß aber die vorliegenden Anträge über diese Beschlüsse in vielen Dingen noch hinausgehen. Der Beschluß des Verfassungsausschusses bildet in gewissem Sinne schon einen Kompromiß, die Gemeinde könne sich aber in ihren Forderungen nicht auf den Boden dieses Kompromisses stellen. Das Steuerwesen sei schon so geordnet, daß in Stadt und Land Steuern miteinander konkurrieren, es sei aber unbedingt notwendig, daß sich die Gemeinde Wien endlich ihre volle Steuerfreiheit erobere. Die Abneigung der Länder gegen Wien hänge wohl nicht mit parteipolitischen Erwägungen zusammen, wahr sei einfach, daß die Bauern sich ihre Absatzquellen suchen, die ihnen die besten Verdienstmöglichkeiten gewähren. Wien müsse

natürlich an der Forderung festhalten, daß es seine Vertreter im Bundesrate nach dem Schlüssel der Bevölkerungszahl erhalten. Was die Einwände gegen die Stellung des Bürgermeisters als Landeshauptmann betreffe, so müsse erklärt werden, daß die alte

Stadthalterei, bzw. der Stadthalter als Organe der monarchistisch-zentralistische Regierung gewählt, die Aufgabe einer politischen Behörde zweiter Instanz versehen haben. Damals war die Stadthalter ein anders geartetes zentralistisch-bürokratisch gebildetes Organ. Mit der Übertragung der Staatsgewalt in den Ländern an die gewählten Organe fiel dieser Unterschied weg. Nunmehr ist auch die zweite Instanz, die Landesregierung aus Vertretern der Bevölkerung zusammengesetzt und es sei nicht einzusehen, warum die Wiener Vertretung für das Wiener Volk nicht dieselben Rechte ausüben und das gleiche Vertrauen genießen soll, wie irgendeine andere Landesvertretung. Wien müsse im Bezug auf seine Rechte in der neuen Bundesverfassung so gestellt werden, wie die anderen Länder. Die Freiheit und Selbständigkeit sei für Wien eine Lebensfrage. In dem jetzigen Momente, wo die neue Verfassung vielleicht Gesetz werden könne, solle Wien seine Forderungen kräftig erheben.

Bei der Abstimmung wurden eine Anzahl von Anträgen des Referenten einstimmig angenommen. Dagegen stimmten die Christlichsozialen gegen das freie Gesetzgebungsrecht, hinsichtlich der Gemeinde und Landesabgabe gegen die Bestellung des Bürgermeisters zum Landeshauptmann und des Stadtsenats zur Landesregierung und gegen die Forderung, daß im Bunde auch die Vollziehung in Bezug auf das Ernährungswesen übertragen werden soll.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilung: Bereits seit längerer Zeit war es bekannt, dass die argentinische Republik in Ansehung der Notlage eines grossen Teiles der Wiener Bevölkerung der Österreichischen Regierung einen Millionenkredit zur Linderung dieser Not gewähren wolle. Nunmehr ist diese menschenfreundliche Absicht zur Tat geworden. Die argentinische Regierung hat nämlich am 27. August d. J. das Gesetz wegen Gewährung eines Kredites im Betrage von 5 Millionen Pesos, d. s. 640 Millionen Kronen an die Österr. Regierung behufs Unterstützung der Wiener notleidenden Bevölkerung sanktioniert. Der Kredit soll den in Argentinien zu bewerkstellenden Ankaufen von Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen für Kinder dienen, wobei die Österreichische Regierung den Gegenwert der gekauften Artikel zum Kostenpreise zinsfrei zu beliebiger Zeit und in beliebiger Form zurückerstatten kann.

Ich berichte dem Gemeinderate über diese grossherzige Tat des argentinischen Volkes und der argentinischen Regierung, eine Tat, die im Hinblick auf ihre Art uns in ganz besonderer Masse zu helfen geeignet ist und uns zu hohem Danke verpflichtet. Ich habe nicht verabsäumt, diesen Dank dem Gesandten Argentinien Seiner Exzellenz Herrn Dr. Perez sofort nach dem ich von dem Beschlusse der argentinischen Regierung Kenntnis erhalten habe, mündlich zum Ausdruck zu bringen. Ich bin aber überzeugt, dass auch der Gemeinderat den Wunsch hat, angesichts dieses ausserordentlichen Aktes menschenfreundlicher und edelmütiger Gesinnung seinen Gefühlen wärmsten Dankes Ausdruck zu verleihen. Ich darf annehmen, dass sich die sehr geehrte Versammlung ermächtigt, diesen Dank sowohl dem Präsidenten der argentinischen Republik als auch Seiner Exzellenz Dr. Perez, der sich in den letzten Jahren schon so oft und auch bei dieser Gelegenheit als wahrer und warmer Freund der Stadt erwiesen hat, zu übermitteln.

Gespundet haben: Die amerikanische Hilfsstelle für im Krieg Geschädigte Oesterr.-Ung. in Chicago 1000 Dollar.

Heinrich Bittner, North Melbourne, Australien für die hungernden Kinder seiner Vaterstadt Wien ein Legat von 100 Pfund Sterling.

Hilfskomitee für Wiener Kinder in Mondovì, Italien, zugunsten des Verbandes der freiwilligen Jugendfürsorge 23.076 K.

Der Vaterländische Frauenverein in Kreuznach (Thüringen) zugunsten der hungernden Kinder in Oesterr.-Ung. 6178 Mark.

Captain W. A. Blair Chicago für hungernde Kinder Wiens 2500 K.

Dr. E. Antwanter, Santiago Chile, für Fürsorgezwecke 750 Mk.

D. S. Hilfsverein in Stuttgart für bedürftige Kinder des II Bezirkes 740 Mark.

Ing Heinrich Zwölfer zugunsten der Heinrich Zwölfer'schen Armenstiftung 2000 K.

Die Stadt Heberlingen (Deutschland) für unterernährte Kinder Wiens 1400 Mark.

William Sprong New York zur Speisung armer Wiener Kinder als Sammelspende 1900 K.

Zentralverband der Angestellten in Aachen für notleidende Kinder 300 Mark.

Fa. A. Pollak, Wien, VII., Zollergasse 5 zugunsten der städtischen Feuerwehr anlässlich einer Löscharbeit 1000 K.

Fabrikant Dr. Robert Brühane, I. Bartensteingasse 3 für die Armen Wiens 600 K.

Anton Glass, XVII., Gschwandtnergasse 12 für Arme des 17. Bezirkes 500 K.

Christian Krauspe, Chicago, für bedürftige Kinder Wiens 370 Mk.

Fa. Michael Hutterstrasser, Wien, VII., für bedürftige und würdige Arme des VII. Bezirkes 500 K.

Viktor Stanislaus Puchs, I., Weiburggasse 3 für die Armen Wiens 400 K.

Georg Tausig, XVIII., Währingerstrasse 134 für die Armen Wiens 300 K.

Wilhelm Kastinger, XXI., Leopoldplatz 22 für Wiener Kinder 330 K.

Fa. Landauer & Co. in Hasburg für bedürftige Kinder Wiens 500 K. Die Badeunternehmung „Florabad“ in Wien 50 Badekarten für die Armen des IV. Bezirkes.

Henry G. Koszul New York im Namen der Herman Loge 148 zur Linderung der Not in Wien, Liebesgaben in Werte von 30 Dollar.

Die griechische Regierung im Wege der Gesandtschaft für die Stadt Wien 10 Kisten Korinthen.

Der Herr StR. Vanfoin hat den Antrag eingebracht, den Betrieb beginn auf der Linie 47 der Strassenbahnen schon vor 6 Uhr früh aufzunehmen. Ich habe den Antrag der Strassenbahndirektion zur Berücksichtigung zugewiesen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zu den Postnummern 1 bis 11, 13 bis 27, 29 bis 33 und 35 bis 38 keine Wortmeldungen erfolgt sind, diese Stücke daher als angenommen gelten. Ueber die weiteren Stücke wird in Laufe der Sitzung berichtet werden, ob hierzu Wortmeldungen vorliegen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Breitner referiert über einen Wechselkredit von 300 Millionen Kronen, der der Gemeinde Wien von einem Bankkonsortium zu den gleichen Bedingungen wie bei dem am 30. April 1920 vom Gemeinderate angenommenen Offerte mit Laufzeit bis anfangs Juni 1922 zur Verfügung gestellt wird. Der Referent führt aus, dass sich der Ende April angenommene Kredit als unzulänglich erwiesen habe. Die Gas-, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen erfordern durch die zu Beginn des Winters notwendig gewordene Ansammlung von Kohle ungeheure Summen. Wenn es auch nicht möglich sei, so bedeutende Bestände anzusammeln wie in Frieden, so stehe den gegenüber die Tatsache, dass die Kohlenpreise eine Steigerung von 100 bis 120% erfahren haben. Auch die Zahlungsbedingungen gegenüber den Kohlenlieferanten seien viel schlechter geworden als früher. Schliesslich habe der Gemeinderat den Beschluss gefasst, die Holz- und Kohlenbewirtschaftung zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung auf weit breitere Grundlage durchzuführen, als in vergangenen Jahren. Auch diese Aktion würde naturgemäß ansehnlich grosse Summen erfordern. Gas- und Elektrizitätswerke seien jetzt schon 190 Millionen Kronen an die Kassen der Gemeinde Wien schuldig, die Lage der Gemeinde Wien sei aber nicht eine solche, dass sie Hunderte Millionen in die Unternehmungen als Betriebskapital decken könnte. Sobald der Winter vorüber sei werde die Vorratswirtschaft zu Ende sein. Wie die Verhältnisse bezüglich der Kapitalbeschaffung sich in nächsten Jahre stellen werden, könne man nicht voraussagen, jedenfalls werde aber das Geld, das in den Vorräten steckt wieder zur Liquidation gelangen. Die Bedingungen seien wohl sehr günstig zu nennen, da sich eine Leistung von 6% inklusive Wechselstempel ergäbe.

GR. Dr. Odernig (chr. soz.) bezweifelt, dass die ganze Aktion unternommen wurde, um das Geld für die von Referenten bezeichneten Geschäfte zu verwenden. Die Christlichsozialen haben zu der herrschenden Partei nicht das Vertrauen, dass diese Gelder wirklich zur Anschaffung von Betriebsmitteln der städtischen Unternehmungen dienen sollen. Redner spricht die Vermutung aus, dass die Majorität die Kapitalien zu anderen Geschäften benötige. Weiter hält er die Einführung einer Ablenperiode bei den Gas- und Elektrizitätsmessern für zu lang und unweckmäßig, eine Ablenperiode von 4 Wochen wäre praktischer und insbesondere für die Festbesoldeten Abnehmer empfehlenswerter. Sehr zu bedauern sei auch, dass die Gemeinde Wien nicht mehr in der Lage sei einen Kredit aus Eigenem aufzubringen, sondern dass sie sich der städtischen Unternehmungen bedienen müsse, um im Wege eines Wechselkredites die Mittel aufzutreiben. (Rufe bei den Christlichsozialen: So ist es!) Was würde die Majorität tun, wenn diese von der früheren Verwaltung geschaffenen Unternehmungen nicht beständen, dann wäre sie mit

Ihrer Weisheit an Hand (Beifall bei den Christlichsozialen) GR. Eytner (Demosokratisch) spricht der Majorität das Nichttruen aus und bemerkt, dass die Privatindustrie so wirtschaften würde, wie die Gemeinde Wien, wäre sie schon längst bankrott. Weil aber parteipolitische Interessen alle Aktionen der Majorität der Mehrheit leiten, sei es nicht möglich, die städtischen Betriebe nach vorzuziehenden wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Redner trägt den Refereuten warnt er nicht durch Ausätze von Franziskanern die Beschaffung des erforderlichen Kapitals vorzuziehen habe, er bezweifle die Verzinsung als zu hoch und als einen

Handlung auf die Taschen der Bevölkerung. Seine Partei werde gegen die Vorlage stimmen. Der Referent sagt in seinem Schlusswort, es sei bezweifelhaft, dass die Vorlage im Ausmass eine timide angenommen wurde und dass die Höhe ausserordentlich betrage, was würde gerne noch mehr Kapital zur Anschaffung von Holz und Kohle für die Bewässerung aufrechnen, während heute ein christlichsozialer Redner dagegen gesprochen. Diese kleine Schwankung habe sich plötzlich wegen scheinlich auf Kommando der „Rechnungs“ vollzogen. Fern Dr. Odernig die Vorlesung ausseracht, dass die Gelder zu anderen Zwecken

Verwandlung finden dürfen, so sei das eine schwere Verdächtigung, nicht nur der gewählten Vertreter, sondern auch der verantwortlichen Beamten und der Referent müsse diese durch nichts bewiesene und überhaupt unbeweisbare Insinuation auf das entschuldigendste zurückweisen. Die Durchführung einer sechsmonatigen Ablesperiode sei erfolgt, um an Personal zu sparen, bei Einhalten kürzerer Perioden würden sich die Verwaltungskosten beträchtlich verteuern. Dr. Odehnal werfe auch die Frage auf, warum die Gemeinde keine Kontokorrentkredit bekommen könne. Jeder kaufmännisch gebildete weiß, daß es heutzutage ganz unmöglich ist, einen Kontokorrentkredit zu 500/1 aufzunehmen, weil die Bedingungen hierfür ungeheuer drückend wären; man könne dann zu Zinssätzen von 15 bis 20 % deswegen sei die gewählte Form der Kreditoperation die einzig vernünftige und kaufmännische, ein Zinssatz von 6 % bei den heutigen Verhältnissen sehr mäßig und durchaus nicht wie Herr Bratner meinte, ein Raub auf die Taschen der Bevölkerung. Mehrgegnar habe auch die frühere Gemeindeverwaltung schon die Wechselform benützt. Die empfohlene Ausgabe von Pfandbriefen sei schon aus dem Grunde unmöglich, weil ja die Gemeinde schon für eine ganze Reihe von Anleihen aufgenommen hat und bei einer nennlichen Belastung des Immobilienbesitzes gegen die früheren Pfandgläubiger einer ungeheuren Illiquidität sich schuldig machen würde. Die von Bratner als blühend bezeichnete Privatindustrie sei durchaus nicht so gut daran, denn man wisse, daß gerade die meisten Privatindustriellen an die Banken ungeheuer verschuldet sind.

Die Anträge des Referenten werden sodann genehmigt. Der Bürgermeister erklärt, daß zu Post Nr. 68, 69 und 70 niemand zum Wort gemeldet ist. GR. Richter (Soz.-Dem.) beantragt, dass die Gemeinde Wien als Erbin von 3/39 Anteilen des Nachlasses nach Carl Müller des Verkaufe der beiden in den Nachlass gehörigen Häuser VII., Bernardgasse 18 und Mentergasse 7 um den Mindestkaufschilling von 600.000 Kronen zustimme.

GR. Rotter (christl.-soz.) fragt, ob das Haus Neubaugasse 54 um den Betrag von 850.000 Kronen oder zu einem anderen Betrage verkauft worden sei. Ferner bemängelt er, daß enorm hohen Verkaufspreise von 600.000 Kronen für die beiden in Frage stehenden Häuser, da ein einheimischer Käufer solche Preise nicht zahlen könne und dadurch der ganze Realbesitz an die Ausländer übergehe. Schließlich richtet er noch an den Referenten die Anfrage, wie sich das Ergebnis der Wohnungsaufnahme gestaltet habe.

GR. Richter (Soz.-Dem.): Wie ich zum erstendmale das Referat über die beiden Häuser geführt habe, hat Herr Rotter erklärt, dass die Häuser eigentlich viel zu billig sind. Heute stellt er die Anfrage, wie teuer die Häuser verkauft wurden. Sie wurden

um 900.000 Kronen verkauft, weil Ihnen 800.000 zu wenig waren. Ich glaube, es kann der Gemeinde nur recht sein, wenn das Haus möglichst gut verkauft werden kann. Was die Anfrage bezüglich der Wohnungsaufnahme anbelangt, so gehört die Sache nicht mehr in mein Ressort, ich kann daher die gewünschte Auskunft nicht geben.

GR. Rotter (christl.-soz.) berichtet tatsächlich, dass er nicht verlangt habe, dass das Haus teurer verkauft werde, sondern dass ihm der Preis zu hoch war. Der Referentantrag wird sodann angenommen.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) beantragt, dass dem Josef Pöchel im Wurzbach-Walde zirka 200 Raummeter Brennholz zum Preise von 350 Kronen für einen Raummeter am Stocke verkauft werden. Seither seien wohl Angebote eingelangt, die höher sind. Aber diese seien nicht berücksichtigt worden, dass nicht der Gemeinde der Vorwurf gemacht werde, dass sie bezüglich des Holzes preistreibend wirke.

GR. Vaupotic (chr. soz.) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, wie es kommt, daß die Gemeinde Wien, die sich in solcher Holznot befindet, Holz verkaufen kann. Die Gemeinde hat vom Stifte Geras 7 183 Raummeter Scheitholz gekauft, das über 1 Jahr draussen liegt und von dem nur 4 378 Raummeter abgeföhrt wurden, so daß noch über 3000 Raummeter draussen liegen. Das Holz ist bereits bezahlt und es wird, wie mir mitgeteilt wird, ein bedeutender Teil desselben gestohlen. Ich frage, was es mit diesem Holze ist und ob nicht endlich herangeschafft wird, damit die Wiener, die wir einträgliches Geld nasses Holz kaufen müssen, wenigstens dieses trockene Holz bekommen. Diese Angelegenheit wirft ein scharfes Streiflicht auf die Holzversorgung der Gemeinde und es geht nicht an, daß bei jeder Gelegenheit verächtelt wird, es reichen die Waggon, Holzvorräte u. s. w. nicht aus. In übrigen würde es mich interessieren, warum die Gemeinde die 200 Raummeter Holz in Wurzbachtal verkauft.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte u. a.: Das Holz in Wurzbachtal liegt an einer so ungünstigen Stelle, daß erst Brücken ^{und Wege} gebaut werden müssen, um es herzubringen zu können. Es würde der Raummeter Holz sich in Wien ungeheuer teuer stellen und daraus soll es verkauft werden. In übrigen ist das Quantum nicht so groß, dass man darüber besonderes Aufheben machen könnte. Die anderen Fragen bitte ich zu wiederholen, wenn Kollege Eukras als Referententische steht.

Herr Reumann: Ich werde nicht über die Angelegenheit genau informieren. Wenn es so ist, wie mir mitgeteilt wurde, werde ich veranlassen, daß das vom Stifte Geras gekaufte Holz möglichst rasch herangeschafft wird. Ich kann nicht über jeden einzelnen Fall der Holzbringung sofort Auskunft geben, werde aber Erhebun-

gen pflegen lassen. Der Antrag wird sodann angenommen. Nach einem Weiteren Berichte des StR. Siegel wird das Referat Post 59 ohne Debatte angenommen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) legt hierauf einen Gesetzentwurf betreffend Änderung des Tarifes für die Augenscheinsteuer vor.

GR. Prohaska (Deutschnational) wünscht, daß für die bauamtliche Ueberprüfung von Plankopien und für die Zeasurierung von Plänen für Grundtrennungen, bei welchen es sich um keine Abteufung auf Baustellen handelt, im Falle der Abtretung von Straßengrund eine Erleichterung der mit 30 Heller für jeden Quadratmeter beantragten Gebühr eingeföhrt werde. Runderden

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Antrag angenommen.

Der Bürgermeister erklärt, dass zu Post Nr. 68, 71, 60, 61, 62, 66, 63 und 77 niemand zum Wort gemeldet ist, dieselben daher angenommen werden können.

StR. Grünwald berichtet über die nachträgliche Genehmigung der neu festgesetzten Verpflegungsgebühren in dem Wiener Spital des Krankenzustaltsfondes mit 50, 60, 100 und 150 K täglich, und bemerkt, daß eine Verpflegungsgebühr von 50 K selbstverständlich auch nicht annähernd den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Die Gebühren müßten, um auf die Kosten zu kommen, beträchtlich höher angesetzt werden.

GR. Grünbeck (chr. soz.) bemerkt, nach seiner Meinung soll ein Spital kein Geschäft sein, auch die Christlichsozialen haben früher bei der Verwaltung dankgesagt, aber sie haben das Spital nicht als Geschäft betrachtet, sondern als Humanitätsanstalt. In erster Linie wäre es notwendig, die bodenständige Bevölkerung zu berücksichtigen. Wenn heute ein schwer kranker Wiener in einem Spital untergebracht werden soll, koste es die größte Mühe, denn alle Heilanstalten sind mit meist ausländischen Kranken überfüllt. Wichtig wäre auch die Schaffung eines Krankenzustalts für den Mittelstand und Redner beantragt, daß in dem Spital der Gemeinde Wien einzelne Zimmer mit ein bis zwei Betten errichtet werden, damit schwerkranke des Mittelstandes hier untergebracht und nicht die teuren und unerschwinglichen Sanatorien aufsuchen müssen.

Der Referent erwidert in seinem Schlussworte, es gehe leider nicht immer an die Heimatszuständigen Kranken zu bevorzugen, man müsse auch bei der Aufnahme auf die Bedürftigkeit Rücksicht nehmen. Den Intentionen Grünbecks wegen Errichtung eines Mittelstandsanatoriums sei im vorliegenden Antrage bei der Abstufung der Verpflegungsgebühr entsprechend Rechnung getragen.

Der Referentantrag wird dann angenommen, der Antrag Grünbeck sodann unter Vorbehalt der Genehmigung der Zentralorganisation angenommen. GR. Grünwald referiert über den Antrag des Herrn Vaupotic für die Finanzverwaltung der städtischen Straßeneinrichtungen. Der Antrag ist mit der Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausbesitzer abgenommen und jetzt steht er in den Sitzungen an, die sonst bei der Straßeneinrichtung für den Verkehrsantrag abgehandelt sind.

GR. Eukras (chr. soz.) beantragt mit Hochdruck darauf, dass die Einrichtung der Elektrizitätsnetze bei den elektrischen Straßeneinrichtungen noch nicht so lange bestünde, die Hochspannung von 6 bis 10 Jahren zu ersetzen und auch mit Rücksicht auf die immer noch eingeföhrt sind. Die Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausbesitzer wird mit der Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausbesitzer abgenommen worden.

bei. Die Angestellten der elektrischen Strassenbahnen seien durchaus nicht in dieser Organisation gewesen sondern erst in die hineingezwungen worden. Aus diesem Grunde gebe es heute schon eine Reihe von diesen Angestellten, die weder mit dieser Organisation noch mit diesen Kollektivverträgen einverstanden sind. Es müßte daher bei Abschluss von Kollektivverträgen auch immer die massgebenden anderen Organisationen berücksichtigt werden.

VII. Emmerling bemerkt in seinen Schlussworten, daß nur mit jener Organisation ein Vertrag abgeschlossen werden kann, welcher die Mehrheit der Bediensteten vertritt. Bezüglich der von Redner gestellten Anträge verweist der Berichterstatter darauf, daß durch die gleitende Zulage die Steigerung der Preise wettgemacht wird, und bittet um Annahme des vorliegenden Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Freyer abgelesen und der Kollektivvertrag unverändert angenommen.

VIII. Emmerling berichtet hierauf über die Linieneränderung und Einführung von Vorverkaufskarten bei der Kraftstellwagenunternehmung und stellt die bekannten Anträge.

OR. Heinrich Schmid (chr. soz.): Die Ursache des Frequenzrückganges, der sich auf 32 5 beläuft, sind die unerböt hohen Tarife. Preise von 9 K für eine Fahrt von der Südbahn zur Nordbahn und von 11 K für eine Fahrt von der Westbahn zur Nordbahn kann sich die große Masse der Bevölkerung nicht mehr leisten. Sie müssen trachten, aus diesem Verkehrsmittel wieder eine Volksverkehrsmittel zu machen. Sonst werden Sie mit der Zeit die Stationen ganz leer haben. Es wird notwendig sein, daß Sie sich mit den Gelehrten befreunden, die Tarife vernünftig nach abwärts zu regeln. Weiter müssen Sie den Verkehr verbessern und trachten, daß alle Bahnhöfe in das Verkehrsnetz einbezogen werden. Einen leichten Anfang der Verbilligung der Tarife machen Sie mit der Einführung der Vorverkaufskarten. Sie werden aber damit keinen besonderen Erfolg erzielen, weil die Kraftstellwagen kein solches Stammpublicum haben, wie die Tramway und sich daher die Anschaffung von Blocks nicht auszahlt. Dazu sind auch die Intervalle zu groß. Wenn Sie den Kraftstellwagenbetrieb halten wollen, geht es nur auf die Weise, daß Sie die Tarife verbilligen und einen guten Verkehr mit den Bahnhöfen einführen. Wenn Sie das nicht wollen, wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als daß Sie den ganzen Kraftstellwagenbetrieb einstellen.

OR. Vaugoin (chr. soz.) verweist gleichfalls auf den starken Rückgang der Frequenz bei der Strassenbahn und beim Autobus, der beweise, daß die Wiener die hohen Tarife nicht mehr bezahlen können. Weitere Tarifierhöhungen würden den Abfall nur steigern. Die hohen Fahrpreise der Kraftstellwagen seien schon angesichts der langen Intervalle schädlich, denn wer wird sich 15 Minuten auf einen Autobus warten, um dann für zwei Minuten Fahrt 5 K zu zahlen. Um den Betrieb rentab-

ler zu gestalten müsste man rentablere Linien einführen und die Zonen verlängern. Redner bezeichnet die Einführung des Vierkreuztarifs auf der Elektrischen nach 10 Uhr als eine Ungenutzlichkeit, weil zu dieser Erhöhung die Ermächtigung des Gemeinderates nicht eingeholt worden sei und schließt: Fahren Sie nur so fort mit diesen Preistreibereien, dann werden Sie es bald erleben, daß die Elektrische keine Passagiere hat und die Bevölkerung faktisch ohne Verkehrsmittel sein wird, weil sie die enormen Fahrpreise nicht mehr bezahlen kann.

OR. Fürner (chr. soz.) befragt verschiedene Vorkommissionen in Betreff des Kraftstellwagens zwischen Pöstelsdorf und Salmannsberg und fordert den Referenten auf, dafür zu sorgen, daß wenigstens während der Wintermonate ein angemessener regelmäßiger Verkehr auf dieser Strecke unterhalten werde.

V. B. Emmerling: Was die Beschwerden des Kollegen Kerner anbelangt, so gebe ich ihm recht, doch hängt dies damit zusammen, daß die Reparaturen nicht so rasch ausgeführt werden können und daß jene Wagen, die wir vor längerer Zeit bestellt haben, noch nicht geliefert wurden. Wir hätten das grösste Interesse daran, gerade diesen Verkehr aufrecht zu erhalten, es fehlt aber an den technischen Hilfsmitteln. Was die Beschwerde Vaugoin's anbelangt, dass wir eine Tarifierhöhung vorgenommen haben, ohne den Gemeinderat zu befragen, verweise ich darauf, dass in der letzten Tarifierhöhung ausdrücklich enthalten war, dass nach halb 10 Uhr abends der Fahrpreis erhöht wird. Wir wollen alles unternehmen, um den Kraftstellwagenbetrieb aktiv zu machen, wenn dies nicht gelingt, müssen wir ihn einstellen.

Die Anträge werden sodann genehmigt.

StR. Speiser führte aus: Die Kämpfe um die Verfassung der Republik sind vielleicht in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Nationalversammlung, die soviel nützliche und grundlegende Arbeit geleistet hat, unternimmt den ersten Versuch, trotz ihres verzeigten, in den politischen Verhältnissen begründeten Auseingehens das Verfassungswerk wenigstens in grossen und wichtigen Teilen noch unter Dach und Fach zu bringen. Um eine neue Verfassung kämpfen letzten Endes immer die grossen, im Vertrauen des Volkes gefestigten Richtungen, die politischen Parteien und besonders bei uns in Oesterreich mit seinen derzeitigen politischen Machtverhältnissen könnte die neue Verfassung nur dann Gesetz werden, wenn die Parteien der Nationalversammlung die die ausserordentlich grossen Gegensätze, die die Beratung über die Verfassung bisher aufgezeigt haben, zu überbrücken imstande wären. Die Möglichkeit, die Verfassung noch zustande zu bringen, ist erst in der allerletzten Zeit stärker hervorgetreten. Man kann wohl sagen, dass erst jetzt ernst und mit Schaffenswillen über sie beraten

wird. Diskutiert wurden die Verfassungsfragen natürlich schon seit langen und Presse und Parteien haben wertvolles Beratungsmaterial bereitgestellt, ebenso wie eine gewisse Klärung sich die Länderkonferenzen in Salzburg und Linz, bei denen die Gemeinde Wien vertreten war, gebracht hat. All die zahllosen Erörterungen, in denen in den verschiedensten Beratungsformen in der Verfassungsfrage die Interessen der Stadt Wien, die Interessen ihrer Bewohner vertreten wurden, sollen heute in einer Stunde, in der vielleicht die Entscheidung nahe, zu den Forderungen der Gemeinde Wien zusammengefasst werden.

Der Unterausschuss des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung hat in seiner Sitzung vom 15. September ein neues, in die Verfassung einzuschaltendes Hauptstück, das Sonderbestimmungen für die Bundeshauptstadt Wien trifft, beraten und teils einhellig, teils mit Mehrheit beschlossen. Diese Bestimmungen bilden bis zu einem gewissen Grade annehmbare Formulierungen der selbstverständlichen Wünsche der Gemeinde Wien, die freilich noch weiter gehen müssen. Gerade jetzt ist daher der Augenblick, in dem nochmals gesagt werden muss, was wir Wiener wollen.

Die Forderung, Wien vom Lande Niederösterreich unabhängig zu stellen, ist schon eine sehr alte. So hat in der Gemeinderatssitzung vom 9. November 1869 der damalige Gemeinderat Dr. Billing aus Anlass der Aufhebung der Mauten auf den niederösterreichischen Landstrassen, wodurch ein Auffall in den Landeseinnahmen auf Kosten Wiens verursacht wurde, den Antrag gestellt, dass das politische und finanzielle Verhältnis der Stadt Wien zum Lande Niederösterreich einer gründlichen Prüfung unterzogen und dem Gemeinderate darüber Bericht erstattet werde, ob Wien nicht zu einer reichsunmittelbaren Stadt erhoben werden solle. Desgleichen hat in der Gemeinderatssitzung vom 29. Dezember 1886 der damalige Gemeinderat Dr. Lueger den Antrag gestellt, dass Wien aus dem politischen und finanziellen Verbände mit Niederösterreich gelöst und als reichsunmittelbar erklärt werde. Insbesondere waren es finanzielle Erwägungen, die diesen Anträgen zu Grunde lagen und die darauf fussten, dass Wien den überwiegenden Teil der Einnahmen des Landes Niederösterreich liefere, ohne dass es an dem Grossteil der Ausgaben z. B. für die Schulverwaltung in Niederösterreich ausserhalb Wiens beteiligt ist. Die derzeitige Leistung der Gemeinde an Landeszuschlägen zu den direkten Steuern allein beträgt rund 80 Millionen jährlich.

Ganz abgesehen aber von finanziellen Standpunkt führen auch Erwägungen anderer Natur zu dem berechtigten Wunsche der Gemeinde Wien, ihr derzeitiges Verhältnis zum Lande Niederösterreich abzuändern. Ob dies allerdings in der Form der formellen Trennung in einer anderen Art am zweckmässigsten und für Wien günstig-

stehen zu geschwehen habe, darüber gehen die Ansichten auseinander. Einige sind die Meinungen aber wohl in der Richtung, dass der Bedeutung Wiens die Bevormundung durch den n.ö. Landtag sicherlich nicht entsprechen könne. Diese Bevormundung ist wohl am unerträglichsten dort, wo es sich um die ureigensten Interessen der Gemeinde handelt, wie um die Vorschreibung der in Wien notwendigen Aufgaben und der Beschlussfassung über die Gemeindeverfassung, das Gemeindestatut. Aber auch in anderen Angelegenheiten wirkt es sicherlich merklich, wenn ein Gesetz, das nur für Wien wirksam ist, wie z. B. die Wiener Hausordnung, vom n.ö. Landtag beschlossen

werden muss. Wenn dies in früherer Zeit vielleicht noch begreiflich erschienen, da ja im monarchistischen Staat ein zweiter Faktor, der Kaiser an der Gesetzgebung mitzuwirken hatte, ist es derzeit nach Einführung der demokratischen Landesverwaltung zweifellos überflüssig geworden, dass nach der Beschlussfassung durch den Rat Grund des Proportionalwahlrechtes zwecks Gewählten Gemeinderat ein nicht allein aus Wien, sondern auch aus dem übrigen Niederösterreich gewählter Vertretungskörper erst endgültig entschieden soll.

Die angeblichen Diebstähle in den Lagerhäusern der Stadt Wien.

Die in einigen Abendblättern enthaltenen Mitteilungen über vorgefallene Diebstähle in den städtischen Lagerhäusern, treffen nicht zu. Es wurde lediglich eine polizeiliche Streifung in Gasthäusern auf dem Handelskai vorgenommen, in deren Folge Personen wegen Verdachtes des Schleichhandels oder Diebstahls von Mehl zur Einvernahme abgeführt wurden. Unter diesen befanden sich Akkordarbeiter der verschiedenen auf dem Handelskai bestehenden Lagerhausunternehmungen, darunter auch einige Akkordarbeiter, die derzeit in den Lagerhäusern der Stadt Wien arbeiten. Diese wurden nach ihrer Einvernahme wieder entlassen. Von den Angestellten und ständigen Bediensteten wurde niemand beanstandet. In den Lagerhäusern der Stadt Wien sind im Einvernehmen mit den Bediensteten derart strenge Vorkehrungen getroffen, dass kein Entwendungen in nennenswertem Umfange ausgeschlossen sind. Insbesondere wird jedermann beim Austritte streng kontrolliert. Die Angestellten und ständigen Bediensteten der Lagerhäuser der Stadt Wien verwahren sich gegen die Annahme, dass sie etwaige ausnahmsweise Diebstähle, falls solche trotz der getroffenen Vorkehrungen vorgekommen sein sollten, billigen oder dass von ihnen auch nur die geringsten Warendiebstähle ausgeführt und geduldet würden. Sie stehen auch jeder Streikandrohung aus Anlass der polizeilichen Intervention vollständig ferne.

Der Betriebsrat der Angestellten und Bediensteten der Lagerhäuser der Stadt Wien.

eingeladen werden zur Verfassungsfrage Stellung zu nehmen, aufschärfste missbilligt werden. Vor ungefähr 10 Tagen hat Vizebürgermeister Emmerling im Stadtsenat eine ganz flüchtige Bemerkung über die Frage gemacht; und erklärt, dass der Verpachtungsausschuss sich mit dieser Frage beschäftigen wird. Es ist bezeichnend für die Würstigkeit, mit der die Sache von Ihnen behandelt wurde, dass der Vize-Bürgermeister ankündigt, es werde ein Ausschuss einberufen werden, der gar nicht mehr besteht. In der letzten Sitzung des Stadtsenates ist zum erstenmale inhaltlich angefangen worden, zur Verfassungsfrage Stellung zu nehmen. Es ist keine genügende Rechtfertigung, wenn gesagt wird, es haben Parteienbesprechungen schon früher stattgefunden. Parteienbesprechungen sind gewiss notwendig, können aber niemals einen Ersatz bieten, dass die dazu berufenen öffentlichen Körperschaften selbst sich mit diesem Gegenstande befassen. Die Berichterstattung in der Stadtsenatsitzung war auch einigermaßen merkwürdig. Es scheint mir selbstverständlich, dass man zu derjenigen Situation Stellung nimmt, in der sich das Verfassungswerk gegenwärtig findet. Es ist sehr komisch, dass zu der wichtigen Ausarbeitung des Unterausschusses vom 15. September keine Stellung genommen wird,

dass ist eine Art der Behandlung die dem aussenstehenden geradezu rätselhaft sein muss. Die Sache wird umso merkwürdiger, als man im ersten Augenblick glauben konnte, dass der Referent von den Arbeiten des Unterausschusses überrascht ist. Es hat sich aber nachträglich herausgestellt, dass Magistrats-Direktor Dr. Hartl, der auch der Stadtsenatsitzung beigewohnt hat und um Aufklärung gebeten wurde, auch an der XXXX Verfassung dieser letzten Ausarbeitungen des Unterausschusses teilgenommen hat. (Rufe: Hört, Hört). Jedenfalls ist es komisch, dass man zu Arbeiten des XXXXXXXX Unterausschusses des Verfassungsausschusses Stellung nimmt, von dem Teile aber, der offenbar unter Mitwirkung des Magistrats-Direktors eine Fassung erhalten hat, wie von einer Sache gesprochen hat, die da passiert sein soll, von der man aber nicht weiss, ob sie eine Bedeutung hat. Das merkwürdige Verschweigen, das Verschieben des einen und das Vorschieben des andern, muss irgendwelche Gründe haben. Ich kann mich dem Eindrucke nicht entziehen, dass man irgend welche taktische Absichten damit verbindet, dass man heute diesen Antrag stellt, der formell von den letzten Ausarbeitungen des Unterausschusses nichts zu wissen scheint, und auf der anderen Seite auf Grund des derzeitigen Elaborates Stellung nimmt.

In dieser für Wien wichtigen Sache hätte man offener vorgehen müssen, und nicht mit Winkelzügen arbeiten dürfen. Der Hauptfehler der Vorleser ist der Mangel eines wirklichen klaren Motivberichtes. Auf die Einzelheiten des XXXXXXXX Antrages übergehend, bemängelt der Redner insbesondere jene Punkte, in denen verlangt wird, dass die Gesetzgebung hinsichtlich der Gemeinde- und Landesabgaben schon bei der vorläufigen Regelung dem Gemeinderate zu-fallen solle. Das sei ein Unding, wenn man bedenke, dass der Landtag mit seinem Wirkungskreise für das ganze Land ja weiter bestche und dass ihm also weiterhin alle Recht auf Steuern und Abgaben verbleiben. Bei Aufrechterhalten dieses Gesichtspunktes trete der Widerspruch zutage, dass der Steuerträger dann doppelt belastet werden könnte, sowohl vom Lande wie von der Wiener Stadtverwaltung. In zwei weiteren Punkten werden die Befugnisse der Landesbehörden und der Landesgesetzgebung dem Gemeinderate postuliert. Also das Gesetzgebungsrecht und Vollziehungsrecht. Das wäre logisch wohl denkbar; aber man könne das doch nicht unter der Voraussetzung machen, dass der Landtag weiter besteht. Das käme auf die Forderung hinaus: Wir wollen im eigenen Hause allein sein, aber gleichzeitig die anderen beherrschen. Wenn die Vorleser verlange, dass die Gesetzgebung in Ernährungsweisen dem Bunde zustehen soll, so ist das ein freier Wunsch, gegen den wir nichts einzuwenden haben. Ob er praktisch durchführbar ist ist eine andere Frage. Ebenso ist XXXXXXXX es ein freier Wunsch, dass keine Verkehrsbeschränkungen be-

stehen bleiben sollen; möge er nur wahr werden. Nach meinen Dafürhalten kann ihm die Bedeutung einer effektiven Tragweite nicht zukommen. Weniger klar sind die Kompetenzen wegen des Elektrizitätswesens und Wasserwesens dargelegt. Man weiß, dass hier starke Interessengegensätze zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Es hat gar keinen Sinn den Ländern mit den Stüberl zu kommen. Viel wichtiger wäre es gewesen und wirkungsvoller, wenn man den Ländern eine sachlich motivierte Darlegung geboten hätte.

GR. Forstner (Sozialdem.): Das ist ja keine Frage von gestern.

GR. Dr. Fienböck (öhr. an.): Wir haben im Stadtsenat immer darauf hingewiesen, was für eine Bedeutung es hat, wenn man auf die Kompetenzgrenzen materiell eingeht.

Ich will noch auf die Beschlüsse des Unterausschusses zu sprechen kommen. Sie gehen nicht davon aus, dass der Gemeinde Wien für den Fall als die Trennung in zwei Ländern nicht erfolgen sollte, ihre bestimmten Vorrechte zugewiesen werden sollen, sondern sie sehen dahin, dass eine gewisse Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich unmittelbar stattfinden soll. Ich halte es für absolut richtig und notwendig, dass der Gemeinde Wien auf dem Gebiete ihrer eigensten Interessen eine volle Autonomie zukomme, ich bin überzeugt davon, dass kein Mensch ernstlich abprechen kann, in der das wir das Gesetzgebungs über unser Statut und Dinge, die das lokale Interesse Wiens betreffen, vollkommen frei sein wollen. Auch in Bezug auf die Finanzen müssen wir ein bestimmtes Gebiet abgesteckt erhalten, in dem wir uns frei bewegen können. Ebenso halte ich es für eine spruchreife Sache, dass das Land Niederösterreich in Dingen der Landeskultur des freien Verkehrs usw. seine Selbständigkeit zu haben berechtigt ist. Darüber hinaus gibt es einen weiteren Kreis von Interessen der beiden Teile gemeinsam bleiben muss. Ich will nicht darauf eingehen, wie weit das bei der Gesetzgebung abwandern ist; aber besonders muss ich in den Vordergrund rücken, dass es sehr bedenklich wäre, wenn die Verwaltung von zwei Stellen geleitet würde, die voneinander nichts wissen. Es müsse daher unsere Aufgabe längst gewesen und jetzt erst recht sein, dahin zu wirken, dass die Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich nach den von mir kurz XXXXXXXX Gesichtspunkten erfolge. Es sind Dinge im Spiele, die nicht nur durch die Parteibrille angesehen werden dürfen. Auch in der Fassung der Paragraphen liesse sich ja gewiss manches sparen, aber ich will nur hervorheben, dass jetzt von diesem Grundgedanken aus das Detail gefunden werden will. Ich begnüge mich einen Appell an Sie zu richten, der dahin geht, dass unverzüglich von der Gemeinde Wien an das Land Niederösterreich herangetreten werde, um die Punkte, die auf dem Grundgedanken des Ausschusses fußen, auszuführen und das zu klären, was für die Gemeinde Wien allein und was für das Land Niederösterreich gemeinsam durchgeführt werden soll.

GR. Dr. Fienböck (Sozialdem.): Ich möchte zurückfragen, da es Herr Fienböck für gut befunden hat, den Herrn Magistratsstadtrat hat vor heranzustellen, seine künftige befriedigende, das hängt nicht mit der Gemeindefortschrittlichkeit zusammen, sondern nur einem anderen Grund, der kein Gebotnis bildet. Der Unterausschuss hat bei seiner Herleitung über die Frage Wiens erklärt, dass er nicht so rasch eine Formulierung finden konnte und hat sich für die Gemeindefortschrittlichkeit ausgesprochen, der als Fachmann der Verhältnisse anspricht, er suchte die Dinge zu formulieren und einen Verwalter, Juristen aus dem Rathaus

zu-berufen. Das ist ganz offen in dem Unterausschusse, in dem Mitglieder aller drei Parteien sitzen, ausgesprochen worden und es hat keine Komplikation gegeben eine Erklärung erheben. Ich glaube, dass das Werk noch ein sehr gutes ist und Herr GR. Dr. Fienböck hat auch erklärt, dass seine Partei nicht abgeschlossen habe, dasselben im Wesentlichen beizubehalten. Zunächst was die Frage angeht, dass wir mit diesen Beratungen zu spät kommen, so ist auch dies unbegründet. Die Frage ist ja sehr kompliziert und es scheint, dass sie für die

Herren der anderen Seite noch viel komplizierter wäre, als für uns. Dass da nicht über Nacht plötzlich ein fertiges Element dem Gemeinderat vorgesetzt werden kann, versteht sich von selbst. Wir müssen eben zweierlei Dinge unterscheiden. Das eine ist die Frage der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich, was uns aber heute nicht beschäftigt. Das andere ist, was kann unbeschadet einer solchen Auseinandersetzung, die noch kommen soll, für die Gemeinde als Bundeshauptstadt in der Bundesverfassung an besonderen Rechten vorgekehrt werden. Zu dieser Frage müssen wir Stellung nehmen, kommen aber damit nicht zu spät, weil sich der Unterausschuss der Nationalversammlung erst jetzt mit dieser Frage befasst. Wenn Dr. Kienböck die Form beanständet hat, in welcher der Gemeinderat sich aussern soll und wir irgendwelche Differenzen vermutet, sehe ich nicht ein, was er eigentlich meint. Unsere Wünsche und Forderungen erscheinen ja durch den Unterausschuss zu einem Teile erfüllt und es ist die einfachere und zweckmässigere Form unsere weiteren Wünsche und Forderungen in einer Reihe von Postulaten zusammenzufassen, da wir ja der Nationalversammlung in ihrem Gesetzgebungsbereich keine direkten Vorschriften machen können. Wir Sozialdemokraten haben auch das Verfassungswerk selbst niemals verzögert. Wenn die Nationalversammlung erst jetzt mit dieser Frage kommt, muss vor allem darauf verwiesen werden, dass fast ein Jahr vergangen ist, ehe wir den Friedensvertrag erhielten, welcher die eigentliche Grundlage für die Verfassung bietet. So ungeheuer wichtig diese Frage auch ist, hat es aber in dieser Not der Zeit auch andere ausserordentlich wichtige und unaufschiebbare Dinge gegeben, welche die Nationalversammlung beschäftigten. Es hat sicher nie ein Parlament gegeben, das so ungeheuere Arbeit geleistet hat, als diese Nationalversammlung, wenn auch manches darunter sein mag, was nicht allen gefallen hat. Aber dass man mit ausserordentlichem Eifer bemüht war, an dem Aufbau des neuen Staates zu arbeiten, kann niemand leugnen. Und dass die finanziellen Fragen die allerdringlichsten gewesen sind, versteht sich wohl von selbst. Eine andere Frage ist allerdings, ob die Bundesverfassung, die von manchen im Staate einflussreichen Kreisen so lebhaft gewünscht wurde, gerade für unser armes kleines Deutschösterreich mit seinen 6 Millionen Einwohnern die richtige Verfassung ist. Wenn behauptet wird, dass gegen die sozialdemokratische Gemeindegewirtschaft bei den Ländern ein solcher Abscheu besteht, dass wir doch nicht was z. B. etwa Tirol an der Wiener Gemeindeverwaltung für ein Interesse haben könnten. Wenn die Herren aber darunter die Wiener Regierung also den Staat meinen, dann muss ich daran erinnern, dass dieser Staat von einer Koalitionsregierung und nicht von einem

sozialdemokraten verwaltet wurde und die Herren der Gegenseite genau denselben Anteil daran hatten und genau dieselbe Verantwortung tragen müssen. Ja in den Ländern, welche die Länder anhallenmeisten interessieren, Landwirtschaft und Handel und Industrie waren es ja gerade christlichsoziale Staatssekretäre, welche diese Ämter verwaltet haben.

In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes. Der Gegensatz zwischen Wien und den Ländern ist ein Gegensatz zwischen Reaktion und Revolution. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Es ist der Gegensatz zwischen dem revolutionären Wien, zwischen dem Wien der Arbeiter und den agrarischen konservativen Ländern ausserhalb Wiens. Das ist in revolutionären Zeiten auch in anderen Staaten so gewesen. Es handelt sich dabei nicht nur um den Gegensatz zwischen politischer Reaktion und Revolution, sondern auch um eine wirtschaftliche Frage. Diese Stadt Wien, die Lebensmittel zur Ernährung von 2 Millionen Menschen braucht, ist den Ländern im Augenblicke lästig. Die Länder wollen sich weil sie Wien nichts geben wollen, absterben und darum sind die Ländervertreter so sehr dagegen gewesen, dass der fromme Wunsch, wie es Stadtrat Dr. Kienböck merkwürdigerweise genannt hat, in Erfüllung gehen soll, dass in einem Paragraph der Verfassung Aufnahme findet ein Verbot nicht nur von Zwischenzolllinien, sondern auch von allen sonstigen Verkehrsbeschränkungen zwischen den Ländern. Ich möchte die Herren bitten, dass sie ihre Parteigenossen in der Nationalversammlung veranlassen, auch ihrerseits diese Bestimmung aufzunehmen. Wenn die Länder die christlich-soziale separatistische Absperrungswirtschaft aufrecht erhalten, ist der Wiederaufbau der Volkswirtschaft in diesem Staate ganz unmöglich gemacht. Wenn man den Wiederaufbau will, muss man wenigstens für diesen kleinen Staat ein einheitliches Wirtschaftsgebiet schaffen. Dem dient die eine Forderung, die wir da aufgestellt haben und ich will hoffen, dass die Herren nicht nur hier dafür stimmen, sondern innerhalb ihrer Partei sich mit Energie dafür einsetzen, dass ihre ganze Partei in der Nationalversammlung dieser Forderung beitrifft (Rufe bei den Christl.-Soz.: Sagen Sie das auch Ihren Arbeiterräten). Da kommt es nicht auf die Arbeiterräte an, sondern auf die Landesregierungen. Die Arbeiterräte haben bisher keine Gesetze gemacht und die Landesregierung von Ober-Oesterreich ist mit dem Arbeiterrat von Linz nicht identisch. Zum Wiederaufbau gehört aber noch, dass den Bedürfnissen der Volkswirtschaft durch die Verfassung im allgemeinen Rechnung getragen werde. Die Partei des Herrn Vorredners nimmt bei den Beratungen im Verfas-

sungsausschusse leider nicht jene Haltung ein, die zeigen würde, dass sie den Wiederaufbau des Staates durch vernünftige volkswirtschaftliche Massnahmen will. Die Herren haben sich drüber heftig dagegen gewehrt und unseren Antrag abgelehnt, dass das Ernährungswesen unter die Kompetenzen des Bundes aufgenommen werden soll. Ich möchte sehr dringend ersuchen, dass die Herren auf ihre Partei in der Nationalversammlung einwirken, den Interessen der Stadt Wien Rechnung zu tragen. Wenn Sie dazu nicht imstande sind, muss man allerdings sagen, dass hier ein Doppelspiel getrieben wird, das die Wiener Bevölkerung entsprechend wird kennzeichnen müssen.

Eine dritte Frage ist die Frage des Elektrizitätswesen und der industriellen Verwertung der Gewässer. Stadtrat Dr. Kienböck hat den Sachverhalt einigermaßen verschoben. Er hat gemeint, die Gemeinde Wien hätte längst in einer Denkschrift darlegen müssen, wie notwendig es ist, dass diese Angelegenheiten zentralistisch durch den Staat verwaltet werden. Wenn Herr StR. Dr. Kienböck mit uns einer Meinung ist, wäre es viel besser, er würde das den Ländern auseinandersetzen. Dazu wäre schon Zeit gewesen, mindestens vom Feber angefangen, als wir in Salzburg zum erstenmale zusammengekommen sind. Wenn nun diese Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie Sache der Gesetzgebung und Vollziehung des Bundes sind, das Elektrizitätswesen aber nur der Gesetzgebung, nicht der Vollziehung des Bundes untersteht, wenn bezüglich des Wasserrechtes der Bund nur ein Rahmengesetz zu machen hat, die Durchführungsgesetze und die Vollziehung aber Sache der Länder sind, dann kommt ein solcher Durcheinander heraus, dass man einen eigenen Gerichtshof brauchen würde, der fortgesetzt Entscheidungen trifft, und ausserdem würde jede volkswirtschaftliche praktische Arbeit in Wirklichkeit verhindert.

Alle anderen in dem Antrage niedergelegten Postulate bezeichnet der Redner als durchwegs berechtigt. Wenn der Gemeinderat das Interesse der Stadt Wien wirklich wahren will, muss er sämtliche Forderungen einstimmig annehmen; aber alle Parteien werden dafür sorgen müssen, dass ihre Kollegen in der Nationalversammlung für diese Forderungen eintreten. Wenn das wirklich geschieht, wird dem Interesse der Gemeinde Wien am allerbesten gedient sein.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat): Ich glaube, dass das heutige Referat als eine spezifische Wiener Frage ganz ruhig aus allen Parteibestrebungen hätte losgelöst werden können, und dass man sich theoretisch vorstellen könnte, dass über diese Frage ohne Rücksicht auf Parteieinflüsse verhandelt werden würde. Es scheint aber, dass man sich jetzt noch nicht zu diesem Standpunkte durchgerungen hat, das Schicksal Wiens nicht von Parteinteres-

sen, sondern von den Interessen seiner Bevölkerung zu leiten. Ich bemerke dem Hrn. Dr. Danneberg, wenn er der Nationalversammlung ich gegenüber hat. Die Gesetze sind durch Sie in einer so schuldhaften Weise abgelehnt und die Wiener Bevölkerung durch die mit der Zeit von seiner eigenen Presse wiederholt getarnt worden wurden.

GR. Dr. Danneberg: Sie hat ausserordentlich viel sozialpolitische Arbeit geleistet, der neuen freien Presse hat allerdings manches nicht gefallend, insbesondere die Verordnungsabgabe.

GR. Dr. Schwarz-Hiller: Ich habe immer Gesetze gegeben, die der einen oder anderen Partei nicht gefallen haben, aber so wie jetzt, wurde noch nie gearbeitet. Wir besitzen ja eine Verfassung und auch Gesetze, aber die wichtigsten können sich darin. Der Gemeinderat der Länder in Wien ist gar kein politischer, sondern liegt in gross-moralischen Interessen, in wirtschaftlichen Interessen. Vol. in ihrer Funktion. Insofern ist die Fragestellung einseitig, und die Frage zu einem gewissen absehbaren Kurs eingeengt wurde, will das gleiche noch Vorrecht erreichen, nur aus diesen Gründen sich von uns abheben. Dr. Danneberg hat

gesagt, dass diese Verfassung für unser kleines Land eigentlich nicht passe. Wenn seine Partei nicht will, kann sie gar zu nie Gesetzt werden, da hierzu eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist. Man hätte der Wiener Bevölkerung einen wirklichen und richtigen Dienst erwiesen, wenn man ihr durch eine Volksabstimmung Gelegenheit gegeben hätte, in allen Fragen der Verfassung, die für Wien wichtig sind, ihrem Wunsch Ausdruck zu geben, wie dies in Vorarlberg geschehen ist. Die Trennung von Wien und Niederösterreich ist unbedingt notwendig und es ist höchste Zeit, daß sie von allen Seiten geforderte Reichsmittelbarkeit Wiens endlich Wirklichkeit werde. Ich kann mir aber eine Auseinandersetzung zwischen dem Lande Niederösterreich und Wien nicht denken ohne daß die Frage der Vergrößerung des Territoriums der Stadt Wien unter einem gelöst wird. Ich meine da nicht eine solche Vergrößerung, wie sie von sozialdemokratischer Seite erwogen wurde, sondern eine solche, die mit Rücksicht auf die berufliche Wiener Industrie auf die Vergrößerung der Stadt auf die Kanalfrage u. a. w. Bedacht nimmt. Die Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich wird natürlich geraume Zeit in Anspruch nehmen, es müssen daher Zwischenbestimmungen getroffen werden. Ich kann mich den Bedenken des Kollegen Eisenböck nicht anschließen, der in der Trennung der Verwaltung ein Unglück für die Zukunft sieht. Was die gemeinsamen Angelegenheiten betrifft, so braucht man hierzu keinen eigenen gemeinsamen Landtag, sondern es genügt eine kleine Delegation. Redner bespricht nun in Detail die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen und beantragt zum Schluß, daß man heute über die Vorlage nicht abstimmen solle, sondern, daß die Vertreter Wiens in der Nationalversammlung aufgefordert werden mögen, nicht zuzugeben, daß Beschlüsse gefasst werden, bevor nicht Gelegenheit gegeben sei, in dieser Frage ausreichend informiert zu werden. Er beantragt weiters, daß nur Führung dieser Verhandlungen der Wiener Gemeinderat selbst seine Vertreter bestimme.

VB. Koss übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Ehrlich (jüd. Nat.) führt aus, daß man in den wichtigsten Fragen des Verfassungsentwurfes vor bereits vollzogenen Tatsachen stehe, an denen eine noch so gründliche Debatte in dieser Saale nichts zu ändern vermöge. Der Verfassungsentwurf selbst leide an der Fiktion der Souveränität der Länder, die sich auch heute schon ohne Verfassung bekanntlich in unliebsamer Weise zur Geltung zu bringen misse. Die heutige Debatte erklärt Redner man keine abschließende sein, da die wichtigste Frage nun heute nicht beschäftigt, nämlich wie die Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich zu geschehen hat. Wir können den Wunsch aussprechen, daß der Gemeinderat über jene Grundsätze geklärt wird,

die bei dieser Auseinandersetzung beobachtet werden sollen.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) bemängelt, daß diese Frage den Gemeinderat an einem Tage beschäftigt, an dem eine ganze Reihe von Geschäftsstücken auf der Tagesordnung stand und schließlich die wichtigste Frage am Schluss zur Verhandlung kommt. Man hat den Eindruck, daß sich die Mehrheit noch nicht klar ist, ob sie eine vollständige Trennung von Stadt und Land wünscht, oder ob gewisse Belange bleiben sollen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Wien von der Bevormundung des Landes frei werden, aber gewisse Belange gemeinsam bleiben sollen. Wir halten es für unvereinbar, daß der Bürgermeister zugleich Landeshauptmann der Sektion Wien und der Magistratsdirektor von Wien zugleich ^{Landes-}Antedirektor wäre. Es ist uns unmöglich dem Antrage heute zuzustimmen.

GR. Kunschak (chr. soc.) berichtet einleitend, daß schon die augeren Umstände den großen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl zeigen, welche die Mehrheit in dieser Saale in dieser Frage am 2. Tag legt. Die Verfassungsfrage steht schon auf der Tagesordnung, seit seit die Nationalversammlung in Februar 1919 gewählt wurde. Es ist bezeichnend, daß die Gemeinde zur Verfassungsfrage nur insofern Stellung genommen hat, als sie offiziell ihre Delegierten zu den Länderkonferenzen entsendet, ihnen aber irgendwelche Direktiven nicht mitgegeben hat. Seit Salzburg war für die Gemeinde die Pflicht statuiert, welche Rolle sie in den Bundesstaaten spielen wolle. Aber nichts dergleichen ist geschehen und so konnte die Nationalversammlung resp. ihr Unterausschuss die Entscheidung treffen, ohne abzuwarten, welche Stellung Wien für sich in Anspruch nimmt. Die Vorwürfe, daß die Frage der Verfassung bisher verschleppt wurde, sei ganz gerechtfertigt, denn erst seit der Eröffnung der Regierung ist die Frage in Flug gekommen, seit jenen Zeitpunkte, als von unserer Partei ein Antrag mit der Vermögensabgabe verlangt wurde und die Sozialdemokraten sich in aller Form bereit erklärt haben, die Verfassung noch in dieser Nationalversammlung zu erledigen. Wenn Herr Dr. Danneberg sich abfällig über den Bundesstaat geäußert und festgestellt hat, daß dieser einen viel zu teuren Verwaltungsapparat für die kleine Republik darstellt, möchte ich zu bedenken geben, daß die Bestrebungen seiner Partei zur Errichtung von Gebietsgemeinden, Einfielung von Bezirksvertretungen und Kreisvertretungen viel weiter noch über das gehen, was von den Ländervertretern gefordert wird. Die sozialdemokratische Mehrheit will mit ihren Bestimmungen aus der Stadt Wien einen Bundesstaat in ^{kleiner} Weise machen. Es ist auch nicht richtig dargestellt, wenn hier gesagt wird, daß der Gegensatz zwischen Wien und den Ländern eigentlich ein Gegensatz zwischen Reaktion und Revolution sei. Zunächst konstatiere

daß wir von einer Revolution überhaupt nichts bekannt ist. Wenn die Umsturz eine Revolution gewesen wäre, so glaube ich/sie längst überwunden, sie hat ihren Zweck erreicht, es wäre denn, daß Sie die Absicht haben, weiter Revolution zu treiben. Es wäre ganz angenehm, wenn Sie das neue Ziel ihrer Revolutionspläne bekanntgeben wollen. Die angebliche Revolution hat die Republik geschaffen und es handelt sich jetzt nur darum, sie sicherzustellen. Was den Gegensatz zwischen den Ländern und Wien betrifft, so möchte ich ihn als einen Gegensatz des bodenständigen zu dem jüdisch-sozialistischen Geiste bezeichnen, der hier zur Herrschaft gekommen ist. Die Länder interessieren sich zwar nicht für interne Wiener Angelegenheiten aber für das System der Willkür und Gesetzlosigkeit, das sich hier breit macht. Das Wien der Arbeiterräte und der ehemaligen Volkwehr und heutigen Wehrmacht ist es, was draußen am Laude den Gegensatz erzeugt.

GR. Beermann: Die Salzburger Heiswehr!

GR. Kunschak: Die Heiswehren sind nur die Reaktion auf die unerhörten Zustände in Wien. Es wird Aufgabe abber Kreise sein, endlich dafür einzutreten, daß Gesetz und Ordnung wirklich wieder hergestellt werden. Mit der heutigen Kundgebung werden Sie niemand imponieren weder der breiten Öffentlichkeit, noch den Mitgliedern der Nationalversammlung, in der wie es scheint, die Frage auch bereits in dem Parteiklub entschieden wurde. Redner schlägt: Ich muß gestehen, daß wir in der Frage der Vertretung der Recht des Wiener Gemeinderates und des Ansehens und der Würde der Stadt Wien eine kaiserlich klägliche Rolle spielen, selbst gemessen an dem Verhalten des kleinsten Landes in der Verteidigung seiner Rechte.

Herr Konemann übernimmt den Vorsitz.

StR. Speiser sagt in der Einleitung seines eingeleiteten Schlusswortes: Wenn die heutige Kundgebung des Gemeinderates nicht jene Wirkung ausübt, wie sie ausüben sollte, fällt die Schuld auf diejenigen zurück, die die Finkelligkeit in der Vertretung der selbstverständlichen Interessen der Stadt Wien an diesem heutigen Tage gestört haben.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

1. Ausgabe

26. Jahrgang Wien Samstag, den 18. September 1920, Nr. 298.

Pflanzfettabgabe. Vom 19. bis 25. September werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 2 kg Pflanzfett zum Preise von K 2.- (bzw. K 2.48 für gefermte Ware) gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 210 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 2 kg Margarine zum Preise von K 1.40.

Zwangsverkauf. Vom 19. bis 25. September Verkauf der rayonierten Waren erst ab Donnerstag. Außerdem Ia Margarine K 95. Pflanzenfett K 1.04. Frank-Kaffee 1/4 kg K 9.-. Guggenbergkaffee 1/2 kg K 9.70.-. Essig per Liter K 4.- und auf Bezugskarte 1/4 Liter Essig K 25.38. Rayonierungskanndung in allen Verschleißstellen. Textilwaren I. Bartensteingasse 13 und VIII. Albertplatz 7. Neu ab Dienstag Herrenanzüge verschiedener Qualitäten. Knabenkappen, Beamtentuche und verschiedene Wäschestoffe. Brennstoffabgabe siehe städt. Angestellten vom 15. ds.

Kinder in Niederösterreich. Alle Kinder, die mit dem Waldviertlerzug am 30. Juli vom Karitativverband aus abgereist sind, kommen am 21. September auf dem Franz Josefsbahnhof nach 5 Uhr abends an. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen.

Rückkehr der Kinder aus Württemberg und Baden. Die noch in Württemberg und Baden zurückgebliebenen Kinder, sowie die durch Herrn Gemeinderat Klieber aus Mauer seinerzeit ausgewählten Kinder, kommen am 22. September um 12 Uhr 45 Min. auf dem Westbahnhof in Wien an. Die Eltern werden ersucht, die Kinder bestimmt abzuholen.

Kartoffelneurayonierung. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich vom 20. bis 22. September mit der neu ausgegebenen Kartoffelkarte bei einer städt. Kartoffelabgabestelle oder einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezüge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei und sind die Abgabestellen aus der Anschnägen bei den Marktanzustellen, den magistratischen Bezirksämtern und Polizeikommissariaten zu ersehen. Die Kartoffelabgabestellen haben eine Kundenliste anzulegen und darf jede Stelle (auch die alten Stellen) nur 1500 Personen (Köpfe) zur Neurayonierung annehmen. Die sofortige Rayonierung innerhalb der vorgeschriebenen Frist liegt im Interesse des Publikums, da bei einer späteren Anmeldung die rechtzeitige Belieferung der verspätet Angemeldeten nicht gewährleistet werden kann.

2. Ausgabe

26. Jahrgang Wien Samstag, den 18. September 1920, Nr. 299

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Freitag um 4 Uhr eine Sitzung ab. - Der Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr zusammen.

Gemeinderätliche Wahlen. Der Gemeinderat hat gestern entschieden: In den Ausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreformen GR. Karl Winter (Soz. Dem.), in den Ausschuss für Wohlfahrts- und Erziehungsrichtungen GR. August Ronge (Soz. Dem.), in den Finanzausschuss Frau GR. Amalie Seidel (Soz. Dem.), in die Personalkommission die GRs. Josef Bonbeck, Julius Grünwald und Adeheid Popp (Alle Soz. Dem.), als Vertrauenspersonen der Gemeindegemeinschaft zur Anlegung der Geschworenen- und Schöffensliste: Anton Jenschik, Adeheid Popp, Karl Richter, Dr. Gustav Sosen (So. Dem.), Wilhelm Reisinger, Marie Wieselach (Chr. Soz.), als Ersatzmänner Josef Schmalzer (Soz. Dem.) und Sebastian Grünbeck (chr. soz.)

Ans der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Goldmund aus Anlass seiner Versetzung in den Ruhestand für seine langjährige, hervorragende und erprießliche Tätigkeit im Dienste der Gemeinde Wien, den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen und dem Kanzleivizedirektor Julius Berger in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung den Titel Kanzleidirektor verliehen.

Die tschechischen Schulen in Wien. Heute trat in Rathause unter Vorsitz des StR. Speiser neuerlich die Kommission zusammen, die nach der Verfügung des Unterrichtsministers für die Lösung der tschechischen Schulfrage in Wien im Frühjahr eingesetzt wurde. An der Sitzung nahmen auch die Vertreter der Gemeinderatparteien und die Vertreter der Tschechen teil. Dem Beschlusse des Hauptausschusses entsprechend wurde festgelegt, daß am Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. ds. an einer Reihe von Wiener Schulen die Einschreibungen der tschechischen Schulkinder entgegenzunehmen werden. Dabei wird festgelegt werden, welche Kinder in die tschechischen Schulen wirklich aufzunehmen sind. Streitfälle werden eigene Bezirkskommissionen zur Austragung zugewiesen. Wenn die Zahl der tschechischen Kinder feststeht, wird für die Unterbringung der zu errichtenden tschechischen Schulen Vorsorge zu treffen sein. Die Lehrer für die tschechischen Schulen wird die Gemeinde Wien aus der Reihe der an den öffentlichen Schulen wirkenden Lehrer, welche die tschechische Sprache beherrschen, beistellen.

Vom Bezirksschulrat Wien wird hierzu amtlich verlautbart: Im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain werden die Einschreibungen in die zu errichtenden tschechischen öffentlichen Volksschulen am Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. in der Zeit von 2 - 5 Uhr nachmittags in folgenden Schulgebäuden vorgenommen: K. V. II, Holzhausergasse 5, K. V. B. II, Schüttlaustraße 42, K. V. III, Salzgasse 19, M. V. V, Bräuhausgasse 50, K. V. VII, Lerchenfelderstrasse 61, M. V. IX, Gillegasse 12, K. M. V. X, Favoritanstrasse 96, K. M. V. XI, Brehnstrasse 9, K. V. XII, Migasziplatz 8, K. V. XIII, Knoflsteingasse 38, K. V. XIV, St. Adtermageregasse 29, K. V. XV, Sperrgasse 8-10, K. V. XVI, Ottakringerstrasse 150, M. V. XVII, Jörgerstrasse 38, K. V. XVIII, Elottenhofergasse 3, M. V. XIX, Karajangasse 14, M. V.

XXI, K. M. V. XXI, Konstanziagasse 24-26.

Die tschechischen Kinder der Bezirke I, IV, VI, VIII und XIX

können sich an der ihrer Wohnung nächst gelegenen Einschreib-

stelle zur Aufnahme melden. Zur Einschreibung haben die Kinder

in Begleitung eines Elternteiles (Vater und etc.) zu erscheinen.

und Geburts- (Taufschein), Nachweis der Staatsbürgerschaft, poli-

zeilichen Meldesettel, letzte Schulnachricht und Impfzeugnis mit-

zubringen.

Der Bürgermeister im Lainzer Versorgungsheim und im ehemaligen Malariaspital. Bürgermeister Reumann besichtigte am Sonntag Vormittag abermals das Lainzer Versorgungsheim und nahm insbesondere die Werkstättenräume in Augenschein. Er ließ sich besonders die Manipulation mit den Rohstoffen, die auf Lager liegen, erklären und erkundigte sich dann über den Umfang des gegenwärtigen Ueberbelages für dessen Beseitigung Maßnahmen in nächster Zeit durchgeführt werden. Vom Lainzerversorgungsheim begab sich der Bürgermeister in das Baumgartner Malariaspital, in welchem bereits derzeit eine Anzahl von Pflöglingen der Gemeinde Wien untergebracht sind. Am 1. Oktober sollen sämtliche Räumlichkeiten der Gemeinde übergeben werden, wodurch der Ueberbelag in Lainz beseitigt werden könnte. Der Bürgermeister besichtigte eine Anzahl Räume und nahm in der Küche Kostproben der bereiteten Speisen vor. Er begab sich hierauf in die Krankenzimmer der weiblichen Pflöglinge und nahm ihre Wünsche entgegen. Die Uebernahme des ehemaligen Malariaspitals ist nur mehr eine Formalität, tatsächlich ist bereits das ganze Spital im Tauschwege gegen andere Raritäten, in den Besitz der Gemeinde, die auch noch ein anderes Anrecht darauf hat, übergegangen. Der Belagraum in Baumgarten, welcher über tausend Betten hinausreicht, würde annähernd des augenblicklichen Bedarfes genügen, keinesfalls aber ausreichen, um die Aufnahmsansuchen, die fortwährend einlaufen, zu berücksichtigen. Die herrschenden Teuerungsverhältnisse, nicht aber zuletzt die Verbesserungen in der Verköstigung der Pflöglinge, die durchgeführt wurden, sind die Ursachen des Ansturmes auf die kommunalen Versorgungsheime. Eine Reihe von Anregungen, die dem Bürgermeister durch die Augenschein-vornahme in den beiden Anstalten gegeben wurden, werden nicht unbeachtet bleiben und es auch in der Altersversorgung der proletarisierten Schichten der Bevölkerung inner besseres, vollkommeneres geleistet werden. Der Besuch des Bürgermeisters hat die Pflöglinge sehr erfreut, wissen sie doch, daß er immer bemüht ist, ihr Los so weit es möglich ist, zu verbessern.

Besetzung einer Sekundärärztenstelle. Im Status der Aerzte des städt. Gesundheitsamtes (Abteilung Aerzte der städt. Versorgungsanstalten) ist eine Sekundärärztenstelle II. Klasse vorerst provisorisch, jedoch mit dem Anspruch auf definitive Anstellung nach einer zweijährigen zufriedenstellenden Dienstleistung zu besetzen. Mit dieser Stelle sind die Bezüge der VII. ^{Bezugs-} Rangklasse d. i. jährlich je 4.800 K Gehalt und Ortszuschlag, allefalls statt des Quartiergeldes des Ortszuschlages Naturalwohnung und die derzeit festgesetzten sonstigen Zulagen verbunden. Die gehörig belegten Gesuche sind bis spätestens 9. Oktober 1920 beim städt. Gesundheitsamte zu überreichen.

Zur Kartoffelneurayonierung. In Hinblick auf die Kartoffelabgaben stellenvermehrung wird aufmerksam gemacht, daß jede der Kartoffelabgabestellen (auch die bisherigen) nur 15 Personen (Köpfe) zur Rayonierung annehmen darf und dass die Abgabestellen aus den Anschlägen bei den Marktanzlokalen, den mag. Bezirksämtern und ^{Bezirks-} Polizeikommissariaten ersichtlich sind.

Rückkehr von Wiener Kindern.
Am 21. September 1920 treffen um 10 Uhr abends die Kariäskinder aus Mank und Loich am Westbahnhofe ein. Die Eltern werden gebeten, die Kinder bestimmt abzuholen. Die Kinder aus Württemberg und Baden kommen Mittwoch den 22. September um 6 Uhr 40 Min. am Westbahnhofe an. (nicht wie ursprünglich gemeldet um 12 Uhr 40.)

+ + +

1. Ausgabe

28. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 21. September 1920, Nr. 301.

Elektrifizierung der Straßenbahnlinie Mauer-Mödling. Im Saal eines von Fd. Emmerling erstatteten Referates in der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde beschlossen dem Gemeinderate die Elektrifizierung der Dampfstraßenbahnlinie Mauer-Mödling mit einem Gesamtkostenbetrag von 12 900 000 K vorzuschlagen. Dem Projekte liegt die Erwägung zugrunde, daß das jetzt beim Dampftrieb infolge der ungeheuerlichen Kokspreise anwachsende Defizit zur raschesten Einführung des elektrischen Betriebes drängt. Die schleunige Durchführung ist allerdings nur dann möglich wenn vorläufig von größeren baulichen Änderungen insbesondere von den in Zukunft unvermeidlichen zweigleisigen Ausbau abgesehen wird. Hierzu kommt noch daß so einschneidende Umänderungen unter den heutigen Verhältnissen mit ganz enormen Kosten verbunden wären und daß auch die erforderlichen großen Baustoffmengen jetzt nicht aufzubringen sind. Es erfolgt daher die Umgestaltung ohne wesentliche Änderungen an dem eingleisigen Bestande der Linien und es werden nur stark abgenützte Geleisestrecken erneuert. Dies bedingt die unangenehme Folge, daß ein durchgehender Verkehr zwischen Mödling in Wien ausgeschlossen ist und vielmehr auch künftighin der Pendelverkehr Mauer-Mödling aufrecht bleibt. Zwischen Mauer und Perchtoldsdorf ist eine Zugfolge von 10, 15 und 20 Minuten, zwischen Perchtoldsdorf und Mödling von 20, 30 und 40 Minuten mögl. Die Höchstleistung ab Mauer kann auf 36 Wagen in der Stunde gesteigert werden, während beim Dampftrieb bloß 30 Wagen in Verkehr gesetzt werden konnten. Mit Rücksicht auf den künftigen zweigleisigen Ausbau wird jetzt schon die Führung der elektrischen Oberleitung auf Holzmasten erfolgen und beiderseits des Geleises zur Aufstellung gelangen. Die Wirtschaftlichkeit der Umgestaltung steht außer Zweifel, nach dem allein das Ersparnis an Koks derzeit auf etwa 8,7 Millionen Kronen zu veranschlagen ist und auch die Stationsbesetzung, die heute einen größeren Personalstand erfordert, künftighin wesentlich geringer sein wird. Auch die Auflassung der Werkstätte in Perchtoldsdorf wird sich als möglich erweisen. Diese Angelegenheit wird noch diese Woche den Gemeinderat beschäftigen und es werden die Arbeiten sofort in Angriff genommen, umspätestens im kommenden Frühjahr vollendet sein, so daß der Sommerfrischenverkehr sich bereits elektrisch vollziehen wird, was gewiß eine außerordentliche Erleichterung bedeutet.

2. Ausgabe

28. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 21. September 1920, Nr. 302

Schaffung eines großen Sportplatzes im 19. Bezirk. In der heutigen Stadtsenatsitzung erstattete StR. Kokrda einen Bericht über die Schaffung einer großzügigen Sportanlage im 19. Bezirk zwischen Heiligenstädterstraße und der Hohen Warte. Der First Vienna Footballklub wird auf 10 Jahre Pächter einer Fläche von zunächst 18.000 Quadratmeter, die später sobald die weiteren Flächen, die gegenwärtig vom Kraindl'schen Ziegelwerk in Anspruch genommen sind, geerntet sein werden, sich um weitere 9.000 Quadratmeter erhöhen. Der Bestandszins wurde bis 1. Juli 1923 mit jährlich 15.000 K bemessen und wird nach dieser Zeit neuerlich festgesetzt werden. Der Klub ist verpflichtet die von ihm auf eigene Kosten instandgesetzten Spielplatzflächen auch anderen Spiel- und Sportvereinigungen gegen ein angemessenes Entgelt zur zeitweisen Benützung zu überlassen und ebenso die zeitweilige unentgeltliche Mitbenützung durch Schul- und Jugendorganisationen zu gestatten. Zur Regelung der Angelegenheit wird die Bevollmächtigung des 19. Bezirkes eine Benützungsordnung auszuarbeiten. Die ohne deren Druck-

che Zustimmung nicht abgeändert werden darf. Es sind hierbei die Sport- und Sportvereinigungen aus den beiden angrenzenden Bezirken 9 und 18 entsprechend zu berücksichtigen. Der Gemeinde Wien wird zur Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich des Betriebes und der Verwaltung des Platzes das Recht eingeräumt einen Vertrauensmann in die Klubleitung zu entsenden. Die Hälfte des jährlich sich ergebenden Reingewinnes ist an die Gemeinde Wien mit der Widmung abzurufen, einen Fond zur Errichtung und Erhaltung von öffentlichen Jugendspielplätzen zu schaffen. Nach Beendigung des Bestandverhältnisses gehen alle Baulagen einschließlich der Einfriedung unentgeltlich in das lastenfreie Eigentum der Gemeinde über, das Pachtverhältnis mehr als 15 Jahre gedauert hat, wobei der Klub verpflichtet ist, alle Anlagen in ordentlichem Zustand zu erhalten. Jetzt schon wird dem Klub die weitere Zusage gegeben, südlich an die Pachtgrundflächen anstoßende Gründe von weiteren 18.000 Quadratmetern, sobald sie von der Ziegelei Kraindl in die richtige Höhenlage gebracht worden sind, und in dem Besitz der Gemeinde gelangten, unter denselben Bedingungen zur weiteren Ausgestaltung des Sportplatzes zu bekommen. Es wird damit ein dringender Wunsch der in Betracht kommenden Bezirke erfüllt, zumal der Klub viele Jahre hindurch einen an der Hohen Warte gelegenen Grund inne hatte, der aber vom Eigentümer Kraindl an eine amerikanische Filmgesellschaft verkauft worden ist, wodurch dieser angesehenen Klub seit Monaten obdachlos ist.

Tätigkeit des Wiener Marktamtes. Die Anzahl der erstatteten Anzeigen belief sich im Monate August l.J. insgesamt auf 1356; hiervon entfielen auf Freistreiberei 89, Ueberschreitung der Verkaufspreise 369, Schleichhandel und Warenverschleppung 60, Uebertretung des Lebensmittelgesetzes 32, Ueberschreitung der Eichvorschriften 165, der Gewerbevorschriften 26, Uebertretung der Marktvorschriften 97, unterlassene Preisanschreibung 208, ferner wurde eine größere Anzahl von Anzeigen wegen Kettenhandel, Uebertretungen im Verkehre mit rayonierten und staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln, Uebertretung des Weingesetzes, Gewichtsverkürzungen, nicht-genehmigter oder beanständeter genehmigter Ersatzlebensmittel und Kaffeesurrogate, Verkaufsverweigerung und sanitärer Uebelstände erstattet. Den staatlichen Untersuchungsanstalten wurden 45 Proben zur chemischen Ueberprüfung vorgelegt, die in der Mehrzahl der Fälle positive Resultate ergaben. Die Kontrolle des Milchverkehres wurde besonders intensiv betrieben, wobei in überaus zahlreichen Fällen Beanständigungen erfolgten. Neben der Verfälschung durch Wasserzusatz, der zwischen 4 und 65 % schwankte, mußte Milch aus wegen Zusatzes von Konservierungsmitteln (Soda, Borax) und wegen positiver Nitrateaktion, die den Zusatz von unreinem Brunnenwasser feststellt, überdies als sanitär bedenklich erklärt werden. Wässerung wurde u.a. festgestellt bei: Milchmeier Dominik Schweyer, XIII., Rosenthalgasse 9 und Florian Bernhofer, X., Quellenstraße 156, beide mit 20 %, Milchgenossenschaft Platt mit 28 %, Robert Scheuffler, XII., Hetzendorferstraße 61 mit 29 %, Milchgenossenschaft in Haringsee mit 32 %, Milchmeier Ignaz Brunner XIII., Dehnegasse 2 mit 37 % und Milchmeier Josef Gay, XI., Dorf-gasse 102 mit 65 % Wasserzusatz. Der Zusatz von Wasser und Kartoffelbrei bei Weichkäsen konnte noch immer in mehreren Fällen festgestellt werden. Die Private Karoline Biheller erzeugte in ihrer Wohnung Salzstangen, Bosniaken etc. aus Edelmehl, die sie um K 2.40 per Stück an Gasthäuser verkaufte. Die vorgefundenen 220 Stück wurden beschlagnahmt. Der Zuckerbäcker Anton Flechaty & Co., IX., Rote Löwengasse 5 verarbeitete verschimmelte mit Maden durchsetzte und mit Mäuseexkrementen verunreinigte Bäckerabfälle zu Bröseln und verwendete diese Bröseln wieder zur Herstellung von Bäckereien. 59 kg dieser ekelerregenden Bäckereien wurden beschlagnahmt und vernichtet. Im Monate August wurden seitens des Marktamtes gemeinsam mit dem Wucheramt in vielen Bezirken Revisionen bei Bäckern vorgenommen, um die Verwendung von Edelmehl zu überwachen, die noch immer

verbotten ist. Es wurden zahlreiche Anzeigen erstattet und die vorgefundenen Vorkäte beschlagnahmt. Ein schwäbischer Juchob Wilhelm, am Steiner-Bachtl, Privatbeamter, XV., Benedikt Schellingergasse 34 erzeugte unbefugt in seiner Wohnung das minderwertige Kaffeesurrogat „Co-Ka“ und ließ es durch einen Agenten mit fingierten Fakturen und fingierter Firmenbezeichnung (Firma Milka, I., Rotenturmstraße 5) in Vertrieb setzen. In Briefen verpackt, hielt Salomon Presser, XVIII., Gymnasiumstraße 13 Zimt und Majoran in ganz kleinen Mengen feil, wodurch die Verbraucher überverteilt wurden. Ein von Leopold Merkwann, X., Laaserwald 236 feilgehaltenes Bier war wegen trüber, schmutziger und unappetitlicher Beschaffenheit verdorben. N. Kohlbach, Mauer, Rosenhügelstraße lieferte durch reichlichen Wasserzusatz gestreckten Rotwein, der überdies wegen vorgeschrittener Essiggärung verdorben war. Malwine Kaufmann, XIII., Hütteldorferstraße 127 verkaufte fahrlässigerweise unter der Bezeichnung „Essig“ eine stark alkalische Flüssigkeit (Lauge), die wegen der ätzenden Eigenschaft beim Genusse giftig wirkt. Wilhelm Neustadt, XIII., Hietzinger Hauptstraße 1 brachte Pfirsiche, das Stück um K 16.- in den Verkehr. Er bezog dieselben von der Hofgartenverwaltung zu K 10.- das Stück (à 12 dkg, daher das Kilogramm K 83.-) und verkaufte sie mit K 133.- per kg, so daß er einen Gewinn von K 50.- per kg erzielte. Unter der falschen Bezeichnung „Marillenmarmelade“ kam ein mit Saccharin gesüßtes Fruchtmark geringer Qualität, das bereits im Zustande bakterieller Zersetzung war, in den Verkehr. Der Bäcker Adolf Anton, VII., Neustiftgasse 77 verkaufte „Echten Honig“, der aber wegen des zu geringen Zuckergehaltes nur als Kunsthonig bezeichnet werden mußte. Rosa Kralicek, X., Leebgasse 11 verkaufte getrocknete Schwämme, die infolge Verunreinigung durch Puppen und Gespinnste von Kleinschmetterlingen, sowie auch durch Verstaubung verdorben waren. Die städtische Kerzenabgabestelle Adolf Sobotka, IX., Lustkandlgasse 39 verkaufte an die rayonierten Kunden mindergewichtige Kerzen (statt des Normalgewichtes von 1/32 kg nur 1/44 kg) um K 2.50 das Stück und erzielte hierdurch einen Bruttogewinn von mehr als 50 %, der per Kiste einer Mehreinnahme von rund K 2000.- entspricht. Die Kontrolle der für Nahrungsmittel und Kosmetika bestimmten Metalltuben ergeben in letzter Zeit überaus zahlreiche Anstände, wo bei den Zahnpasten „Hygodont“ 91 %, „Kaliktora“ 94 %, „Mehlodont“ 90 % und „Kimo-dont“ 91 % Bleigehalt per Tuben festgestellt wurde und als „gesundheitgefährlich“ bezeichnet werden mußten. Der Zuckerwarenhändler Ludwig Schmidt, VII., Neustiftgasse 70 hielt sogenannte „Fortuna Glückspakete“ à K 1.20 feil. Ein Paket enthielt beispielsweise 1 Stück Eibischzuckerl und einen gebrauchten 20 Hellerschein. Derartige Lockwaren sind darnach geeignet speziell die ärmeren Bevölkerungsschichten auszubeuten und stellt dieses Faktum unzweifelhaft einen Betrug dar. Außerdem muß die Verpackung gebrauchter Kassenscheine als sanitär sehr bedenklich bezeichnet werden.

Beschlagnahmt bzw. konfisziert wurden folgende Warenmengen: Getreide 663 kg, Mehl 1051 kg, Weißgebäck 30 kg, Backwaren 84 kg, Meisgrüß 1325 kg, Brot 30 Laib, Fleisch 706 kg, Hühner 44 Stück, Fische 1352 kg, Butter 25 kg, Zucker 22 kg, Obst 28.425 kg, Grünwaren 30 22 kg, Kartoffeln 1945 kg, Gurken 16.687 kg, Knoblauch 90 kg, Schwämme 250 kg, Kondensmilch 179 Dosen, Gerstenkaffee 50 kg, Gewürze 540 Pakete, Ersatzlebensmittel 650 Pakete, sowie kleiner Mengen ausländischen Zwieback, Teerumersatz, Benzin und Teigwaren.

Einmalige Zuwendungen an alle Pensionisten. Der Stadtsenat hat heute nach einem Berichte des StR. Speiser für alle Angestellten im Ruhestande, Witwen und elternlose Waisen die Flüssigmachung einer einmaligen Zuwendung von 300 K beschlossen.

Heizstoffersparungen im Rathaus, StH. Speiser berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtsenates über die in der vorjährigen Heizperiode im Rathaus erzielten Ersparungen an Brennmaterialien, die nur durch wesentliche Mäßigkeit des Heizpersonals erzielt werden konnte. Durch besonders aufmerksame Wartung der Ventile in den zahlreichen Dampfverteilern und durch sorgfältige Überwachung der Feuerungen, ist es gelungen, die Dampfabgabe auf ein solches Mindestmaß herabzusetzen, daß mit einem Quantum von 5.500 Zentner Kohle und 13.600 Zentner Koks das Auslangen gefunden werden konnte, während der Friedensverbrauch 22.000 Zentner Kohle und 17.000 Zentner Koks betrug. Uebrigens war es möglich, trotz des Achtstundentages statt des systemisierten Ansatzes von 35 Personen mit nur 25 Personen den Dienst in kläglicher Weise zu versehen. Das hierbei in Betracht kommenden 25 Angestellten wurden nach dem Antrage des Referenten Speiser Anerkennungsprämien zuerkannt und soll dieses erfolgreiche System auch in allen öffentlichen Anstalten und Betrieben der Gemeinde Wien zur Anwendung gelangen.

Eine Baptistenabordnung beim Bürgermeister. Unter Führung des Rechtsanwaltes Dr. Fritz Neumann erschienen heute bei Bgm. Neumann Vertreter der amerikanischen Baptistengemeinden mit dem Generaldirektor Reverend William Kuhn aus Chicago und Reverend Frank Kaiser aus Rochester, um sich über die Verhältnisse in Wien zu informieren. Bgm. Neumann erteilte den Herrn ersuchende Auskünfte, worauf sich dieselben in der Versorgungshelm nach Lainz und in verschiedene andere Wiener Anstalten begaben und die vom Bürgermeister geschilderten Verhältnisse an Ort und Stelle zu sehen. Die Funktionäre der amerikanischen Baptistengemeinden befinden sich in Wien, um die Wiener Baptistengemeinde, welcher bekanntlich jetzt die freie Religionsübung gestattet wurde, zu visitieren.

Verwendung von Jugendpflanzplätzen zur Holzlagerung. In verschiedenen Tagesblättern wurde gegen die Gemeinde Wien der Vorwurf erhoben, daß Jugendspiel- und Sportplätze zur Verwendung als Holzlagerplätze gelangen. Die Gemeinde Wien stellt fest, daß es sich nur um eine vorübergehende Verwendung dieser Plätze handelt, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse geboten erscheint. Die Räumung dieser Plätze wird jedenfalls sobald es die Verhältnisse erlauben, erfolgen und so das vorübergehend zur Holzlagerung angeforderte Gelände wieder als Sport- und Spielplatz, dem er von vornherein gewidmet war, zurückgegeben werden.

Herausgeber und verant. Chefredakteur Franz Mischeu.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 22. September 1920, Nr. 303.

stelle

Rechtshilfe-Är Gemeinde Wien für Bedürftige. Im Juli haben 416 Parteien vorgesprochen. Von den hiedurch sowie schriftlich angefallenen Rechtssachen wurden 144 durch Rechtsberatung, 64 durch Verfassung von Schriftsätzen und 20 durch Vertretungshandlungen bei Gerichten oder Behörden ausgetragen. In 4 Fällen wurden Einwendungen in Bestandsachen erhoben. Von den Geschäftsfällen betrafen die meisten familienrechtliche Fragen, denen sich zahlenmäßig solche des Bestand-, Dienst- und Erbrechts sowie sonstige zivilrechtliche Angelegenheiten anreihen. Auch Strafsachen kamen häufig vor. Im August war wegen der Gerichtsferien und Sommerurlaube die Parteilenaufnahme unterbrochen.

Erholungsheime des Caritasverbandes in Mitterbach und Wolfsberg.

Der Caritasverband hat in Mitterbach bei Maria Zell und auf Schloß Wolfsberg bei Hollenburg an der Donau Dauererholungsheime eingerichtet und zwar in Wolfsberg für Knaben und in Mitterbach für Knaben und Mädchen. Erholungsbedürftige Kinder finden in beiden Heimen reichlich gute Nahrung, liebevolle Pflege und auch Nachhilfeunterricht. Beide Heime von guten klimatischen Verhältnissen begünstigt haben schon in den verflossenen wenigen Monaten des Betriebes in jeder Hinsicht gute Erfolge gezeitigt. Der Aufenthalt währt 2 bis 3 Monate. Der monatliche Kostenbeitrag beträgt K 300.-- wird aber in besonders bedürftigen Fällen je nach der Vermögenslage der Familie vereinbart. Anmeldungen in der Kanzlei des Caritashauses, IX., Währingergürtel 104, Abteilung Jugendfürsorge, jeden Mittwoch von 10 - 12 Uhr.

Maisgrieß für Mindestbemittelte. In der 150. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Person 1/8 kg Maisgrieß zum Preise von K 2.60 gegen Abtrennung des Buchstabens „I“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Freitag, den 24. September für A - F, Montag, den 27. für G - K, Mittwoch, den 29. für L - R und Freitag, den 1. Oktober für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1 Dose Pferdefleischkonserven und zwar ~~akt~~ an die ersteren zum Preise von K 12.--, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Der Vorstand des japanischen Centralgesundheitsamtes.
beim Bürgermeister.

Der japanische Obermedizinalrat Dr. S. Ujihara Vorstand
des Centralgesundheitsamtes des Ministerium des Innern
in Tokio welcher zur Zeit in Wien weilt stattete heute
Vormittag Bürgermeister Reumann einen Besuch ab. der
Bürgermeister gab, da Dr. Ujihara die Gesundheitsver-
hältnisse in Wien zu studiren beabsichtigt, den städt.
Aemtern den Auftrag, ihm die einschlägigen Materialien
zur VER Verfügung zu stellen.

.....

WIENER HAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Chefredakteur Franz Nischen.

80. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 23. September 1920, Nr. 804.

Ausgabe neuer Zimmerbrandkarten

Die neuen von 10. Oktober 1920 bis 9. April 1921 geltenden Zimmerbrandkarten werden in der nächsten Woche bei den Brotkommissionen während der gewöhnlichen Dienststunden derselben ausgegeben, u. zw. für Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens A-E am 27., F-R am 28., I-L am 29., M-Q am 30. September, R, S, Sch am 1. Oktober und St, T-Z am 2. Oktober. Anspruch auf Zimmerbrandkarten haben nur jene Wohnungsinhaber, deren Kohlenvorrat 200 kg Steinkohle (Koks Briketts) oder 250 kg Braunkohle nicht übersteigt. Zur Behebung der gebührenden Zimmerbrandkarten haben die Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) oder deren legitimierte Vertreter den polizeilichen Meldezettel und ein Legitimationsdokument (Taufschein, Geburtsschein, Trauungsschein, Heimatschein, Gewerbeschein, Steuerbogen u. dgl.), Heimarbeiter außerdem eine die Heimarbeit dartuende Bestätigung der zuständigen Brotkommission vorzulegen. Die Besitzer der neuen Zimmerbrandkarten haben sich bis längstens 6. Oktober in die Kundenliste der von ihnen gewählten Kohlenabgabestelle eintragen zu lassen.

Hundswut im XVIII. Bezirk. Am Sonntag, den 19. d. M. nachmittag wurde im XVIII. Bezirk Ecke Edelhofgasse und ~~Kunst~~ Anastasiusgrüßgasse ein herrenloser, schwarz weißgefleckter, mittelgroßer, rauhaariger Hund aufgegriffen und als wutkrank dem städt. Wasenmeister eingeliefert. Das Tier dürfte sich den ganzen Tag in dieser Gegend aufgehalten haben. Alle Personen, die eventuell von dem kranken Hund verletzt wurden oder welche Angaben zur Ausforschung des Eigentümers des Hundes machen können, werden ersucht, während der Vormittagsstunden in der Kanzlei der städt. Vet. Amtsabteilung für den XVIII. Bezirk Gertrudplatz 3 zu erscheinen.

Erhöhung der Benützungsgebühren für die Bedürfnisanstalten. Der Stadtsenat hat beschlossen, der Erhöhung der für die Benützung der von der Firma Wilhelm Beetz betriebenen öffentlichen Bedürfnisanstalten vom 1. Oktober 1920 an auf 94 Heller für die Benützung einer Kabine I. Klasse mit Waschtisch und kaltem Wasser, auf 44 Heller für die Benützung einer Kabine II. Klasse ohne Waschtisch und auf 14 Heller für die Benützung einer Kabine II. Klasse auf Marktplätzen zur Nachtzeit zu bestimmen. Diese Bewilligung wird jedoch nur bis auf Widerruf und unter der Bedingung erteilt, daß von demselben Zeitpunkte an die heutigen Tagelöhne der Wartefrauen verdoppelt und ihnen weiterhin die erforderlichen Reinigungsmittel beigelegt und jede zweite Woche ein halb bezahlter freier Tag gewährt werde.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 24. September 1920, Nr. 305.

Zu den Mehldiebstählen in den Magazinen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und den Lagerhäusern der Stadt Wien am Handelskai.

Kürzlich hat sich der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen unter dem Vorsitz seines amtsführenden Stadtrats VB. Emmerling mit den vor einigen Tagen in der breitesten Öffentlichkeit besprochenen Vorgängen in den Lagerhäusern am Handelskai beschäftigt und einen eingehenden Bericht der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien über die Mehldiebstähle entgegengenommen.

Zur Beruhigung der Wiener Kaufleute sowie der öffentlichen Meinung überhaupt, konnte von dem Gemeinderatsausschuß festgestellt werden, daß in den Lagerhäusern der Stadt Wien schon seit Jahren alle erdenklichen Vorkehrungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Verhinderung von Diebstählen eingeführt sind, so daß Diebstähle in dem Umfange, wie sie in den Mehlmagazinen anderer Lagerhäuser vorgekommen sein sollen, überhaupt ausgeschlossen sind. Die polizeilichen Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen und muß deren Ergebnis abgewartet werden, um feststellen zu können, ob und wie weit bei den Mehldiebstählen auch Arbeiter der Lagerhäuser der Stadt Wien beteiligt waren.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 24. September 1920, Nr. 306.

Straßenbahnverkehr zum Flugfeld in Aspern. Wegen der bekannten Betriebschwierigkeiten ist es nicht möglich am 26. d. M. anlässlich der Kunst-, Schau- und Passagierflüge am Asperner Flugfeld einen so dichten Dampfstraßenbahnverkehr zwischen Kagran und Aspern einzurichten wie dies vor dem Kriege geschah. Auf der Dampfstraßenbahnlinie zwischen Kagran und Aspern ist nur ein beschränkter Verkehr möglich; infolgedessen wird der Hauptverkehr der elektrisch betriebenen Linien nach Stadtlau geführt werden und nur eine beschränkte Anzahl von Zügen nach Kagran zum Anschlusse der Dampfstraßenbahnen geschickt, damit die dort ankommenden Fahrgäste mit der Dampfstraßenbahn befördert werden können. Es muß aber auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es mit Rücksicht auf die eingleisige Strecke im 21. Bezirk nicht möglich sein wird, einen Massenverkehr nach Stadtlau zu bewältigen.

Rückkehr der Kinder aus Niederösterreich (Aspernbahn). Am Samstag, den 23. ds. kommen um 1/4 7 Uhr abends am Aspernbahnhof die Karitaskinder aus der Umgegend Asperng, Kirschschiag und Länzenskirchen an. Die Eltern werden ersucht die Kinder bestimmt abzuholen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 24. September 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Präsident Seitz aus der ihm von Louis Hollweg aus Indianapolis überwiesenen Notstandsspende für Wien zur Verteilung an einzelne Notdürftige K 150.000.

Viktor Kless-Gutta, Direktor der Firma Wetzler & Co. aus Anlaß der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband für die Armen Wiens 10.000 K.

Herr Knauth, New York zur Speisung armer Kinder Wiens 1875 K.

Hans Schämber, Wien, anlässlich seiner Ziviltrauung für die Armen Wiens 100 K.

Die Hilfsaktion des schwedischen Roten Kreuzes als Spende der Bevölkerung Gotland für die Wiener Arbeitslosen 100 Anweisungen auf Lebensmittel.

Das Wohltätigkeitskomitee der chilenischen Damen von Santiago di Chile für die Armen Kinder der Stadt Wien ein Waggon Kondensmilch.

Das Schweizer Hinderhilfskomitee Wäsche und Kleider für ca. 1.500 Kinder städt. Beamter.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Antrag des GR. Heider (christl.-soz.) in Angelegenheit der Entlassung des Hilfsarbeiters Käsmayer der Strassenbahndirektion zur Berichterstattung zugewiesen wurde.

Zu den Post-Nummern 2 - 4, 12, 13, 16 - 18 und 20 liegen keine Wortmeldungen vor. Dieselben gelten daher als angenommen. Post 9 über die Neubestimmung der Wassermesserrrenten wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf wird an die Erledigung der übrigen Tagesordnung geschritten.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten für die Wahlen in die Nationalversammlung und beantragt, dass die im laufenden Jahre auflaufenden Kosten soweit sie nicht durch den im Voranschlage 1920/1921 eingesetzten Betrag von 1 Million Kronen bedeckt sind, vorläufig bis zum Betrage von 4 Millionen Kronen zu bestreiten und interimistisch gegen seinerzeitigen Rückersatz durch den Staat zu verrechnen. Den Mitgliedern der Wahlbehörden wird eine Verköstigungsgebühr von 50 K gewährt.

Da der zum Worte gemeldete Gemeinderat Rummelhardt (christl.-soz.) im Saale nicht anwesend ist, wird der Antrag debattelos angenommen.

GR. Richter (soz.-dem.) berichtet sodann über die Kosten der Abschriften der Wählerverzeichnisse für die Nationalversammlungen 1920 und beantragt als Ersatz der Kosten für die Abgabe eines auf lithographischem Wege hergestellten Wählerverzeichnisses von ganz Wien einen Betrag von 60.000 Kronen, für das Wählerverzeichnis eines einzelnen Wahlkreises 9000 Kronen einzuheben.

GR. Vaugoin (christl.-soz.) Die Wählerlisten sind sehr mangelhaft angelegt. Merkwürdig ist, dass viele Christlichsoziale und Deutschnationale Wähler ausgelassen sind, aber von den Sozialdemokraten fehlen sehr wenige. Insbesondere konnten wir die angenehme Bemerkung machen, dass sich unsere Wehrmacht stark vermehrt hat, sowohl in den Kasernen als auch ausserhalb derselben. Mancher hat sogar innerhalb und ausserhalb der Kaserne das Wahlrecht. Ich erinnere mich an vergangene Zeiten, was haben Sie immer für ein Theater aufgeführt, wieder der Pawelka noch Leiter des Wahlkatasters war. Aber freuen Sie sich nicht so, auch die doppelte Wähleranzahl ist für Sie noch zu wenig. Auch die Photographien von den ungarischen Enthüllungen ziehen nicht recht. (Zwischenrufe: Ganz Wien lecht!) Ich meine daher, dass wir alle Ursache haben, uns über die Akaze Anlage dieser Wählerliste zu beschweren, und ich finde den Preis dafür etwas hoch. Wir haben Gelegenheit gehabt, zum erstenmale sozialdemokratische Wählerlisten zu bewundern und haben gesehen, dass sie nicht genauer sondern noch viel ungenauer sind als früher. Ich bin daher der Meinung, dass wir alle Vorwürfe, die Sie gegen unsere Wählerlisten erhoben haben, in vermehrter Masse zurückgeben können.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass die Wählerlisten nicht nur sehr viel zu wünschen übrig lassen, sondern geradezu ein Skandal sind. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig! Ein grosser Skandal! Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ihre Partei hat Jahrzehntlang von der Kritik an den Wählerlisten gelebt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Und Ihre von den schlechten Listen!) Ihre Aufregung kann uns nicht hindern berechnete Kritik zu üben. Vielleicht sind Sie als Mandatäre gar nicht schuld, aber der Herr Anteführende muss nicht genau geschaut haben, wenn er die Herstellung dieser Arbeiten anvertraut hat.

GR. Haasler (Soz.-Dem.): Sie haben in der Geisterstunde Wählerversammlungen am Zentralfriedhof abgehalten.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) mag sein, dass Sie sehr viel in der Geisterstunde in Wählerversammlungen sprechen, ob aber mit Geist ist eine andere Frage. Seinerzeit haben Sie die beiden

Beiraten (Rufe bei den Sozialdemokraten: Pawelka!) abgegriffen, weil Sie wussten, dass diese für Ihre Wahlpraktiken nicht zu haben waren. Deshalb haben Sie den Wahl- und Steuerkataster gesprengt und haben patentfälschlich organisierte Beamte für die Wahlarbeit aufgenommen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Jauchen Sie nicht Herr Kollege Forstner. Sie werden sich doch nicht einbilden, dass das die Arbeit von Beiraten ist. In den Listen fehlten viele Wähler.)

GR. Forstner (Soz. Dem.) Die Listen sind dreifach von Hausen aus angeordnet worden. GR. Rummelhardt (chr. soz.) In den Hauslisten können die Wähler wohl vor aber in der Wählerliste selbst sind sie nicht zu finden. Nicht in Hunderten und Tausenden Pflanz. (Jämernde Wiederholung bei den Sozialdemokraten.) Das ist Tatsache. Diese Wählerlisten waren geschrieben, und zwar von Organistoren benannt, während Sie die Geschulten Beiraten in andere Abteilungen gesteckt haben. Unter solchen Umständen können wir nicht das Vertrauen

haben, das es sich bei den mangelhaft angelegten Listen um Schreibfehler handelt, sondern das mit grobem Vorbedacht vorgegangen wurde. Ich möchte auf das allerentschiedenste ersuchen, das die Beamtenschaft des Wahl- und Steuerkatasters weiter bestehen bleibt und nicht Leute aufgenommen werden, um einen politischen Einschlag in die ganzen Wahlvorbereitungen zu bringen. Wenn Sie nach 1 1/2 jähriger Herrschaft keine anderen Mittel haben, dann ist das das schlimmste Bekenntnis Ihrer Schwäche. Die Bevölkerung wird doch das richtige Urteil am 17. Oktober haben. (Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Wenn Sie auch Applaus klatschen, dieses Urteil wird für Ihre Partei ebenso schlecht sein, wie es Ihre Wählerlisten sind. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Skaret (Soz.-dem.) Es gehört eine eiserne Stirne dazu, derartige Vorwürfe gegen die Wählerlisten zu machen. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass eine Wählerliste niemals vollständig einwandfrei sein können. Wenn Sie noch einen Rest von Schamgefühl aufbringen (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

GR. Rummelhardt: Haltet den Dieb!, dann würden Sie sich auf Ihre Wählerlisten erinnern, die unter dem Protektorat des berühmten Pawelka fabriziert worden sind. Wir haben von unserer Partei jetzt in den einzelnen Bezirken vielleicht 200 bis 250 Reklamationen, wir haben aber auch Bezirke, wo wir nicht einmal 100 oder nicht viel mehr als 100 Reklamationen haben. Unter Ihrer Herrschaft haben wir aber Reklamationen von 2000 und über 2000 gehabt. Da hat einer von Ihnen heute den traurigen Mut, diese Wählerlisten als einen Skandal zu bezeichnen. Wenn Sie Ihre Demagogie zum Fenster hinaus in der Weise betreiben, dann hört jede ehrliche Diskussion mit Ihnen auf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.- GR. Reismann: Horthy-Banditen! Gekaufte Politiker!)

GR. Vaugoin hat gemeint, wenn man eine Fälschung photographisch reproduziert, dann bleibt es immer wieder eine Fälschung. Wenn es eine Fälschung wäre, dann hätte Herr Kollege Vaugoin vollständig recht. Ich erkläre unter meinem Ehrenworte, dass hier keine Fälschungen vorliegen, sondern der größte Korruptions-skandal. (Stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten gegen die Christlichsozialen.- GR. Reismann : Vaugoin; Horthy-Rittmeister!) Ich erkläre, dass die bis jetzt veröffentlichten und die in weiterer Folge zur Veröffentlichung gelangenden Dokumente, die Ihre Partei in den fürchterlichsten Zustände der politischen Ver-lumpung und Korruption nüz zeigen werden, vom ersten bis zum letzten echten Ursprunges sind und echt auch in ihrer ganzen Aufmachung. Die Ablügnungs- und Vertuschungsversuche samt der sauberen ungarischen Gesandtschaft mit ihrem Presse-Chef werden

ihnen nichts nützen. Ich nehme an, dass Sie, die Sie hier sitzen, unschuldig sind. Sie halte ich für unschuldig, aber gegen Ihre engsten Führer liegt ein so reiches Material einer beispiellosen Lumperei, eines beispiellosen Verrates an der Republik und an dem Anschlussgedanken an Deutschland vor, dass man es nicht für möglich hält, dass Ihre Partei noch am Sonntag bei der Demonstration auftreten und sich als warme Anhänger des Anschlussgedankens an Deutschland darstellen konnte. Wer die Kollegen zu der deutsch-nationalen Demonstration geschickt hat...GR....

GR. Angeli (Christl.-soz.): Wir sind selber gegangen, uns hat niemand geschickt, wir sind deutsche Männer!

GR. Skaret: Wenn die Herren Angeli und Vaugoin aus eigenen Antriebe und nicht als Delegierte der christlichsozialen Partei hingegangen sind, dann gelten diese meine Worte als nicht gesprochen. Wenn aber die christlichsoziale Partei nicht nur aus unter dem Verdachte, sondern unter den erwiesenen Argumenten noch jemanden hinschicken und für den Anschlussgedanken Propaganda machen würde, wäre das das schändeste, was man von dieser Partei denken kann. Ich erkläre hier, mit meinem Ehrenworte, dass die Dokumente, die bis jetzt veröffentlicht worden sind und die weiter veröffentlicht werden, echt sind vom ersten bis zum letzten.

(GR. Bermann: Jawohl, das weiss ich auch.) Nicht Sie sind es, aber Seipel, Funder, Mataja, Weiskirchner, Kunschak, die diesen Verrat an Oesterreich begehen. (stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten) Sie wissen davon, sie kennen die Dokumente und darum steht es ihnen schlecht an, sie ableugnen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

GR. Wawerka (chr.-soz.) führt unter fortwährenden Zwischenrufen von Seite der Sozialdemokraten folgendes aus: Der Glaube Ihrer Partei verblasst und begriffe es, das die Herren sich in einer gewissen Aufregung befinden. Ich will zwar den sehr geehrten Herrn Vorredner nicht auf jenes Gebiet folgen, das mit dem eigentlichen Verhandlungsgegenstand keinen Zusammenhang hat, weiss es aber auf das entschiedenste zurück, das unsere Partei dem Anschlussgedanken an Deutschland jemals feindlich gegenübergestanden ist. (Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen) Ich konstatiere hier in dieser Saale, das diejenigen, die den Anschluss gründlich verpöht haben, die Sozialdemokraten gewesen sind. Es war hier Staatssekretär Dr. Bapér, der zu einer Zeit den Anschlussgedanke in der unglücklichsten Weise propagiert hat, wo er von Reutich und aus gewarnt wurde, ihn auf diese Weise zu vertreten. Es ist auch wahr, das wir gegen den Anschluss gehet haben. Wahr ist, das wir genau so wie Sie wissen, das man diesen Anschluss nicht durchsetzen kann mit Gewalt, weil

der Friedensvertrag den Sie mit unterzeichnet haben den Anschluss derselb unmöglich macht und wenn Sie uns in einem Zwischenrufe sagen, Sie führen die Haltung der Reichspost an als Beweis dafür, das unsere Partei dem Anschluss feindlich gegenübersteht, warum sprechen Sie dann nicht, von der Haltung des anderen christlichsozialen Blattes des Deutschen Volksblattes, das von der Ersten Zeit dieser Bewegung an, den Anschlussgedanken kräftigst vertreten hat. Ich konstatiere auch tatsächlich, als der Herr Bürgermeister in seiner Antwortrede von Anschluss an Deutschland gesprochen hat, wurde nicht nur von Ihrer Seite sondern auch von der Seite der Deutschnationalen und einer Reihe von meinen Parteigenossen, ich war selbst darunter, Beifall geleistet wurde. Es hat dem Herrn Vorredner beliebt, die Horthydokumente zu erwähnen; er hat Namen genannt, und es wird Sache dieser Männer sein, ihm die gebührende Antwort zu geben. Aber ich konstatiere wieder, das es den Herrn Vorredner nicht möglich war, auch nur einen Schatten eines Beweises zu bringen, das diese Dokumente echt sind. Ich werde mich jetzt auf jenes Gebiet begeben, das eigentlich zur Verhandlung steht, und fürchte sehr, das die Herren vielleicht auch hier in einige Aufregung kommen werden, wenn ich Ihnen Tatsachen dafür anführe wie schlecht diese Wählerlisten gearbeitet sind. Herr Kollege Skaret hat von einer eisernen Stirne gesprochen. Es gehört wohl eine eiserne Stirne und ein trauriger Mut dazu, diese jetzt angelegten Wählerlisten zu verteidigen.

In diesem Augenblicke betritt der GR. Kunschak den Saal. Als die Sozialdemokraten ihn bemerken, rufen sie höhnisch: Hoch Kunschak, Elijan, Elijan! Die Christlichsozialen protestieren heftig und GR. Panosch ruft empört: Ja gehört darf der nicht in den Konsolidat hinein. So eine Komödie war noch nicht da! Ungehört, so etwas! Ein Konsolidat wird verhöht, wenn er in der Saal kommt, pft! schreit auch! Andere Zwischenrufe bei den Christlichsozialen Vorredner! Da der Herr eine zeitlang anhält, ruft GR. Panosch: Jakob, wo bist du, wach auf! Endlich legt sich die Aufregung und GR. Wawerka setzt seine Rede fort.

GR. Wawerka führt Beispiele an, dass die Sozialdemokraten christlichsoziale Wähler in letzter Monate nur den Wählerlisten herausreklamiert haben, darunter hundert geistliche Schwestern in 10 Bezirk. Das geschah 48 Stunden vor Ende der Reklationsfrist und es war nur ein Zufall, dass es doch noch in letzter Stunde möglich war, diesen Wählerinnen das Wahlrecht wieder zu verschaffen. Angenehmlich hatte der Reklamant Kunschak geglaubt, dass die hinausreklamierten, nicht mehr in der Lage sein werden, sich die erforderlichen Dokumente zu beschaffen (die christlichsozialen müssen wiederholt Wahlrechtswahl) Redner stark behauptet,

bei, dass nicht nur die Wählerlisten selbst und wohl auch angeleg sind, sondern dass man vermehrt durch Hinzunahme der christlichsozialer Parteigenossen einen effektiveren Wahlrechtswahl zu bezogen.
GR. Orlich (Christl.-soz.) Jetzt sind Sie die Reklamant-redner!
GR. Wawerka: Die sozialdemokratische Partei führt, dass für das Boden unter den Reklamant. Dass die in der Bevölkerung nicht mehr jenen Vorredner gestimmt, wie wir Teil der letzten Wähler (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Doppel (christl.-soz.) äbt gleichfalls die Anlegung der Wählerlisten scharfe Kritik und sagt, die Sozialdemokraten haben die ganze Mühseligkeit und Größe ihrer Partei mit Verrat zustande gebracht. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen; die Sozialdemokraten rufen ihnen zu: Horthy-Russaren! Gegenrufe: Bela-Khun-Russaren!) Die Sozialdemokraten haben schon während des Krieges wiederholt zugesagt, dass es ihr Bestreben war, durch Verrat den Zusammenbruch herbeizuführen Sie haben also gar keine Ursache von Verrat zu sprechen, sondern Sie sollen endlich dafür sorgen, anständige Politik zu machen.

Der Bürgermeister erteilt nun dem GR. Kunschak das Wort.

Auf der linken Seite fällt mitten in anhaltenden Lärm der Zwischenruf: Der Millionen-Kunschak kommt! Große Entrüstung bei den Christlichsozialen, die antworten: Wer hat das gerufen? Wo ist der Schuft, der Feigling? GR. Panosch: Erst beleidigen, und dann versteckt sich die feige Gesellschaft. Der Lärm dauert noch eine Zeitlang fort, bis endlich Ruhe eintritt und GR. Kunschak sich Gehör verschaffen kann.

GR. Kunschak: Durch eine Sitzung des Verfassungsausschusses war es mir nicht möglich, den Gang der Verhandlungen hier zu folgen und ich bin erst jetzt in Augenblick informiert worden, um was es sich in dieser Debatte gehandelt hat und ich habe nur aus den stenografischen Protokoll den Schluss der Ausführungen des Herrn GR. Skaret auszuheben Gelegenheit gehabt. Gegenüber diesen Ausführungen mögen Herr GR. Skaret und alle übrigen Mitglieder des Gemeinderates zur Kenntnis nehmen, das ich von den angeblichen Dokumenten, die veröffentlicht worden sind, und von denen, die noch veröffentlicht werden, nicht die geringste Kenntnis habe, insoweit als ich/Gelegenheit hatte, in/dieser angeblichen Dokumenten/ durch die Veröffentlichung in der Arbeiterzeitung Einsicht zu nehmen. Ich erkläre weiter, das ich jeden, der die Behauptung aufstellt, ich wisse von solchen Dokumenten und deren Inhalt, in öffentlicher Sitzung hier unter der Voraussetzung, das ich meine Anlieferung aus dem Abgeordnetenhaus sofort verlangen werde, einen gemeinen Lügner nenne. (Stürmischer anhaltender Beifall bei den Christlichsozialen.)

Herrn Reumann: Herr GR. Kunschak ich muß Sie zur Ordnung rufen!

Herr Richter (Soz.-Dem.) führt in seinem Schlussworte aus: Einer der Herren hat erklärt, das Christlichsoziale viel häufiger in den Wählerlisten gefehlt haben, als es bei den Sozialdemokraten der Fall war. Die Aufnahme der Wählerlisten hat zur Zeit des Landaufenthaltes stattgefunden und da die Besitzenden unter den Christlichsozialen häufiger sind als bei den Sozialde-

mokraten, ist es selbstverständlich, das mehr Christlichsoziale als mehr Sozialdemokraten gefehlt haben. Trotzdem haben die Christlichsozialen nur 3000 Reklamationen auf Aufnahme eingebracht, während von den Sozialdemokraten 8000 solche Reklamationen eingebracht werden mußten. Zur Aufnahme in den Häusern war eine Zahl von 448 Beamten notwendig. Da dies zur Zeit der Urlaube war und die Arbeiten im Rathause keine großen Verzögerungen erfahren konnten, war es nicht möglich, so viele Beamte herauszunehmen und es wurden daher 182 Lehrer und 206 städtische Beamte zu den Begehungskommissionen genommen. Von Strassenbahnen ist dahier keine Rede. Zum Abschreiben der Wählerliste wurden 613 Personen gebraucht. Es wurden auch Transkribentinnen während ihres Urlaubes zum Abschreiben der Wählerlisten verwendet. Es hat sich herausgestellt, das diese viel besser, fleißiger und exakter gearbeitet haben, als so mancher Beamte. Das aber beim Abschreiben auch Fehler entstehen, ist bei der Hast der Arbeit, mit der gearbeitet werden muß, wenn man eine Liste von mehr als einer Million Menschen anlegen muß, ist begreiflich. Der einzige Vorwurf, den Sie der Wählerliste machen konnten, ist der, das sie schlecht leserlich waren. Das ist die Schuld derjenigen, denen wir sie zum Vervielfältigen geben mußten. Bei den letzten Wählerlisten, die unter Ihrer Herrschaft gemacht wurden, waren 54.000 Reklamationen notwendig, während heuer, trotz der Urlaube, des Landaufenthaltes nur 29.000 Reklamationen eingebracht wurden. Wenn Sie davon abziehen, das bei 2000 Optionsgesuche noch nicht erledigt sind, so reduziert sich diese Zahl von 29.000 auf 27.000, erreicht also genau die Hälfte der Reklamationen die zu Ihrer Zeit notwendig waren. Wir haben auch die Legitimationen abgeschafft, damit nicht der Schwindel mit denselben betrieben werden kann. Das wir den Wahlkataster aufgelassen haben, erspart uns nicht nur sehr viel Arbeit, sondern auch sehr viel Geld. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, das von uns die Klosterschwester 48 Stunden vor Schluß des Reklamationsverfahrens herausreklamiert worden sind. Die Christlichsozialen haben sämtliche Wehrmänner 24 Stunde vor Ende der Reklamationsfrist herausreklamiert. Alle diese Reklamationen mußten bis auf einige wenige Fälle abgewiesen werden. Die Wählerlisten waren solange schlecht, als sie in der Hand der Christlichsozialen waren und sie sind erst von dem Augenblicke an besser geworden, als die die Sozialdemokraten in die Hand genommen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

GR. Vaugoin (christl.-soz.) berichtet tatsächlich; Der Herr Referent hat erklärt, das sämtliche Reklamationen im XIII. Bezirk ergebnislos waren, demgegenüber berichtete ich tatsächlich, das zahlreiche Reklamationen positiv erledigt wurden. Ferner hat der Herr Referent gesagt, das Beamten erst

seit der sozialdemokratischen Verwaltung längeren Urlaub bekommen haben. Demgegenüber berichtete ich tatsächlich, das die längeren Urlaube mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. April 1918, also noch von der christlichsozialen Verwaltung hergestellt wurden.

GR. Skaret (Soz.-dem.) Berichtigt tatsächlich: In der Frage der Veröffentlichung von Dokumenten habe ich erklärt, das Sie in diesem Saale nichts wissen werden und nichts wissen können, das aber Ihre engeren Parteiführer den ganzen Sachverhalt, die ganze Art und Weise der Bestechungen der Reichspost mit ungarischem Gelde kennen und ich habe Namen genannt, aus denen hervorgeht, das die Reichspost mit ungarischem Gelde bestochen ist. Darauf erklärte Herr Kunschak, er lege fest, das er die fraglichen Dokumente nicht kenne. Das er sie kennt, habe ich nicht behauptet. (Rufe bei den Christlichsozialen: Aha, Aha! Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Nur warten!) Ich habe nur gesagt, das es eine ganz unmögliche Partei wäre, wenn die Führe der Partei nicht wissen oder sich nicht darum kümmern sollten, wo solche Anti-Anschluss-Gedanken in ihrem eigenen Zentralorgan veröffentlicht werden, das auch Flugblätter in tausenden Exemplaren hergestellt worden sind. Ich habe nicht behauptet, das Herr Kunschak von einem diplomatischen Notenwechsel zwischen Wien und Budapest Kenntnis hatte, sondern das er von der ganzen Bestechungsaffäre, unbedingt Kenntnis gehabt haben müsse. Wäre das nicht der Fall, so wäre Herr Kunschak der erste Obmann einer Partei, der nicht weiss, welche Tendezen in seiner Partei hervortreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Kunschak entgegnet, das er gegenüber den Schlussausführungen Skarets, wie sie das stenographische Protokoll verzeichne, seine Behauptung aufrecht erhalte und von ihr nicht das geringste zurücknehme.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Benützungsgebühren für die Bedürfnisanstalten.

GR. Rotter (Christl.-soz.) verweist auf die ungünstige Situation der Anstalt am Kaiser Ferdinandsplatz und wünscht die Verlegung dieser Anstalt.

Der Referent erwidert, das alle solche Wünsche gegenwärtig an den wahn sinnigen Preisen scheitern. Die Anträge werden genehmigt.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über einen Zuschusskredit von 450.000 Kronen für die Erhaltung der Kanäle.

GR. Ullreich (chr. soz.) gibt dem Wunsche eines großen Teiles der Ottakringer Bevölkerung Ausdruck, den Bau des Ottakringer-Bachentlastungskanal in der Neulerchenfelderstraße möglichst zu beschleunigen und den Tramwayverkehr dortselbst ehestens wieder aufzunehmen.

GR. Rotter (chr.-soz.) weist darauf hin, daß die Kanäle im Westen Wiens infolge der Abholzung des Wienerwaldes nicht mehr hinreichen die Regenwasser aufzunehmen und will auch diese Gelegenheit benutzen, um den Bürgermeister zu fragen, was er veranlasst habe, energisch gegen den Holzdiebstahl im Wiener Walde aufzutreten.

GR. Siegel (Soz. Dem.) erklärt gegenüber den Ausführungen des GR. Ullreich, daß er selbst den langsamen Fortschritt der Bauarbeiten bei dem Ottakringerbachentlastungskanal bedaure, doch seien daran die ungeheuren technischen Schwierigkeiten und zum Teile auch der Baustoffmangel schuld. Der elektrische Straßenbahnverkehr in der Neulerchenfelderstraße werde in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder eingeführt werden. Sodann wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Siegel berichtet über die Vollzugsanweisung betreffend die Herstellung und Benützung von Dachbodenwohnungen und betont, daß infolge der Befreiung der Baugründung von allen Unbequemlichkeiten infolge der Wohnungsnot die Möglichkeit gegeben ist, die bestehenden Dachbodenräume zu Wohnzwecken zu verwenden. Es geschieht dies auch unter anderem über Aufforderung der Regierung, die eine diesbezügliche Verordnung erlassen hat. Die Herstellung von Wohnungen in Dachbodenräumen sind nur unter verschiedenen Voraussetzungen zulässig. Sie sollen nur in solchen Häusern hergestellt werden, die im Bau-, Gesundheits- und feuerpolizeilicher Beziehung dazu geeignet sind. Diese Wohnungen sollen unmittelbar über den letzten Geschoß liegen. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß ober einem Dachbodenraum noch eine Dachbodenwohnung gebaut wird. Die lichte Höhe der Räume ist mit 2.6 m festgesetzt; die Wohnungen sind feuersicher gegen den Dachbodenraum abzuschließen und gegen Kälte und Hitze entsprechend zu sichern. Der Berichterstatter bemerkt, daß er nicht glaube, daß diese Vollzugsanweisung einen mannenswerten Effekt haben werde und gibt zu, daß der Antrag einigermaßen verbesserungsbedürftig ist.

GR. Biber (chrätl.-soz.) verweist, dass Mansardenwohnungen im Ausland, beispielsweise in Paris gang und gäbe sind, ihre Einführung also in Wien nichts ungewöhnliches wäre. Wohl aber müsste man trachten, dass mit der Schaffung von Dachbodenwohnungen der Wohnungsnot tatsächlich abgeholfen werde. Demgegenüber erklärt nun der Referent, dass er sich von der ganzen Neuerung

nicht viel verspreche. Nach Redners Ansicht hätte die Gemeinde lieber einige kostspielige Neubauten unterlassen und um das betreffende Kapital hunderte von Dachbodenwohnungen schaffen sollen. Es sei auch zu bedauern, dass dem Gemeinderate wegen der finanziellen Regelung keine Vorlage unterbreitet wurde. Redner stellt schliesslich eine Reihe von Abänderungsanträgen technischer Art und bittet um deren Annahme.

GR. Dr. Ehrlich (jüd. nat.) führt aus, dass die Voraussetzung daher einer Bautätigkeit die Rentabilität sei. Es müsse für solche Dachwohnungen eine weitgehende und langfristige Steuerfreiheit eingeführt werden, die zumindest bis zur Amortisierung der aufgewendeten Kosten anhalten müsse. Er frage daher, ob mit dem Staatsamte für Finanzen in diesem Sinne Verhandlungen stattgefunden haben. Weiters müsse die Gemeinde fördernd eingreifen, nicht nur dadurch, daß sie den Hausherrn Gelegenheit gibt, sich Material zu verschaffen, sondern, daß sie ihm auch die Zufuhr erleichtert und in der Frage der Kreditbeschaffung etwas veranlasst.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Gabriele Walter (christl.-soz.) betont, dass auch hinsichtlich der inneren Einrichtung der Dachbodenwohnung gewisse Voraussetzungen gegeben werden müssen, damit sie ihren Zweck erfüllen, und regt an, bei dieser Gelegenheit in Wien die Type der Wohnküchen zu versuchen. Sie stellt schliesslich den Zusatzantrag: In den neuherzustellenden Dachbodenwohnungen sind Schränke und Truhen einzubauen und Klappische anzubringen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) bemerkt in seinem Schlusswort, dass mit der Verordnung wohl die technischen Voraussetzungen für die Produktion an Dachbodenwohnungen gegeben sind, dass aber die finanziellen Voraussetzungen fehlen. Auch die Steuerfreiheit würde die Baulust der Dachbodenwohnungen nichts besonders fördern. Mit den Abänderungsanträgen des GR. Biber erklärt sich der Berichterstatter einverstanden, und bittet dieselben anzunehmen. Den Antrag Walter kann er nicht zur Annahme empfehlen, weil es zu weit gehen würde, denn ~~Erbauern~~ an diesen Dachbodenwohnungen auch Vorschriften bezüglich des Interieurs zu machen; der Antrag könne der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt werden.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag mit den Abänderungsanträgen Biber angenommen, der Antrag Walter genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Erhöhung der Tarifgebühren der Lagerhäuser und des Kühltagerhauses und motiviert sie mit den höheren Verwaltungskosten.

GR. Feldmann (deutschnat.) befürchtet von den Tarifierhöhungen auch eine Steigerung der in den Lagerhäusern befindlichen Lebensmittel.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

V.-Bgm. Emmerling berichtet weiters über die Erhöhung der Mietgebühren der Elektrizitätszähler um 100%.

GR. Schmid (Christl. Soz.) bemerkt, dass durch diese Erhöhung wiederum die kleinen Haushalte betroffen werden und beantragt, die Erhöhung auf die neuen Elektrizitätszähler zu beschränken, die alten Stromabnehmer jedoch davon auszunehmen.

Der Referentenantrag wird unverändert angenommen, der Zusatzantrag mit Schmid, nachdem sich der Referent dagegen ausgesprochen, abgelehnt.

V.-Bgm. Emmerling berichtet über die Elektrisierung der Dampfstrassenbahnlinie Mauer-Mödling und stellt die bekannten Anträge.

GR. Feldmann (deutschnat.) begrüsst das vorliegende Projekt und möchte diese Gelegenheit benützen um auf verschiedene Unzukömmlichkeiten bei den Strassenbahnen aufmerksam zu machen. Zunächst bemängelt er die Unhöflichkeit, welche bei einem Teile der Schaffner sich bemerkbar mache und meint, dass dieses zum Teil wohl auf die Abschaffung der Nummern zurückzuführen sei, er wolle daher anregen, die Nummerierung wieder einzuführen. Ferner erinnert Redner daran, dass im Gemeinderate einmal beschlossen wurde die „F“-Linie zu verlängern, dieser Beschluss sei aber nicht zur Durchführung gekommen. Er möchte daher den Referenten bitten, dass die im Gemeinderate gefassten Beschlüsse auch zur Durchführung kommen.

Schliesslich beantragt er, es möge ehestens die zwischen der Währingerstrasse und dem Kai bestandene „K“-Linie wieder eingeführt werden.

V.-Bgm. Emmerling sagt in seinem Schlussworte, dass die Elektrifizierung der Linie Mauer-Mödling spätestens im März-Frühsommer beendet sein werde.

Die Ausführungen des GR. Feldmann beantwortet er dahin, dass in kürzester Zeit die Nummern bei den Strassenbahnschaffnern wieder zur Einführung gelangen werden. Die „K“-Linie sei sehr unrentabel und könne erst wieder in Betrieb gesetzt werden, sobald der Strom- bzw. Kohlenpreis sich verringert haben werde.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, der Antrag des GR. Feldmann genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

StR. Speiser (Soz. Dem.) legt sodann den Kollektivvertrag für die Arbeiter der städtischen Leichenbestattung vor.

GR. Gabriela Walter (chr. soz.) benähelt die Differenzierung der Entlohnung der weiblichen und männlichen Bediensteten und bittet den Referenten in Zukunft den Grundsatz gelten zu lassen, „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ und bei ungleicher Arbeit die Differenzierung in ein entsprechendes Verhältnis zu stellen. Schließlich stellt sie die ~~Frage~~ Frage, warum entgegen der bisherigen Gepflogenheit die Arbeitskleider nach Ablauf der Tragdauer abgeliefert werden müssen.

GR. Speiser bemerkt, daß nicht gleiche Arbeit vorliegt und daß durch die von der Arbeiterschaft festgesetzte Differenzierung bestimmt ist, in welche Kategorie die Betroffenen zu fallen haben. Bezüglich der Arbeitskleider wird in allen Verträgen deren Abführung angestrebt werden. Es haben sich durch die Ueberlassung der Arbeitskleider nach einer zu kurzen Abnutzungsdauer Unzukömmlichkeiten ergeben und es muß auch hier größte Sparsamkeit geübt werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Speiser berichtet sodann über die Neuregelung der Versorgungsrenten der Aftpensionisten der Straßenbahner und der ersten Truppe des 1. Kollektivvertrages, welche nach den Wünschen der betreffenden Kategorien erfolge.

GR. Haider (chr. soz.) wünscht, daß endlich das neue ^{Pensions-}Statut für die Straßenbahner zur Vorlage gelange und stellte einen Antrag, auf bessere Dotierung der Doppelwaisenkinder.

Der Referent führt aus, daß wegen des neuen Pensionsstatutes Verhandlungen, die nicht leicht seien, in Gange sind. Der Antrag Haider würde eine Änderung des ganzen Pensionssystems bedeuten, es sei daher besser auch in Zukunft bei der bisherigen Uebung zu bleiben auf dem Wege von Aushilfen in berücksichtigungswerten Fällen die nötige soziale Vorsorge zu treffen.

Die Anträge des Referenten werden sodann unverändert angenommen.

GR. Speiser berichtet weiters, über die einmalige Zuwendung an die städtischen Pensionisten analog den staatlichen Zuwendungen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) spricht über das traurige Los der Pensionisten und stellt den Antrag, die Pensionisten endlich mit den Aktiv-Dienenden gleich zu stellen und dies schon bei der Bemessung der einmaligen Zuwendung durch die gleiche Höhe wie sie den Aktiv-Dienenden gewährt wurde, zum Ausdruck zu bringen.

GR. Feldmann (Deutschnat.) schließt sich diesen Anträge an.

GR. Speiser (Soz. Dem.): Die Pensionisten der Gemeinde Wien sind tatsächlich besser gestellt, als die des Staates. Sobald die Gemeinde Wien ihre Steuerhoheit haben wird, dann werden wir sie

noch besser stellen können. Ich möchte mir nur zu bemerken erlauben, daß die ^{Pensionisten} ja schon werden, wenn wieder einmal in der Gemeinde Wien Steuervorlagen kommen, gegen die die Herren Sturm laufen, wer diejenigen sind, die es verhindern, daß sie höhere Bezüge bekommen.

Die Abänderungsanträge werden abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

GR. Speiser berichtet über die Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Sommerbäder.

GR. Angelic (chr. soz.): Möchte auf einige Ungleichheiten hinweisen. Diese treten am krassen bei den Kassierinnen hervor, die 180 K per Woche bekommen sollen und die Hilfsarbeiter bekommen dasselbe. Es sei doch ein Unterschied zwischen einer Kassierin, die eine große Verantwortung habe und einen Hilfsarbeiter. Hier sehe man die Ungerechtigkeit, denn da sei nicht für gleiche Arbeit die gleiche Entlohnung. Ebenso verhalte es sich auch bei den Badedienern und Badedienersinnen. Letztere seien, obwohl sie mehr Arbeit leisten müssen, schlechter bezahlt.

GR. Preyer (christl. soz.) findet es eigentümlich, dass man für die Bediensteten der Sommerbäder erst am 24. Oktober einen Bericht über ihre Entlohnung vorlegt. ^{Er} ~~Ich~~ glaube, dass da auch ein bisschen Wahltechnik mitspielt. Es wäre genügend Zeit gewesen, die Angelegenheit vor den Gemeinderatsferien rechtzeitig vorzubringen, damit diese Angestellten nicht zulange warten müssen.

StR. Speiser betont in seinen Schlussworte noch einmal, dass wie viele andere Referate des Stadtsenates aus den ~~letzten~~ Gemeinderatsferien auch dieses erst jetzt zur Erledigung gelangt. Uebrigens wurden die betreffenden Forderungen erst Anfangs August überreicht. Die Vorlage ist nach Ansicht des Vorredners zu spät gekommen, weil es sich um Sommerbäder handelt, sie ist aber auch zu früh gekommen, weil der Herr Gemeinderat meint, es ~~handelt sich~~ stehe die Vorlage mit den Wahlen im Zusammenhang.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Grünwald berichtet noch über die Ueberlassung der Villa Vergani in Emmersdorf an die deutschösterreichische Schriftsteller-genossenschaft unter den bekannten Bedingungen. Seine Anträge werden unverändert genehmigt.

Das Referat wegen des Sportplatzes im 19. Bezirk wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Chefredakteur Franz Mischen.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 25. September 1920, Nr. 307.

Rückkehr Wiener Kinder aus Nordmähren. Montag, den 27. September, 8 Uhr 20 Min. vermittags langt in Wien - Nordbahnhof der nordmährische Kinderrücktransport, der am 31. Juli 1920 Kinder nach Osmütz und Umgebung brachte, ein. Die Eltern werden gebeten die Kinder bestimmt abzuholen.

Zwischen. Vom 26. September bis 2. Oktober: Schweinefleisch pro kg K 1.50, Pflanzenfett K 2.04, Teigwaren K 1.40, Saygon Reis K 62, und Reisstärke K 98, Textilwaren: I., Bartensteingasse 3 und VIII., Albertplatz 7. Neu ab Dienstag: Herrenanzüge verschiedener Qualitäten und Größen, Knabenhosen, Herrensecken, Stoffe für Damenkleider und für Damenmäntel und diverse Futterstoffe. Außerdem die Restbestände der Vorjahre: Brennsteffe: Siehe städt. Angestellten vom 1. Oktober 1920.

Auflösung der Haussammelbüchsen. Nach einem im Ausschuss für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendpflege erstatteten Bericht soll bis längstens Mitte November d. J. die Einziehung der bisherigen Haussammelbüchsen erledigt sein, da dieselben in der letzten Zeit keinen nennenswerten Erfolg mehr ergaben. Der Magistrat wurde beauftragt statt dessen mit den Vorarbeiten für einen allgemeinen Sammeltag zugunsten der Armen Wiens zu beginnen, der in anderen Städten Europas bereits eingeführt ist und sich dort sehr gut bewährt hat. Die probeweise Abhaltung eines solchen Sammeltages in Wien ist für die Zeit vom 6. bis 24. Dezember d. J. geplant.

Margarineabgabe. Vom 26. September bis 2. Oktober werden bei den städt. Margarineabgabestellen pro Person 12 kg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 21 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 kg Pflanzenfett zum Preise von K 12. (Für gefermte Ware K 12.48.)

Zur Kartoffelrayonierung. Die Kartoffelkartenbesitzer werden nochmals aufgefordert sich bei den bestehenden Kartoffelabgabestellen rayonieren zu lassen, da demnächst mit der rayonierten Abgabe begonnen wird und Kartoffeln nur an jene Personen abgegeben werden können, welche sich zum Bezuge angemeldet haben.

Argentinische Liebesgabenverteilung in Sigmund am Montag, den 27. ds. findet von 2 bis 5 Uhr nachmittags im Gemeindehause XI. Bezirk, Eckplatz Nr. 2 an Witwen mit Kindern gegen Vorweisung des Totenscheines des verstorbenen Mannes und des Fürsorgeblattes die Verteilung von Mehl statt. Regiebeitrag für 1 kg Mehl K 3.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Samstag, den 25. September 1920, Nr. 308.

Bürgerbeeidigung Ziefers. Der Tondichter Carl Michael Zierer, den vom Wiener Gemeinderat anlässlich seines 77. Geburtstages in neuerlicher Würdigung seiner Verdienste um die Wiener Musik das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war, wurde heute vom Bgm. Reumann in einem Gelübnis genommen. Hiezu hatten sich VB. Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner, Richter und Siegel, Magistratsdirektor Dr. Hartl, der Direktor der städtischen Sammlungen Dr. Probst, sowie Persönlichkeiten aus der Wiener Musikwelt eingefunden. Bgm. Reumann hielt an den ausgezeichneten eine Ansprache, in welcher er ausführte: Diese Art der Verleihung des Bürgerrechtes stellt eine jener Auszeichnungen dra, durch welche die Stadt Wien nach der ihr gesetzlich eingeräumten Berechtigung, die Verdienste hervorragender Männer öffentlich würdigt und anerkennt. Speziell die Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen zählt zu jenen Auszeichnungen,

die der Gemeinderat nur in seltenen Fällen und bei besonderen Verdiensten beschließt. Schon einmal, am 12. Dezember 1902, anlässlich ihres 40. jährigen Dirigentenjubiläums hat sie der Gemeinderat der Stadt Wien in Anerkennung ihrer künstlerischen Tätigkeit ausgezeichnet und ihnen die große goldene Salvatormedaille verliehen. Seither ist eine Reihe von Jahren dahin gegangen, die Sie reichlich ausgenutzt haben, um den Ruf Ihrer Vaterstadt als Stadt der Kunst und Musik stets aufs Neue zu festigen und zu fördern. Und wenn sich uns in der Zeit der schwersten Not, die seitdem unglücklichen Kriege über unsere Stadt hereingebrochen ist, allerorten hilfreiche Hände entgegenstrecken, um unsere Lage wenigstens einigermaßen erträglich zu machen, so mag sich so mancher unter den Helfenden befinden, den die Erinnerung an Ihre Kunst veranlaßt, sein Scherflein zur Linderung unserer Not beizutragen. Ich habe daher mit Vergnügen eine gelegentliche Anregung aufgegriffen und weiter verfolgt, damit die Stadt Wien ihren Sohn

einen um das Musikleben und um den Ruf Wiens als Musikstadt hoch verdienten Künstler auszeichnungswise unter ihre Bürger aufnehme. Dies ist nun geschehen und ich beglückwünsche Sie anlässlich dieser Auszeichnung, die Ihnen Ihre Vaterstadt, die Stadt Ihres viele Jahrzehntelangen Wirkens, in es

Aufstieges und Ihrer Erfolge verliehen hat, aus ganzem Herzen und knüpfe hieran den Wunsch, daß Sie uns noch recht viele Jahre in voller Kraft erhalten bleiben mögen. - Nach der Verlesung der Angelobungsformel durch den Vorstand des Präsidialbüros Obermagistratsrat Gmeiner nahm der Bürgermeister die Angelobung Ziefers

vor, welcher tiefbewegt seinen innigen Dank zum Ausdruck brachte.

Lebensmittelkarten-Duplikate. Infolge einer neuen Verfügung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien Stelle 1 ist im Falle des Abhandenkommens einer Lebensmittelkarte nicht mehr die bisherige Eintragung in der Kundenliste der Abgabestelle zu streichen und der Käufer auf Grund der Duplikatkarte wie ein neuer Kunde in die Kundenliste neu aufzunehmen, sondern es besteht die bisherige Eintragung in der Kundenliste fort. Es ist infolge dessen von nun an auf Bescheinigungen, mit welchen um Duplikatkarten angesucht wird, seitens der Warenabgabestelle nicht mehr die Streichung in der Kundenliste, sondern nur die Anzeige des Verlustes zu bestätigen. Die Duplikatkarten, welche nur über Bewilligung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes ausgestellt werden dürfen, werden von den Brotkommissionen von nun an ohne Rayonierungsabschnitt ausgegeben und auffällig als Duplikatkarten gekennzeichnet werden.

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Freitag 4 Uhr wieder eine Sitzung ab. - Der Stadtsenattritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen.

Pflegeldernhöhung für die magistratischen Kostkinder. Vom gemeinde-rätlichen Wohlfahrtsausschusse wurde die nachträgliche Zustimmung dazu erteilt, daß in berücksichtigungswürdigen Fällen die Pflege-gelder für magistratische Kostkinder von 40 und 60 K bis zu einem Höchstbetrage von 180 K für Säuglinge und Kleinkinder um 20 K 240 K für Ältere Kinder erhöht werden können. Bei Pflegeparteien in Wien ist das Amt ermächtigt bis zu Beträgen von 200 bzw. 300 K zu geben Maßgebend für diese Verfügung war die Erwägung, daß man möglichst viele und daraus wieder möglichst geeignete Pflegeeltern finden wolle, denen es ein genügender Pflegebetrag ermöglicht, ihre Liebe zu den Kindern auch zu betätigen. Die Erfahrungen, die bisher mit den Kostparteien gemacht wurden, waren recht günstige, nur hat es sich in der letzten Zeit gezeigt, daß mit den bisherigen Beträgen das Auslangen nicht gefunden werden konnte.

Die Brennholzversorgung Wiens. Die in den letzten Tagen erfolgte Veröffentlichung, daß die Reparationskommission gewillt ist, auch der Brennholzversorgung Wiens ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, wird allseits und insbesondere auch von der Gemeindeverwaltung mit um so größerer Befriedigung begrüßt, als es ja tatsächlich vollkommen

ausgeschlossen ist, für eine Großstadt, die seit jeher auf der Leistung eingrichtet war, nun einen Ersatz durch Holz zu schaffen. Es kann dies umsoweniger gelingen, als ja bekanntlich der größte Teil der Schwierigkeiten bezüglich Holz die Ursache in den mangelhaften den Transportmitteln. Da aber 3 Waggons Holz erst dem Heizwerk von einem Waggon Kohle entsprechen, ist es ganz klar, daß schon an den fehlenden Waggons allein, eine wirkliche ausreichende Versorgung einbringung von Holz scheitern muß. Zweifellos kann es aber durch das Eingreifen der Reparationskommission gelingen, manche Hemmnisse die für die Staatsverwaltung und natürlich noch mehr für die Gemein-

de unüberwindbar sind, doch aus dem Weg zu räumen. Es gilt dies insbesondere bezüglich der Beschaffung von Ausfuhrbewilligungen aus den Sukzessionsstaaten, der Rückstellung von Waggons für Schmelzverfahren, die im Krage von Miedersterreich nach Bozen gebracht wurden und bisher trotz aller Bemühungen nicht wieder erlangt werden konnten etc. Vor allem anderen aber ist das Erreichen von höchstem Wert, daß sich die Reparationskommission mit der Holzversorgung beschäftigt, weil sie dann zweifellos zur Erkenntnis kommen muß, daß uns ausschließlich durch Zuweisung der nötigen Kohlenmenge zu helfen ist. Willig unzufrieden ist die Meinung, daß die Interes-

senahme der Reparationskommission als Mißtrauensvetum gegen die Gemeindeverwaltung erfolgt. Es handelt sich vielmehr hier lediglich um eine der Gemeinde selbst sehr willkommene Beihilfe bei Lösung einer Aufgabe, die weit über die Möglichkeiten einer österreichischen Verwaltungsbehörde hinausgehen. Es handelt sich dabei vielfach um internationale Probleme, die der Einflußnahme der wiener Stadtvertretung völlig entzogen sind, von der Reparationskommission aber natürlich entscheidend beeinflusst werden können. Soweit dies im Wirkungskreis der Gemeinde geschehen konnte, sind alle Maßnahmen rechtzeitig und umfassend getroffen worden, um möglichst viel Holz nach Wien zu bringen. Dies gegen die früheren Jahre getroffenen Neuerungen haben sich, wie aus den Ziffern unwiderleglich hervorgeht, vollständig bewährt. Der Stand der Holzvorräte, über den die Gemeinde am 19. September 1919 verfügte, betrug 12.922 Raummeter. Am 19. September d. J. ist der Lagerstand 104.150 Raummeter. Im Vorjahre war die Aufbringung des Kontingentholzes gegen eine gewisse Ablieferungspflicht zum großen Teile den Händlern übertragen worden. Davon ist die Gemeinde heuer abgekommen und als Wirkung ist zu verzeichnen, daß eine Verachtfachung der Vorräte erzielt werden konnte. Die Vorkauf-Belieferung jener rund 100.000 Haushalte, die als Mindestbemittelte mit besonderen Einkaufscheinen ausgestattet sind, und denen im Vorjahre als Ersatz für wöchentlich 7 kg Kohle 20 kg Holz zugewiesen wurden, ist für die ganze Dauer des nächsten Winters gesichert. Jene sehr unliebsamen Störungen, die im letzten Jahre sich ergabens werden sich diesmal nicht wieder ereignen. Da die Holzstelle aber noch unausgesetzt an einer ganzen Reihe von Stellen Niederösterreichs die Hereinbringung des Kontingentholzes betreibt, und sehr bedeutende Schlüsse in Exkontingentholz getätigt hat, wird es gelingen, diese an sich ja sehr bescheidenen Wochenmengen, je nach dem Witterungsverlauf, aufzubessern und darüber hinaus auch andere Kreise der Bevölkerung mit Holz zu versehen. Die Verkleinerung der Holzmengen erfolgt ausschließlich durch die von der Gemeinde mit einem Aufwand von 20 Millionen Kronen geschaffenen und Eigentum der Stadt Wien bildenden Holzverkleinerungsanlagen. Ebenso wird sich der Verkauf lediglich auf den Holzplätzen der Gemeinde unter strengster Kontrolle vollziehen. Dadurch werden jene zahlreichen Klagen über Gewichtsverkürzung und Belieferung mit nassem Holz ein Ende nehmen, die im Vorjahre die Öffentlichkeit beschäftigte. Der zuletzt bekanntgegebene Stand der Holzvorräte der Gemeinde vom 15. August d. J. weist einen Vorrat von 81.728 Raummeter auf. Im Jahre 1918 betrug der Zuwachs vom 15. August bis 15. September nur 200 Raummeter, im Vorjahre mußte überhaupt schon mit der Aufzehrung begonnen werden und es ist sogar bis zum 19. September eine Verminderung um 678 Raummeter eingetreten. Dem gegenüber steht heuer ein Zuwachs von 23.000 Raummeter, was wohl der beste Beweis für die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen ist.

Aus der vertraulichen Sitzung Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung beschlossen den Oberbaurat Ingenieur Leopold Trnka in Würdigung der von ihm geleisteten hervorragenden Dienste den Titel Stadtbauinspektor zu verleihen. Weiters wurde den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Oberdöbling Josef Houdek, Josef Eipeldauer und Paul Holizky für die mehr als 30 jährige eifrige Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste den Dank und die volle Anerkennung, den Franz Fink für die mehr als 25 jährige die Anerkennung des Gemeinderates und den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Mietzing Johann Serviansk, Josef Krenn, Karl Chmelik, Josef Scherhauser und Alois Hanzak für ihre langjährige verdienstvolle Tätigkeit, dem Johann Szlama, Sebastian Santner und Josef Cudlin für die mehr als 25 jährige Tätigkeit den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

Armenlotterien. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsanstellungen hat beschlossen auch neuer wieder eine Lotterie zugunsten der Armen Wiens zu veranstalten. Der Preis der Lose wurde bei 5250 Treffern, darunter 25 Geldtreffern im Gesamtwerte von 250.000 K, mit 5 K festgesetzt. Der Haupttreffer beträgt 40.000 K und wird, wie alle anderen Geldtreffer ohne Abzug bar ausbezahlt. Die Ziehung wurde für den Faschingdienstag 1921 in Aussicht genommen.

Die Siedlungsaktionen der Gemeinde. Donnerstag vergangener Woche fand im Gemeinderatsitzungsraum eine Beratung über die Siedlungsaktionen der Gemeinde Wien statt, die vom Wohnungs- und Siedlungsamt einberufen und von zahlreichen Gemeindefunktionären, Fachleuten und Vertretern von Organisationen besucht war. Den Vorsitz führten Bgm. Reumann und der Leiter der Verwaltungsgruppe für soziale Politik und Gesundheitswesen der StR. Grünwald.

Einleitend gab GR. Beermann eine Erklärung für die täglich steigende Wohnungsnot, die in allen Städten des In- und Auslandes ein Problem ist. In Wien zählt man gegenwärtig 23.000 Wohnungssuchende Parteien, von denen sicher an die 10.000 als dringend wohnungsbedürftig bezeichnet werden können. Die Gründe für die Wohnungsnot sind verschiedene; seit Anfang 1919, der Zeit, wo die Bautätigkeit ausgesetzt hat, sind über 10.000 Eheschließungen zu verzeichnen. Viele Familien, die zur Zeit des Rückgangs der Ernährung ihre Wohnung aufgaben, wollen nun nach Rückkehr des Mannes zuletzt aus der Gefangenschaft wieder ein Heim haben. Schließlich wurden viele Familien gezwungen, aus den Nachfolgestaaten und dem anderen Auslande

nach Wien zu übersiedeln. Das eigene private Bautätigkeit auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, werden alle bisher angewandten Mittel nur eine kleine Linderung bedeuten, wenn es nicht gelingt, die schönen Ansätze, die sich auf dem Gebiete des Siedlungswesens in Wien bemerkbar machen, zu fördern. Mit der Verwirklichung des Siedlungswesens wird gleichzeitig an drei Problemen gerührt, an dem der Arbeitslosigkeit, der Ernährung und der Wohnungsfrage. Die Gemeinde hat die Absicht, organisatorisch zu fördern und das Siedlungswesen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu unterstützen.

Direktor Dr. Sagmeister vom Wohnungsamt stellte fest, das alle bisherigen Mittel die Wohnungsnot zu bekämpfen, angesichts des ungeheuren Bedarfes sich früher oder später erschöpfen müsse und das nur eine ausgebreitete Siedlungstätigkeit dauernd Abhilfe verspricht. Für Bauten im freien Lande werden die weitestgehenden Erleichterungen einzuräumen sein, die nicht in Zugeständnissen in Einzelheiten bestehen dürfen, sondern die an die primitivsten Bauten der Schrebergärten anknüpfen den selbstbauenden Siedlern möglichst freie Hand lassen.

Der Vorstand des Siedlungsamtes der Gemeinde Wien Dr. Ernert wies darauf hin, das die Siedlungsfrage zugleich eine Wohnungs- und Wirtschaftsfrage sei. Die Schaffung menschenwürdiger Wohnungen und die Schaffung neuer Existenzen hängen unmittelbar zusammen. Als Wohnungsfrage bezeichnet sie eine Demokratisierung der Wohnkultur, die bisher nur wenigen Reichen zugänglich war, als Wirtschaftsfrage bedeute sie eine Erleichterung der Ernährung, der Selbstversorgung, Siedurch eine Herabsetzung der Produktionskosten in der Industrie, Hebung der physischen Leistungsfähigkeit der Siedler und der Volksgesundheit im allgemeinen. Die Siedlung sei aber auch eine ethnische Frage. Die Gemeinde will nun nach Maßgabe ihrer kleinen Mittel das bestmöglichst leisten und die Siedlungsgenossenschaften in jeder Weise unterstützen. Dr. Ernert berichtet weiter, über die bisherige Siedlungspolitik der Gemeinde und über die laufenden Aktionen in Wien und Umgebung, die nach Fertigstellung einen neuen Siedlungsgürtel gartenstädtischer Art darstellen werden, und ein Vorbild für künftige Wohnungs- und Ernährungspolitik bei geringen Mitteln sein werden. Die wichtigsten Siedlungspläne sind derzeit: Gartenstadt Rosenhügel, Altmannsdorf, Invalidensiedlung Lainzer Tiergarten, Heilkehrersiedlung Leberberg und Invalidensiedlung Asperrn. Das neugeschaffene Siedlungsamt der Gemeinde, wird jede geplante Siedlung, die gut und gemeinnützig organisiert ist, unterstützen in den Fragen der Bodenbeschaffung, in baulicher, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beratung, bei Erwirkung von Bauerleichterungen u. s. w. Ein neues Enteignungsgesetz wird von der Gemeinde in der Nationalversammlung

verlangt werden.

Inspektor des Landwirtschaftsamtes Siller betonte, das die Schrebergärtner schon vielfach gezeigt haben, das und wie man bauen könne, Wohnstätten wurden errichtet, die vielleicht den baubehördlichen Bestimmungen nicht entsprechen, die aber für die Schrebergärtner wertvoll und weit besser waren, als die innengebaute Stadtwohnung. Die Schrebergärtner sind von dem Willen besetzt, sich in der Zeit der Wohnungsnot durch die Selbstbautätigkeit zu helfen. Hier wird es gelten sicher und zielbewusst eingreifen, für eine entsprechende sachkundige Leitung und Führung zu sorgen. Verfügbares Land wolle also den Schrebergärtnern und Gartensiedlern in erster Linie gegeben werden, da diese von allen in Betracht kommenden Bau- und Wohnungsgenossenschaften die Ältesten und tatkräftigsten Mitarbeiter besitzen.

Landtagsabgeordneter Adolf Müller, Obmann des Vereines der Schrebergärtner betonte, das es noch der Klärung einiger grundsätzlicher Fragen bedürfe, ohne die ein Gedeihen der Siedlungsaktion nicht zu gewärtigen sei. Die Kleingärtner und Siedler wollen unter Verzicht auf jegliches Privateigentum durch ihre Arbeit die Wohnungsnot lindern helfen; es bedürfe nur einer zweckentsprechenden Organisation der Arbeit, in der freilich die Willkür des Einzelnen und die Sondergelüste einzelner Vereine unterbunden werden müssen. Die Gemeinde müsse zur Durchführung der Siedlungsprojekte eine einheitliche, auf Arbeitsgemeinschaft und freiwillige Disziplin aufgebaute Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden. Dies müsse als Grundlage für alle Siedler gelten, die für die Verwirklichung ihrer Wünsche die Hilfe der Gemeinde erstreben. Grund und Boden und alle Siedlungsanlagen sollen dauernd Eigentum der Gemeinde bleiben. Den Siedlern wird das Selbstverwaltungs- und Vernichtungsrecht überlassen. Die Kleingärtner und Siedler stellen der Gemeinde ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung. Die Gemeinde stellt dafür den Siedlern das Baumaterial gegen Ersatz des Selbstkostenpreises und die fachlichen Berater und technischen Leiter bei. Die Kleingärtner und Siedler zahlen der Gemeinde in langfristigen Mietzinsweisen Raten die Selbstkosten zurück. Redner legte dann der Versammlung die grundsätzlichen Vorschläge zur Verwirklichung der Siedlungsgedanken vor. Dr. J. K. Friedjung gab als Arzt seiner Freude Ausdruck, das der Siedlungsgedanke nunmehr jene Würdigung finde, die er verdient. Er sprach den Wunsch aus, das man sich in Siedlungsfragen der Hilfe sachverständiger Aerzte versichere, um Fehler in der Anlage der Siedlungen zu vermeiden. Nicht zu übersehen sei auch die sittliche Wirkung der Bewegung, die den Menschen den Zusammenhang mit den Boden wiedergeben soll.

Ingenieur Doppelreiter vom Stadtbaumeister verwies auf die Not-

wendigkeit, das das Stadtbaumeister zur Freigabe der Siedlung von Siedlungsstellen Stellung nimmt, und das zunächst im Amt selbst eine Organisation geschaffen werde, die ein systematisches Zusammenarbeiten aller beteiligten Faktoren zum Zwecke einer einheitlichen sachraschen Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen ermöglicht. In erster Linie sei eine planmäßige Zusammenstellung der bereits als Schrebergärten und für Siedlungsgebiete in Verwendung stehenden und in Zukunft zu verwendenden Grundstücke anzulegen. Mit der praktischen Durchführung dieser Aufgabe seien zugleich Organe des Stadtbaumeisters zu beauftragen.

GR. Schmitz wendte sich gegen die von Landtagsabgeordneten aufgestellten Grundsätze und lehnte insbesondere jede Monopolisierung des Siedlungswesens ab. Er betonte, das kein gemeindefunktionäres Unternehmense für Kleingartenwesen bestehe, wodurch die Kleingartenbewegung gegen früher verkehrt sei, wo sie in ihrer Ausübung eine verfassungsmäßige Vertretung hatte. Das wichtigste für die Siedlungsbewegung sei die Beschaffung des nötigen Grundes und Bodens. Redner forderte die Gemeindevorstellung auf, das nördlich der Donau gelegene Gelände, das sich für Siedlungsgebiete zu eignen eignet, die Loben und die Leopoldau, sowie das Gut Kobenzl für Siedlungsgebiete zu widmen.

Der Obmann des Verbandes der Schrebergartenvereine betont, daß die Siedlungsfrage nur von unten aufgebracht werden könne, daß Haus geschaffen werden müsse für die Kleingärtner und daß im Notfalle mit Enteignung der Gründe vorgegangen werden solle. Den Siedlern solle zur Steuer der Nahrungssorgen Anbauzwang auferlegt werden.

Dr. Karl Wurzel berichtete über die Gründung des Hauptverbandes für Siedlungswesen, der die Aufgabe hat, eine gemeinsame Aktionstelle für alle Bestrebungen zu bilden.

Güterinspektor Reingl führte aus, daß die Beratungen volle Einmütigkeit in der Frage über die Notwendigkeit eines brauchbaren Enteignungsgesetzes für Siedlungsland gebracht haben, daß aber in der Frage der kleinen Schrebergärtner und in der eigentlichen Siedlungsfrage sich Gegensätze ergeben hätten. Die Siedlungsfrage dürfe durch die Frage der kleinen Schrebergärtner nicht an die Wand gedrückt werden, sondern es müsse hierin eine Einigung zustande kommen.

Der Obmann der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft der Kriegsbeschädigten Oesterreichs betont, daß sich die Invaliden zur Schaffung der Kriegsbeschädigten-Siedlung entschlossen haben, an denen sowohl Staat und Stadt Interesse haben.

StR. Siegel führte aus, daß die ganze Siedlungsaktion im engsten Zusammenhange mit der Wohnungsfrage stehen und von diesen Gesichtspunkte aus von der Gemeinde gehandelt werden müsse. Es komme daher für die Gemeinde nur die Wohnungssiedlung in Betracht weil die Wirtschaftssiedlung in den Grenzen einer großen Stadt keinen Platz wird finden können, sondern außerhalb der Städte ihre Existenzberichtigung wird suchen müssen. Für Wohnsiedlungen können bei den gegenwärtigen Verhältnissen in erster Linie wieder die Schrebergärtner in Frage, da diese das vorgeschulte und beste Material zur Verwirklichung der „Selbstbauweise“ sind. Die Schrebergärtner haben aber auch den Beweis erbracht, daß sie nach ihren Kräften auch finanzielle Mittel aufzubringen in der Lage sind und besonders dann tun werden, wenn sie ihr heiß-erstrebtetes Ziel, auf der von ihnen bebauten Scholle auch wohnen zu können, erreichen werden. Die Gemeinde hat die Aufgabe dahin zu trachten den für Siedlungszwecke notwendigen Grund und Boden gegen mäßigen Preis zur Verfügung zu stellen. Da die Gemeinde aber selbst nur verschwindend wenig Grundbesitz hierzu besitzt, muß durch Anwendung der schon bestehenden und noch zu schaffenden geeigneten Enteignungsgesetze für genügende Grundflächen vorgesorgt werden. Die Gemeinde muß auch den nötigen Kredit vermitteln, sie muß dafür sorgen, daß die notwendigen Baustoffe, zu möglichst billigen Preisen den Siedlern beschafft werden können.

Zum Bau der Häuschen und Wohnungen müssen leicht herzustellende Bautypen geschaffen werden, so daß eine möglichst billige Herstellung und einfache Montage auf der Baustelle selbst möglich ist. Redner spricht sich gegen die Aufhebung des Bauverbotes für den Wald- und Wiesengürtel aus. Der Wald- und Wiesengürtel müsse für viele Tausende, die nicht Schrebergärtner sein können oder wollen, als Luftreservoir und Erholungsstätte erhalten bleiben. Bezüglich der Siedlungen seien Vorarbeiten im Stadtbauamt im Zuge und Redner hofft in Bälde dem Gemeinderate und der Öffentlichkeit konkrete Anträge vorlegen zu können.

Architekt Loss wies darauf hin, daß ein neuer Verbauplan geschaffen werden müsse, der auf die Schrebergärtner und Siedlungskolonien Bedacht nehme.

Der Obmann des Reichverbandes für Siedlungen der öffentlichen Angestellten bemerkt, daß der Verband unter der Bedingung mit den Abbau der öffentlichen Angestellten einverstanden ist, daß jeder, der seine Absicht kundgibt, aus dem öffentlichen Dienste zu treten Grund erhält, damit er sich seine Existenz schaffen könne. Redner dankt der Gemeinde, daß sie als erste öffentliche Körperschaft den Siedlungsgedanken richtig erfasst habe und wünscht, daß auch die Regierung eine Stelle schaffe, die sich mit der Siedlungsfrage zu beschäftigen habe.

Hgn. Reumann erklärte am Schluß der Beratungen, daß diese eine Reihe von Anregungen gegeben haben, die für die Siedlungsaktion wertvoll sind. Gegenüber dem letzten Redner möchte er aber bemerken, daß es nicht vom Vorteil sei, allzuvielen Aktionsstellen zu schaffen. Für die Durchführung der Siedlungsaktion wird die künftige Stellung Wiens nicht ohne Einfluß sein. Der zur Verfügung stehende Grund und Boden sei sehr beschränkt und es müsse die Möglichkeit vorhanden sein, daß das Territorium Wiens sich ausdehnen kann. Es sei ein Vorteil, daß die Möglichkeit der Ausdehnung Wiens nicht den beschränkenden Bestimmungen unterworfen würden, wie sie ursprünglich gedacht war. Künftighin werde das Land Niederösterreich und Wien allein über die künftige Territoriale Gestaltung der Stadt zu entscheiden haben. Eine der wichtigsten Grundlagen für die Entwicklung des Siedlungswesens sei ein Enteignungsgesetz. Zunächst müssen konkrete Vorschläge erstattet werden, um der Entwicklung des Siedlungswesens die Wege zu ebnet. Der Bürgermeister schloß mit dem Wunsche, daß der nächsten Besprechung schon praktische Vorschläge zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Sonderkurse für schwerhörige und sprachkranke Kinder. Im Stadtsenate erstattete StR. Richter ein Referat, das sich mit der Errichtung eigener Kurse für schwerhörige und eigene Kurse für sprachkranke schulpflichtige Kinder beschäftigt. Da erwiesenermaßen solche Kinder dem Unterricht in der Normalschule nicht folgen können und ein Hemmnis für den Unterrichtsbetrieb darstellen, ohne aber zur Unterbringung in einer Taubstummenanstalt geeignet zu sein, wird beantragt, grundsätzlich Vorsorge für einen entsprechenden Spezialunterricht zu treffen. Sonderkurse für schwerhörige Kinder wurden in deutschen Städten mit gutem Erfolg schon früher eingeführt, so in Hamburg im Jahre 1911, in Berlin im Jahre 1912. Der Vorteil liegt darin, daß von vornherein nur eine ganz kleine Schülerzahl ungefähr 12, in einer solchen Klasse vereinigt ist und eigene Disziplinen, Gehörübungen, Absehrunterricht, eventuell unter Anwendung ganz eigener Vorrichtungen, wie Vielhörer, veranstaltet werden. Der Bezirksschulrat hat am Ende des verflossenen Schuljahres Aufzeichnungen über derartige schwerhörige und sprachkranke Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens veranlasst und nun soll die Eignung durch eine Kommission, die aus einem Spezialarzt, einem Bezirksschulinspektor und erfahrenen Fachlehrern zu bestehen hat, erfolgen. Diese Neuerung wird ganz außerordentliche Fortschritte drastellen, indem derartige schwerhörige und sprachkranke Kinder den Unterricht der anderen Kinder nicht nur behinderten, sondern auch trotz der Verlangsamung des Unterrichtes keine entsprechenden Erfolge erzielen konnten und überdies vielfach ^{Gegenstand} statt dem /
des
/Mitleides ungerechtfertigten Aussetzungen gebildet haben.

Wechsel in der Leitung der städtischen Leichenbestattung. VB.

Emmerling berichtete im Stadtsenate über den Wechsel in der Leitung der städtischen Leichenbestattung. Der bisherige Direk-

tor Rauscher tritt mit vollendeter Dienstzeit in den Ruhestand und wurde an seiner Stelle Bauinspektor Ing. Eduard Lasch mit der Leitung der Leichenbestattung betraut. Der Neuernannte hat die technische Hochschule in Wien absolviert und steht seit dem Jahre 1902 im Dienste der Gemeinde Wien. Bei der Reorganisation des städtischen Lastkraftwagenbetriebes hat er sich in hervorragender Weise betätigt und dem Beweis besonderer kaufmännischer Begabung erbracht. Bis in die letzte Zeit hinein, war er mit der Besorgung aller technischen Angelegenheiten bezüglich der Friedhöfe beschäftigt. Ing. Lasch gehört zu den energischsten und umsichtigsten Beamten des Magistrates und hat sich auch als Mitglied der Personalkommission sehr wertvolle Kenntnisse in allen einschlägigen Personaldienstsachen erworben.

Die neue Verfassung. GR. Dr. Danneberg erstattete heute im Stadtsenate Bericht über den Abschluß der Verhandlungen über die neue Verfassung des Staates im Ausschusse der Nationalversammlung. Der Stadtsenat beschloss eine 15gliedrige gemeinderätliche Kommission nach dem Verhältniswahlrechte zur Vorberatung aller Angelegenheiten, die sich aus der neuen Bundesverfassung für die Stadt Wien ergeben, einzusetzen. Von den Gemeinderatsparteien werden der Kommission 8 Sozialdemokraten, 4 Christlichsoziale, 1 Deutschnationaler, 1 Jüdischnationaler und 1 Tscheche angehören.

Liebesgaben im 2. Bezirk. Arbeiterwitwen mit Kindern unter 18 Jahren wollen sich am Freitag, den 1. Oktober von 2 - 4 Uhr nachm beim Frauenarbeitskomitee II., Karmelitergasse 9 zum Bezuge von argentinischen Liebesgaben (1kg weisses Mehl) Spesenbeitrag K 3.- vormerken lassen. Mitbringen: Totenschein des Mannes und Fürsorgeblatt.

1. Ausgabe.

Die Erkrankungen im städtischen Kindergarten. Die in den Krankenanstalten eingeholten Erkundigungen haben erfreulicherweise ergeben, daß sich die Erkrankten Kinder durchwegs wohl befinden. Die allergrößte Zahl derselben wird im Laufe des heutigen Tages aus der Spitalspflege wieder entlassen werden und auch die wenigen Kinder, die noch zurückgehalten werden (im Wilhelminenspital von 36 aufgenommenen Kindern nur 2) befinden sich außer Gefahr. Was die Ursache der Erkrankungen anlangt, so muß zunächst das Ergebnis der von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt über Veranlassung der Polizeibehörde vorzunehmenden Untersuchung des als Ursache Hartkäses abgewartet werden. Die noch vorhandenen Käsesorte wurden verläufig von der Polizeibehörde in Verwahrung genommen. Vom städtischen Gesundheitsamt wurden die städtischen Bezirksärzte schon vor längerer Zeit beauftragt, in allen Gemeinschaftsküchen und ähnlichen Ausspeiseanstalten häufige Revisionen bezüglich der Beschaffenheit der Lebensmittel, Reinhaltung der Geschirre usw. durchzuführen. Diese Revisionen werden s. e.ither vorgenommen und auch weiterhin fortgesetzt.

Verkehrsstörung auf der Straßenbahn. Durch ein unvermeidliches Gebrechen in der Zentrale Sömmering der städtischen Elektrizitätswerke sind heute morgen die Anschlüsse der Bahnspisekabel verbrannt. Dies hatte zur Folge, daß die Straßenbahn ab 3/4 8 Uhr früh nicht verkehren konnte. Den Anstrengungen der Elektrizitätswerke ist es nach etwa einer Stunde gelungen, die Aufnahme des Verkehrs im beschränkten Umfange wieder möglich zu machen. An den Wiederherstellungen wird ununterbrochen gearbeitet. Es wird jedoch während des heutigen Tages nicht möglich sein, eine Verkehrsverstärkung durchzuführen, weil die Wiederherstellungsarbeiten, mit denen sofort begonnen wurde, längere Zeit erfordern, sodaß erst in den späten Abendstunden eine Wiederaufnahme des Verkehrs im vollen Umfange zu gewärtigen ist.

2. Ausgabe.

Stenografiekurse für Gemeindebedienstete. In der 2. Oktoberwoche beginnen im Rathause Stenografiekurse für Anfänger, Vorgesrittene und zur Heranbildung von Kammerstenografen. Schriftliche Anmeldungen zu diesen Kursen, die im Rahmen der städtischen Akademie für soziale Fürsorge veranstaltet werden und unter der Leitung von Mitgliedern des gemeinderätlichen Stenografenamtes stehen, wollen bis längstens 5. Oktober an die MagAbtl. 50 geleitet werden. Spesenbeitrag für den ganzen Kurs K 30.--

Straßensperre. Die Durchfahrt durch die Krugerstraße im 1. Bezirk zwischen Kärntner- und Akademiestraße ist für Lastfuhrwerk jeder Art verboten. - Das Befahren des von der Kahlenbergerstraße im 19. Bezirk unterhalb des Gasthauses „Zur eisernen Hand“ abzweigenden, zum Leopoldsberg führenden „Waldgrabenweges“ durch Kraftwagen ist untersagt.

Billiges Brennholz. Am Wolfersberg in Hütteldorf (Zugang durch die Wolfersberggasse) ist von den Wurzelstocksperrungen billiges Buchen- und Eichenholz um den Preis von von 1 Krone per kg in der Zeit von 9 Uhr bis 5 Uhr nachmittags an Werktagen zu haben.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, Dienstag, den 29. September 1920. - Abendausgabe.

Fimmens Besuch in Neuhaus. Der Verband der Angestellten der Stadt Wien teilt mit: Wie mehrere Zeitungen meldeten, ist der Gewerkschaftssekretär Edo Fimmen im August l. J. einige Tage im Erholungsheime des Verbandes in Neuhaus zu Besuch gewesen. Der Anlass der an ihn ergangenen Einladung war der, dass durch ihn der Verband mit einer grossen Anzahl holländischer Gewerkschaftspakete für das Erholungsheim in Neuhaus bedacht worden war. Es war eine einfache Pflicht der Erkenntnis und Höflichkeit dem Vertreter dieser Gewerkschaft Gelegenheit zu geben, über die Führung des Erholungsheimes und die Verwendung der Liebesgaben sich Kenntnis zu verschaffen. Eine besondere Bewirtung fand selbstverständlich nicht statt. Alle diesbezüglichen Gerüchte sind böswillige Erfindungen.

.....

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 30. September 1920, Nr. 314.

Eine dänische Abordnung beim Bürgermeister. Heute fand sich eine Abordnung des dänischen Hilfskomitee beim Bürgermeister Reumann im Rathause ein. Die Abordnung bestehend aus dem Präsidenten Grosserer Nikolai Faber, der Universitätsprofessorgattin Frau Munch-Petersen und dem Hauptkassier Hjalmar Dania unter Führung des Mééizinalrates Dr. Heinrich Loewenstein berichtete dem Bürgermeister über die Einzelheiten der dänischen Kinderhilfsaktion, worauf Bgm. Reumann die Herren bat, der Bevölkerung Dänemarks den herzlichsten Dank Wiens für die großartige Hilfeleistung übermitteln zu wollen.

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der Empfang bei Bgm. Reumann, wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Kleinwohnungssiedelung Schmelz. Die für Sonntag anberaumt gewesene feierliche Eröffnung der von der Gemeinde Wien errichteten Kleinwohnungssiedelung Schmelz kann wegen technischer Schwierigkeiten an diesem Tage nicht stattfinden und muß verschoben werden. Der endgültige Tag der Eröffnung wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Spende für die freiwillige Rettungsgesellschaft. Anlässlich der in den letzten Tagen im städtischen Kindergarten in der Wurmserstrasse aufgetretenen Vergiftungsfälle bei 61 Kindern, hat sich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des vollen und uneingeschränkten Betriebes der Wiener freiwilligen Rettungsgesellschaft im eminenten Interesse der notleidenden Bevölkerung Wiens neuerlich erwiesen. Die Notlage der Rettungsgesellschaft ist allgemein bekannt und steht sie vor der Notwendigkeit die Filiale Mariahilf zu schließen. Damit von dieser Maßnahme Umgang genommen werden kann, wäre eine ausgiebige Unterstützung der Gesellschaft unerlässlich. Der Bürgermeister hat daher veranlaßt, daß aus den eingelaufenen Notstandsspenden der Rettungsgesellschaft sofort ein Betrag von 500.000 K überwiesen werde.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

Wien, Donnerstag, den 30. September 1920. - Abendausgabe.

Grosse Wollspende des amerikanischen Roten Kreuzes. Das amerikanische Rote Kreuz, das in Wien eine ausserordentlich segensreiche Tätigkeit in der geräuschlosesten Weise vollbringt, hat neuerlich eine Aktion unternommen, die in der gesamten Bevölkerung Wiens mit der grössten Sympathie begrüsst werden wird. Sämtlichen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens werden durch das amerikanische Rote Kreuz mit Strickwolle beliefert werden. Die bindende Zusage hiefür ist gestern in einer Unterredung erfolgt, die Bürgermeister Reumann mit leitenden Persönlichkeiten des amerikanischen Roten Kreuzes, Major Dr. DO. Lyon und Major Beckmann hatte und in der sich die beiden Herren bereit erklärten, dem Ersuchen der Gemeinde zu entsprechen und 4000 kg verschiedenfarbige Wollgarne zur Verfügung zu stellen.

Durch diese hochherzige Spende ^{werden} mit einem Schlage eine ganze Reihe von ausserordentlichen Vorteilen für die Kinder gesichert. Die ganze Kriegszeit hindurch konnte der Handfertigkeitunterricht nur in der aller dürftigsten Weise, vielfach überhaupt nicht erteilt werden. Gegenwärtig hat wohl die Gemeinde sich zur Beistellung sämtlicher Lernmittel verpflichtet, doch ist die Beschaffung so grosser Mengen von Garn, auch wenn die Kosten nicht gescheut werden, zur Zeit einfach unmöglich und es würde sich wieder ergeben, das der gerade in der gegenwärtigen Zeit so überaus wichtige Handfertigkeitunterricht leiden müsste. Zugleich aber wird noch ein anderer Zweck damit erreicht. Das amerikanische Rote Kreuz strahlt es an, im kommenden Winter die notleidenden Kreise der Bevölkerung mit Wollwaren zu versehen. Zum Teil soll dies nun dadurch geschehen, dass die Schulmädchen die von ihnen angefertigten Strümpfe, Pulswärmer, Häubchen etc. als Eigentum behalten, die grösseren und geschickteren unter den Kindern auch über den eigenen Bedarf hinaus für ihre Geschwister diese nützlichen Gegenstände anfertigen. Diese Aussicht wird natürlich den Arbeitseifer ungemein erhöhen und den Unterricht fördern. Die Anlieferung der Wolle wurde schon für die allernächsten Tage zugesagt. Der Bürgermeister sprach den beiden Herren den herzlichsten Dank der Gemeinde aus.

Eine weitere vom Bürgermeister gegebene Anregung, dass zur Herstellung dieser Bekleidungsstücke für die arme Bevölkerung die Inhabersinnen der Wiener Versorgungshäuser herangezogen werden mögen, denen die Gemeinde für diese Betätigung in Form von Kostzuschüssen eine Entschädigung bieten würde, fand vollstes Verständnis und wird wohl gleichfalls zur Verwirklichung gelangen. Ebenso sollen die Frauenhilfskomitees herangezogen werden, um einen möglichst grossen Kreis von freiwilligen Helferinnen bei dem edlen Werke der Amerikaner zu sichern. Das amerikanische Rote Kreuz hat sich durch Belieferung der Wiener Spitäler mit Medikamenten, Lebensmitteln, Verbandzeug aller Art, die seit Wochen kostenfrei abgegeben werden und einen Wert von vielen Dutzenden Millionen Kronen repräsentieren, die grössten Verdienste um die Stadt erworben, die umso höher zu werten sind, als die ganze Tätigkeit sich in der denkbar anspruchlosesten Form vollzieht.

.....
Kinderrückkehr. Samstag um 5 Uhr nachmittags kommen die Karitaskinder aus Neulengbach und Umgebung am Westbahnhof an. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen.
.....